

6. Sitzung

am Donnerstag, dem 18. November 1999

Inhalt

Gesetz über die Errichtung eines Bremer Kapitaldienstfonds (Kapitaldienstfonds-Gesetz)Mitteilung des Senats vom 12. Oktober 1999
(Drucksache 15/74)1. Lesung
2. Lesung

Abg. Zachau (Bündnis 90/Die Grünen)	379
Abg. Frau Wiedemeyer (SPD)	381
Abg. Dr. Schrörs (CDU)	383
Bürgermeister Perschau	384
Abg. Zachau (Bündnis 90/Die Grünen)	385
Abg. Frau Wiedemeyer (SPD)	386
Abstimmung	388

SteuergerechtigkeitGroße Anfrage der Fraktion der SPD
vom 12. Oktober 1999
(Drucksache 15/78)

D a z u

Mitteilung des Senats vom 9. November 1999
(Drucksache 15/105)

Abg. Frau Schwarz (SPD)	388
Abg. Dr. Schrörs (CDU)	390
Abg. Frau Linnert (Bündnis 90/Die Grünen)	393
Abg. Dr. Sieling (SPD)	395
Bürgermeister Perschau	398
Abg. Frau Schwarz (SPD)	399

Gesetz zur Änderung rundfunkrechtlicher VorschriftenMitteilung des Senats vom 12. Oktober 1999
(Drucksache 15/73)1. Lesung 399 |**Stellungnahme des Senats zum 21. Jahresbericht des Landesbeauftragten für den Datenschutz**Mitteilung des Senats vom 12. Oktober 1999
(Drucksache 15/75) 399 |**Gesetz zur Änderung des Gesetzes über Totalisatoren und Lotterien**Mitteilung des Senats vom 28. September 1999
(Drucksache 15/58)
2. Lesung 400 |**Überregionale Verkehrsanbindung**Antrag des Abgeordneten Tittmann (DVU)
vom 2. November 1999
(Drucksache 15/93)

Abg. Tittmann (DVU)	400
Abg. Röwekamp (CDU)	401
Abstimmung	402

Neue Wege für den ÖPNV in Bremen und der RegionAntrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
vom 2. November 1999
(Drucksache 15/94)**Öffentlicher Nahverkehr für Bremen und die Region**Antrag der Fraktionen der CDU und der SPD
vom 16. November 1999
(Drucksache 15/115)

Abg. Mützelburg (Bündnis 90/Die Grünen)	403
Abg. Pflugradt (CDU)	405
Abg. Jägers (SPD)	407

Abg. Mützelburg (Bündnis 90/Die Grünen)	409	Investitionsprogramm 1999 bis 2002 (Bundesverkehrswegeplan)	
Senatorin Wischer	410	Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 9. November 1999 (Drucksache 15/103)	
Abstimmung	411	Abg. Mützelburg (Bündnis 90/Die Grünen)	416
Gesetz über den Eigenbetrieb Performa Nord — Personal, Finanzen, Organisation, Management — Eigenbetrieb des Landes Bremen (BremPerformaG)		Abg. Pflugradt (CDU)	418
Mitteilung des Senats vom 2. November 1999 (Drucksache 15/99)		Abg. Dr. Sieling (SPD)	419
1. Lesung	411	Abstimmung	420
Nordseemuseum Bremerhaven		Investition zur Stärkung des Kreuzfahrtstandorts Bremerhaven	
Antrag der Fraktionen der SPD und der CDU vom 9. November 1999 (Drucksache 15/100)		Antrag der Fraktionen der SPD und der CDU vom 12. November 1999 (Drucksache 15/108)	
Abg. Beckmeyer (SPD)	412	Abg. Töpfer (SPD)	421
Abg. Röwekamp (CDU)	412	Abg. Kastendiek (CDU)	422
Abg. Schramm (Bündnis 90/Die Grünen)	414	Abg. Tittmann (DVU)	423
Staatsrätin Motschmann	415	Abg. Schramm (Bündnis 90/Die Grünen)	424
Abstimmung	415	Staatsrätin Winther	425
Bericht des Petitionsausschusses Nr. 4 vom 9. November 1999		Abg. Kastendiek (CDU)	427
(Drucksache 15/102)	416	Abg. Schramm (Bündnis 90/Die Grünen)	428
		Abg. Töpfer (SPD)	429
		Abstimmung	430
		Wahl eines Mitglieds der staatlichen Deputation für Bau	430

Entschuldigt fehlen die Abgeordneten Böhrnsen, Borttscheller, Frau Emigholz, Kleen, Leo, Frau Mull, Schildt, Teiser.

Präsident Weber

Vizepräsident Dr. Kuhn

Schriftführerin Arnold-Cramer

Vizepräsident Ravens

Schriftführerin Hannken

Schriftführerin Marken

Bürgermeister **Perschau** (CDU), Senator für Finanzen

Senatorin für Bau und Umwelt **Wischer** (SPD)

Senator für Wirtschaft und Häfen **Hattig** (CDU)

Staatsrat **Dr. Dannemann** (Senator für Finanzen)

Staatsrat **Dr. Färber** (Senator für Wirtschaft und Häfen)

Staatsrat **Logemann** (Senator für Bau und Umwelt)

Staatsrätin **Motschmann** (Senator für Inneres, Kultur und Sport)

Staatsrätin **Winther** (Senator für Wirtschaft und Häfen)

Präsident des Rechnungshofs **Spielhoff**

(A)

(C)

(B)

(D)

(A) Präsident Weber eröffnet die Sitzung um 10.01 Uhr.

Präsident Weber: Die sechste Sitzung der Bürgerschaft (Landtag) ist eröffnet.

Ich begrüße die hier anwesenden Damen und Herren sowie die Zuhörer und die Vertreter der Presse.

Meine Damen und Herren, folgende Gruppen sollten anwesend sein: zwei Klassen des Alten Gymnasiums. Vielleicht haben wir heute Morgen die Möglichkeit, die jungen Menschen hier noch zu begrüßen.

Wir treten in die Tagesordnung ein.

Gesetz über die Errichtung eines Bremer Kapitaldienstfonds (Kapitaldienstfonds-Gesetz)

Mitteilung des Senats vom 12. Oktober 1999
(Drucksache 15/74)

1. Lesung
2. Lesung

Dazu als Vertreter des Senats Bürgermeister Perschau, ihm beigeordnet Staatsrat Dr. Dannemann.

Wir kommen zur ersten Lesung.

Die Beratung ist eröffnet.

Das Wort hat der Abgeordnete Zachau.

(B) Abg. **Zachau** (Bündnis 90/Die Grünen): Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren! Es ist schon angekündigt worden, dass die heutige Diskussion ganz trocken sein wird. Nur gut, dass die Journalisten schon immer vorher wissen, was hinter einem Thema steckt, dabei geht es um nicht mehr und um nicht weniger als um einen neuen Schattenhaushalt.

(Zurufe von der SPD und von der CDU)

Es geht um nicht mehr und um nicht weniger als einen neuen Schattenhaushalt! Wir fragen uns, warum denn das gerade in diesem Moment kommt, eigentlich wäre das Verfahren in der Umstellung des Haushaltes auf die doppelte Buchführung angesiedelt, und dann wäre es auch systematisch richtig, aber die ganze Angelegenheit wird vorgezogen.

Wenn wir uns fragen, warum sie vorgezogen wird, dann ist das völlig klar, die große Koalition hat sich mit ihren Investitionsbeschlüssen aus dem letzten Jahr völlig überhoben. Das Wirtschafts- und Häfenressort hat Probleme, die Haushaltsrahmen, die dort vorgegeben waren, sind völlig gesprengt worden, und man musste jetzt irgendwie Finanzierungsmöglichkeiten finden, wie dann das, was man zu viel beschlossen hat, irgendwie halbwegs in der Legalität bleiben könnte.

Ich möchte darauf hinweisen, dass die Frage, Investitionen auf die Nutzungsdauer umzulegen, eine

prinzipiell sinnvolle Sache ist, aber sie steht natürlich hier in einem bestimmten Kontext. Es fehlt beispielsweise eine Eröffnungsbilanz als Grundlage, um überhaupt technisch und handwerklich halbwegs solide ein solches Verfahren etablieren zu können.

Eine Eröffnungsbilanz ist die Gegenüberstellung aller Vermögens- und Schuldenswerte. Das Finanzressort hat bei den Schattenhaushalten, die wir jetzt haben, nach meiner Einschätzung völlig den Überblick verloren, wie viel Schulden wir real haben. Wir wissen zwar, wir haben im Haushalt gut 16 Milliarden DM Schulden, wir wissen von den offiziellen Schattenhaushalten, dass sie noch einmal zwei bis zweieinhalb Milliarden DM betragen, aber wir wissen zum Beispiel überhaupt nicht, wie viel Schulden aus dem Geschäftsgebaren der vielen, teilweise neu gegründeten, Gesellschaften in Bremen folgen, und das ist eine ziemlich schlimme Angelegenheit.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Wenn wir jetzt nicht einbeziehen, welche Vermögenswerte wir als Generation übernommen haben, welchen Teil von diesen Vermögenswerten wir als Generation für unseren Konsum schon verkauft haben — Landesbank ist dem einen oder anderen Kollegen hier im Hause bekannt, BEB, Stadtwerke, Gewoba, Bremische, ich glaube, dann haben wir schon einen ganzen Teil zusammen —, wenn wir alle diese verkauft haben und gleichzeitig die Investitionen für die Zukunft über eine langfristige Zahlungsverpflichtung auf die nächste Generation schieben, dann ist es ein Ein-Generationenmodell! Wir sind die Generation, die die übernommenen Vermögenswerte verkauft und die künftigen Vermögenswerte auch von den künftigen Generationen bezahlen lässt. Das ist kein faires Verfahren. Das ist Betrug an der Jugend!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Kommen Sie mir bitte nicht mit der Argumentation, dass diese Vermögenswerte zugunsten des Stadtreparaturfonds verkauft wurden! Es ist letztlich nur ein kleiner Teil, weniger als die Hälfte tatsächlich für den Erhalt und die Anschaffung neuer Vermögenswerte eingegangen, das meiste ist schlicht und einfach für Haushaltslöcher verbraucht worden. Das werden wir auch noch in den nächsten Monaten im Zusammenhang mit den Haushaltsberatungen diskutieren.

Das Verfahren ist folgendes: Eine Anschaffung, die für zehn Jahre halten soll — ich mache es einmal einfach —, tritt auch im Haushalt in der Investitionssumme zehn Jahre hintereinander mit jeweils einem Zehntel auf. Im ersten Haushalt sind von der Investition also nur zehn Prozent sichtbar, und weil diese dann nur sichtbar sind, kann man ganz prima

(C)

(D)

(A) 90 Prozent anders verplanen. Wenn man dies zehnmal macht, wäre es theoretisch denkbar, dass man eine Ausgabe in einem bestehenden Eckwert verzehnfacht und damit aber auch gleichzeitig die Haushalte für die nächsten zehn Jahre bindet, also keine Gestaltungsmöglichkeiten lässt.

Dies ist den Abgeordneten aller Fraktionen ein bisschen suspekt gewesen, das muss ich und möchte ich auch hier ausdrücklich betonen, und deswegen ist auf Initiative der Grünen ein Regelwerk verabschiedet worden, das letztlich eine gemeinsame Initiative der Haushälter aller Fraktionen war.

Dieses Regelwerk versucht nun vorzuschreiben, dass es nicht geht, diese Klonung von Eckwerten vorzunehmen, also eine Vervielfachung der realen Ausgaben im Verhältnis zu dem, was im Haushalt steht. Die Absicht ist dort festgeschrieben, aber wir müssen uns erinnern, dass diese Koalition kurz vor den Wahlen Investitionssummen von über 800 Millionen DM ohne jedes Regelwerk, zum Teil ohne jeden Wirtschaftlichkeitsnachweis beschlossen hat und damit natürlich die Sicherung, die wir im Nachhinein eingebaut haben, ein wenig konterkariert.

(B) Die bisherige Praxis im Umgang mit dieser Kapitaldienstfinanzierung ist eindeutig entgegen dem Regelwerk, wie wir es haben. Ich nenne Ihnen nur ein paar Beispiele. Wir haben Verlängerungen von Laufzeiten durch die Verwaltung beim CT III. Also, wenn man jetzt sagt, nicht zehn Jahre Laufzeit, wir kommen nicht aus mit dem Geld, wir machen jetzt 20 Jahre, dann hat man wieder neue Spielräume. So einfach ist das.

An solchen Verschiebungen der Laufzeiten waren die Parlamentarier in der Vergangenheit nicht beteiligt, jedenfalls nicht im Entscheidungsprozess, im Umsetzungsprozess dann nachher schon. Wir wissen, dass über diese Verfahren die Unterfinanzierung des Wirtschafts- und Häfenhaushaltes buchungstechnisch wegorganisiert wurde. Nach meiner Einschätzung ist die Zahlungsunfähigkeit dieser Bereiche mit diesem Trick verhindert worden.

Aber auch in der Praxis, wie wir sie im Haushaltsausschuss erleben, ist völlig klar, dass es beliebige Zuordnungen gibt. Die Frage der Finanzierung des Wohnungsbaus wurde drei Sitzungen lang mit der Begründung verschoben, dieser Wohnungsbau gehöre in das Regelwerk, und das Regelwerk ist noch nicht verabschiedet! Kaum hatten wir das Regelwerk verabschiedet, und da hat sich mein Kollege aus der Baudeputation und aus dem Haushaltsausschuss, Herr Mützelburg, schon gefreut, kam die Vorlage wieder zur Entscheidung, und dann wurde uns gesagt: Nein, das Regelwerk sei hier nicht anzuwenden, weil Wohnungsbaufinanzierung keine Kapitaldienstfinanzierung sei.

Dann war damit an dieser Stelle die Diskussion erledigt. Anschließend gab es auf Initiative der Grünen eine Übersicht über die Kapitaldienstfinanzie-

(C) rungen, und wenn man einmal hineinsieht, stellt man fest, dass Wohnungsbaufinanzierungen darinstehen! Die Verwaltung weiß offensichtlich selbst nicht, was sie mit dem Regelwerk anfangen kann!

Aus dieser Übersicht wird übrigens deutlich, was alles kapitaldienstfinanziert werden soll, also, die Investitionen der großen Koalition. Ich nenne einmal ein paar Beispiele, damit Sie sehen, wie zukunftsfähig diese sind: das Defizit der Rennbahn, das Defizit des Bremer Verkehrsverbundes, die Finanzierung des Musikfestes — als Investitionen über mehrere Jahre, darüber sprechen wir, und nicht darüber, ob es bezuschusst werden kann oder nicht! —, die Baggergutentsorgung, die Vorfinanzierung von Grundstücksankäufen, Schuldendiensthilfe für nicht kommunale Krankenhäuser. Es gibt dann immer wieder einen großen Topf diverser Fördermaßnahmen BIG, wo keiner letztlich richtig weiß, außer natürlich diese Bremer Investitionsgesellschaft selbst, was dahinter steckt.

(D) Das Regelwerk und der damit einzurichtende Kapitaldienstfonds, über den wir heute diskutieren, sind in dem derzeitigen Kontext wirklich ein schwarzes Loch, und deswegen ist der Fonds auch ausgesprochen problematisch. Mit dem Gesetzesentwurf wird aber klammheimlich eine andere Sache legalisiert, die bisher illegal ist. Die große Koalition hat mindestens drei Bauvorhaben — Bahnhofsvorplatz, Überseehafen, Bremerhavener Schleuse — entgegen den eindeutigen Bestimmungen des Haushaltsrechtes aus Kassenkrediten finanziert. Wir wissen ja nicht erst seit gestern, dass die große Koalition ein bisschen freier handelt nach dem Motto, die Gesetze sind uns egal, der Zweck heiligt die Mittel!

(Abg. Frau H ö v e l m a n n [SPD]: Na, na!)

Das Motto ist doch ganz eindeutig: Legal, illegal, schön ist die Welt!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Das ist das Motto dieser großen Koalition!

(Abg. F o c k e [CDU]: Das ist jetzt aber ein bisschen gemein!)

Die Finanzierung dieser drei Projekte ist haushaltswidrig gewesen! Ich sage Ihnen ganz ehrlich, wenn wir eine Diskussion darüber haben, wie wir auf Bundesebene die bremischen Interessen vertreten wollen, dann geht es erst einmal damit los, dass wir die Grundsätze ordnungsgemäßer Buchführung einhalten und nicht beliebig in die Kasse langen und dies hinterher auch noch gesetzlich legitimieren! Das halte ich für ein Verfahren, das überhaupt kein Vertrauen schafft, sondern Misstrauen!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

(A) Wir haben in der Finanzierung schwarze Löcher, unklare Schulden-situation, und bevor in einer solchen Situation dann eine neue Finanzierungsmöglichkeit eröffnet wird, sagen wir: Lasst uns erst einmal eine Bestandsaufnahme über die alten Schulden machen, und dann können wir auch andere, modernere Formen der Finanzierung wählen! — Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Präsident Weber: Meine Damen und Herren, ich glaube, dass jetzt die beiden Klassen des Alten Gymnasiums eingetroffen sind.

Ich begrüße Sie sehr herzlich und wünsche Ihnen eine spannende Debatte!

(Beifall)

Als Nächste hat das Wort die Abgeordnete Frau Wiedemeyer.

(B) Abg. Frau **Wiedemeyer** (SPD): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Herr Zachau, ein bisschen enttäuscht haben Sie mich ja nun wirklich. Ich habe gedacht, wir hätten einige Sachen schon ganz gut im Haushaltsausschuss klargelegt, aber wenn es denn sein muss, dann versuchen wir es an dieser Stelle noch einmal. Wir diskutieren heute das Gesetz über die Errichtung eines Bremer Kapitaldienstfonds. Dieser Kapitaldienstfonds, denke ich, und wir stehen dahinter, ist eine gute und richtige Sache. Ich kann Ihren Ausführungen hier nicht so ganz folgen, wir haben sie teilweise auch schon im Haushaltsausschuss gehabt, da haben Sie ja Ihre Bedenken geäußert, das Protokoll gibt das auch alles richtig wieder.

Sie haben angefangen und gesagt, es fehle eine Eröffnungsbilanz. Natürlich, wenn wir den gesamten öffentlichen Haushalt im Sinne eines betriebswirtschaftlichen Rechnungswesens führen würden, gehörte dazu auch eine Eröffnungsbilanz. Sie wissen aber ganz genau, dass wir uns in einem Umstellungsprozess befinden. Ich denke, dass wir mit dieser Umstellung auf Kapitaldienstfinanzierung, so wie das Regelwerk sie vorsieht, auf dem Weg dahin sind. Diese Abfinanzierung oder haushaltmäßige Darstellung größerer Investitionsprojekte angelehnt an die Nutzungsdauer, an die festgelegten Tilgungszeiten, die wir da vereinbaren, ist ein richtiger Schritt. Natürlich werden auch irgendwann die Eröffnungsbilanzen kommen. Ich denke aber, es ist einfach zu viel zu erwarten, dass das auf einen Schlag passiert. Es hat auch mit der jetzigen Diskussion um den Kapitaldienstfonds an dieser Stelle erst einmal nichts zu tun.

Sie haben unterstellt, dass es weitere Schattenhaushalte sind. Dem möchte ich doch widersprechen. Es handelt sich, denke ich, um ganz normale außer-

haushaltmäßige Finanzierungen, wie sie auch bisher getätigt worden sind. Jetzt haben wir aber die Situation, dass wir sogar ein Regelwerk dafür haben, und zwar nach ganz klaren Kriterien. Es gibt nämlich keine Beliebigkeit, welche Investitionen darunter fallen und wie sie abfinanziert werden. Wir haben das Regelwerk im Haushaltsausschuss verabschiedet — gegen die Stimmen von Bündnis 90/Die Grünen —, aber wir haben auch über die Punkte, die Sie angesprochen haben, ausführlich diskutiert. Wir hatten da in bestimmten Punkten auch eine Einigkeit über das Verfahren, zum Beispiel in der Frage mit den veränderten Laufzeiten.

Sie haben es eben so dargestellt, als wenn es eine Beliebigkeit wäre und jedes Ressort irgendwann mit dem Finanzsenator vielleicht allein vereinbaren könnte, dass irgendwelche Laufzeiten verändert werden, weil man vielleicht die Tilgung im Haushalt nicht mehr darstellen kann. Dem ist nicht so. Ich denke, wir haben das im Haushaltsausschuss, da verweise ich auf das Protokoll, auch noch einmal herausgestellt. Wir unterlegen die Zinsen und die Tilgung mit einer Verpflichtungsermächtigung, und zwar auch getrennt, damit uns allen klar ist, wie hoch der Anteil der Zinsen ist und welche Tilgungsleistung erbracht wird. Diese Verpflichtungsermächtigungen müssen natürlich durch parlamentarische Gremien. Es ist also nicht möglich, und es wird auch nicht passieren, dass jemand eigenmächtig irgendwelche neuen Zeiten der Nutzungsdauer da in seine Verträge schreibt und mit dem Finanzressort vereinbart.

Dann haben Sie dieses Werk, die Auflistung der Kapitaldienstfinanzierung, die wir jetzt bekommen haben, kritisiert. Es ist richtig, dass gerade wir als Haushälter, und das waren nicht nur die Grünen, sondern das waren wir allesamt, auch darauf bestanden haben, dass wir eine Auflistung der Maßnahmen bekommen, die da laufen. Das ist auch nichts Neues, die hat es bisher auch gegeben im Anhang zum Haushalt. Wer sich da einmal vernünftig seine Haushaltsunterlagen durchgeschaut hat, wird das festgestellt haben, im Gesamtplan zum Beispiel war das aufgelistet.

Jetzt stehen Sie hier und sagen, darin seien ja Maßnahmen, die nicht unter das Regelwerk fielen. Das ist eine Auflistung aller Kapitaldienstfinanzierungen, die es zurzeit gibt, natürlich inklusive aller Maßnahmen, die auch vor dem Regelwerk verabschiedet worden sind. Dass ich da natürlich noch kein Regelwerk anwenden kann, was ich nicht habe, das versteht sich doch von selbst. Wir gehen auf jeden Fall davon aus, dass das Regelwerk ab sofort bei allen Kapitaldienstfinanzierungen Anwendung findet. Das ist auch so im Protokoll vermerkt. Mein Kollege Dr. Schrörs hat darauf auch ausdrücklich hingewiesen. Ich gehe davon aus, dass dieses Regelwerk eingehalten wird.

Sie haben hier getan, als wenn wir mit dem Kapitaldienstfonds eine Möglichkeit schaffen, diesen

(C)

(D)

(A) Haushalt jetzt explosionsartig auszuweiten. Sie haben das Beispiel genannt, dass das Regelwerk vorsieht, dass zirka zehn Prozent der Investitionen, wobei es dann größere sind, ab zehn Millionen DM und so weiter, kapitaldienstfinanziert werden können. Die restlichen 90 Prozent — und das ist einfach falsch, wenn Sie das hier behaupten — können nicht für andere Ausgaben genutzt werden.

Das haben wir auch in der Diskussion im Rechnungsprüfungsausschuss letzte Woche noch einmal besprochen, und der Rechnungsprüfungsausschuss hat, gegen Ihre Stimme, auch noch einmal festgestellt, dass dem nicht so ist. Das Regelwerk steckt da nämlich ganz klare Grenzen. Eine Investition, die kapitaldienstfinanziert werden soll, muss als erste Voraussetzung im Haushalt stehen, und sie muss schon geplant sein. Dann wird diese Investitionssumme den Ressorts sozusagen weggenommen. Der Betrag, der da übrig bleibt, Ihre 90 Prozent, darf nämlich gerade nicht für andere Zwecke verwendet werden. So, denke ich, ist ganz klar, dass es nicht zu einer Expansion kommen kann. Im Gegenteil, in den künftigen Jahren werden dann sogar die Tilgungsraten noch aus den reduzierten Eckwerten der Ressorts dargestellt.

Wir begrüßen das ausdrücklich. Wir gelangen hier erstmalig zu einer Transparenz auch der Investitionen. In der kameralen Haushaltsfinanzierung haben wir Investitionen, die finden einmal statt und dann erst wieder, wenn an dem Gebäude etwas kaputt ist und wir dafür neues Geld brauchen. Es ist aber überhaupt nicht feststellbar, welche Ressorts welche Vermögenswerte haben und welche Kosten diese verursachen. Mit diesem Regelwerk und dessen Anwendung, mit der Umstellung auf Zins- und Tilgungszahlung und der Dezentralisierung in den Ressorthaushalten ist uns das jetzt erstmals möglich.

(B) Die Ressorts wissen selbst, was sie verbrauchen. Der Verbrauch, die Tilgungsleistung ist in Anlehnung an die Nutzungsdauer eingestellt, diese Nutzungsdauer ist auch die Obergrenze. Sie haben kritisiert, das sei willkürlich, das ist es nicht. Wir haben drei verschiedene Nutzungsdauern für verschiedene Investitionen festgelegt, wir haben auch ganz klar gesagt, dass jede einzelne Investition natürlich überprüft werden muss, und wenn die Nutzungsdauer geringer ist als das, was eigentlich vorgesehen war, dann ist das die absolute Obergrenze. Sie werden hier zum Beispiel überhaupt keinen Computer zehn Jahre mit Tilgungsraten im Haushalt finden, weil dann die Nutzungsdauer einfach nicht mehr gegeben ist. Das ist einfach falsch, wenn Sie das hier so darstellen. Ich denke, bei strikter Anwendung des Regelwerks gibt es da auch keine Manipulation.

Es hat im Vorfeld auch erhebliche Diskussionen mit dem Rechnungshof gegeben. Wenn ich es richtig verstanden habe, haben wir auch im Rechnungsprüfungsausschuss festgestellt, dass die Bedenken des Rechnungshofes, der gerade auf die Kapital-

dienstfinanzierung, die wir machen, ein sehr wachsaues Auge hat, mit diesem Regelwerk wirklich ausgeräumt worden sind. Wir gehen davon aus, dass das Regelwerk, so wie es beschlossen worden ist, auch seine Anwendung findet.

Sie haben den Wirtschaftlichkeitsnachweis alter Kapitaldienstfinanzierungen angesprochen. Die Wirtschaftlichkeitsnachweise haben wir nicht erst jetzt mit dem Regelwerk für Kapitaldienstfinanzierung eingeführt. Als Haushälter müssten Sie eigentlich die Landeshaushaltsordnung kennen, da gibt es genug Passagen, die genau ausführen, wie welche Ausgaben zu tätigen sind und welche Kriterien anzuwenden sind. Ich verwehere mich dagegen, dass Sie hier sagen, dass es bei allen anderen Kapitaldienstfinanzierungen, die vorher gelaufen sind, keine Wirtschaftlichkeitsberechnung gegeben hat.

(Beifall bei der SPD)

Sie kennen die Vorlagen aus den Wirtschaftsförderungsausschüssen ganz genau, da gibt es immer eine Passage, wo auch Ausführungen darüber gemacht werden. Nun hat das manchmal sicherlich auch etwas damit zu tun, ob man daran glaubt, dass es sich trägt, weil es nicht darum geht, einzelne Investitionen der öffentlichen Haushalte hier nach betriebswirtschaftlichen Kriterien zu messen, sondern, das wissen Sie ganz genau, es geht vor allem auch darum, welche regionalwirtschaftlichen und welche indirekten Effekte Investitionen bringen.

(Abg. Frau L i n n e r t [Bündnis 90/Die Grünen]: Aber die sind nicht nur Liebe, Glaube, Hoffnung! Auch die kann man bewerten!)

Auch die kann man bewerten, und da gibt es auch Bewertungen und Untersuchungen. Gerade wenn Sie das ISP ansprechen, möchte ich darauf hinweisen, dass das ein abgestimmtes Programm ist, auch mit dem Bund und den anderen Ländern. Es gibt da eine Arbeitsgruppe, die auch die Investitionsprojekte, die Bremen damit fährt, mitbewertet hat. Da hat es diese Bewertung gegeben. Wenn Sie nicht daran glauben, dann ist das Ihr Problem. Wir sind uns auf jeden Fall sicher, dass wir auch bisher selbstverständlich die Landeshaushaltsordnung eingehalten haben. Diesen Vorwurf ziehen wir uns nicht zu.

(Beifall bei der SPD und bei der CDU — Abg. Frau L i n n e r t [Bündnis 90/Die Grünen]: Das sehen wir anders!)

Ich weiß, dass Sie das anders sehen. Ich muss Ihnen allerdings auch vorhalten, bei Wirtschaftsinvestitionen haben Sie Schwierigkeiten, an die indirekten Effekte zu glauben, aber wenn es dann an andere Ausgaben geht, dann sind Sie immer ganz

(C)

(D)

- (A) freimütig und erzählen uns dann, wo dann die großen und gesamtgesellschaftlichen Effekte zustande kommen. Auch da sollte man dann nicht mit zweierlei Maß messen.

(Abg. Z a c h a u [Bündnis 90/Die Grünen]: Das hat Herr Sieling auf seiner Pressekonzferenz gesagt! Das haben Sie verwechselt!)

Ein wesentlicher Aspekt ist dieser Kapitaldienstfonds. Sie tun so, als wenn das so ein großer Topf sei, der da jetzt irgendwo außerhalb des Haushaltes stehe und damit etwas ganz Dubioses passiere. Ich denke, dieser Topf ist erstmalig auch eine echte Abfinanzierung der Projekte, die darin stehen. Wir haben klare Verträge für jedes einzelne Projekt, und es wird in einer fest vertraglich vereinbarten Zeit abfinanziert, die Zinssätze, Zinsen, Tilgung werden abgeleistet, dann ist dieses Projekt abfinanziert. Natürlich wird es sicherlich so kommen, dass, wenn sich dann Spielräume ergeben, weil einige abfinanziert sind, man dann natürlich andere Projekte wieder einstellt. In diesem Sinne wird dieser Fonds also in seiner Größe sicherlich eine ganze Zeit Bestand haben.

- (B) Es gibt aber eine echte Abfinanzierung, die haben wir zurzeit in der kameralen Abfinanzierung nicht. Öffentliche Kredite haben irgendwie die Angewohnheit, eine ganze Zeit zu liegen, dann gibt es einen Moment, in dem sie getilgt werden müssen, dann werden neue Kredite aufgenommen, und dann erfolgt die Tilgung der alten. Das ist aber keine echte Tilgung von Krediten. Ich denke, hier sind wir ein gutes Stück auf dem Weg vorangekommen, an der Betriebswirtschaft orientiert und daran, wie Unternehmen Investitionen finanzieren, hier unsere Haushalte zukünftig zu fahren. Es ist ein ganz wesentlicher Baustein einer Umsteuerung. Wenn wir dann eines Tages so weit sind, dass wir wirklich die Doppik eingeführt haben —

(Glocke)

ich komme zum Schluss! —, dann werden wir auch eine von Ihnen geforderte Eröffnungsbilanz haben, das ist ganz selbstverständlich. Dieses Regelwerk erübrigt sich dann aber auch automatisch, weil wir dann eine ganz andere Art der Haushaltsführung haben. Für die Zwischenzeit ist es gut und richtig. Wir begrüßen das, und wir werden dem Gesetz natürlich heute unsere Zustimmung geben. — Danke schön!

(Beifall bei der SPD und bei der CDU)

Präsident Weber: Als Nächster hat das Wort der Abgeordnete Dr. Schrörs.

Abg. **Dr. Schrörs** (CDU): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Es wird Sie sicherlich nicht überraschen, dass sich die Finanzpolitiker der großen Koalition an dieser Stelle einig sind. Frau Wiedemeyer hat das Regelwerk erklärt, ich möchte das hier nicht wiederholen. Wir haben uns gemeinsam im Haushaltsausschuss über eine längere Zeit mit diesem Thema der Kapitaldienstfinanzierung und des Regelwerks beschäftigt. Wir haben uns innerhalb der einzelnen Fraktionen, zwischen Senat und Fraktionen und zwischen Parlament und Rechnungshof abgestimmt. Nach einem langen, aber, wie ich finde, sehr wichtigen und guten Prozess sind wir dann zu dem vorliegenden Ergebnis gekommen. Es ist ein weiterer Schritt und vor allen Dingen ein Fortschritt auf dem Wege zur betriebswirtschaftlichen Betrachtungsweise, damit wir endlich von der Kameralistik wegkommen und hier neue betriebswirtschaftliche Instrumente einführen. Ich denke, gerade das Regelwerk, so wie es jetzt angelegt ist, führt dazu, dass man in diesem Bereich weiter vorankommen kann.

Der Kapitaldienstfonds und die Kapitaldienstfinanzierung müssen so gestaltet werden, und das sollte man nicht aus dem Auge verlieren, dass es am Schluss gelingt, auch die Tilgung aus laufenden Einnahmen zu finanzieren. Das muss das Ziel sein. Alle Beteiligten wissen, dass dies jedoch nicht innerhalb von zwei oder drei Jahren zu erzielen ist. Dieses große Ziel muss man aber weiterverfolgen, denn dann erst würde man so finanzieren, wie auch in der Wirtschaft finanziert wird. Dann wären die Vorbehalte, die jetzt noch vorhanden sind, ausgeräumt. Im Moment aber haben wir ein strenges Regelwerk, mit dem neue Maßnahmen nicht mehr so wie früher finanziert werden können.

Ich denke, Herr Zachau, man sollte nicht vergessen, dass auch die Grünen in der Ampelkoalition eine Reihe von Projekten und auch deren Finanzierung mitbeschlossen haben. Wenn Sie den Kapitaldienstfonds ansehen, kommt die Hälfte der Maßnahmen aus der Zeit, die vor der großen Koalition liegt. Der großen Koalition also vorzuwerfen, sie habe hier falsch finanziert, trifft einfach nicht zu.

(Abg. Z a c h a u [Bündnis 90/Die Grünen]: 800 Millionen DM!)

Ja, rechnen Sie einmal nach, knapp die Hälfte der Entscheidungen liegt vor der Zeit der großen Koalition!

(Abg. M ü t z e l b u r g [Bündnis 90/Die Grünen]: Baggertgut ist teuer!)

Ja, und CT III ist vorher finanziert, wenn ich das richtig erinnere.

Es gibt einen weiteren Punkt, den ich auch zu bedenken gebe. Allen Schulden, die wir hier in Bre-

(C)

(D)

(A) men haben, und da muss ich sagen, Gott sei Dank, stehen auch Vermögen gegenüber. Nehmen Sie einmal das Beispiel des Flughafens. Der Flughafen hat sehr hohe Schulden, aber der Flughafen hat auch ein sehr hohes Vermögen und Eigenkapital, so dass, wenn Sie alle Finanzierungen, nämlich die, die über Eigenbetriebe, Kredite oder Schulden finanziert werden, und die, die Sie jetzt über Kapitaldienst finanzieren, zusammenführen, Sie die Bilanz machen könnten, von der Sie eben gesprochen haben.

Es muss ein zweites Ziel sein, am Schluss zu einem, ich sage jetzt einmal, Konzern Bremen zu kommen, in dem man feststellt, welche Schulden und Vermögen wir haben. Dies braucht noch etwas Zeit. Man kann diese Umsetzung nicht innerhalb eines Jahres oder innerhalb von zwei Jahren schaffen. Ich glaube, dass wir mit dieser Form des Regelwerks und auch mit dieser Form des Kapitaldienstfonds einen großen und guten Schritt nach vorn gemacht haben, um nicht den Überblick zu verlieren, welche Schulden in der Zukunft liegen und was finanziert werden muss.

Wir haben mittlerweile eine große Transparenz. Das finde ich wichtig, damit wir dem Argument entgegentreten können, Herr Zachau, das Sie gebracht haben, wir wüssten als große Koalition überhaupt nicht mehr, wie es weitergehen würde, und wir würden einfach auf Teufel komm heraus mit abenteuerlichen Finanzformen investieren. Dies ist eben nicht der Fall!

(B) Sie sehen sehr genau an der Übersicht, die auch vom Finanzressort vorgelegt worden ist, welche Finanzierungen wir heute haben. Sie können davon ausgehen, dass alle neuen Finanzierungen nur noch so gemacht werden, wie es das Regelwerk bei der Kapitaldienstfinanzierung vorsieht. Ich glaube, dies ist der richtige Schritt. Für die Zukunft müssen wir dafür sorgen, dass wir weiter die Möglichkeit haben zu investieren, denn Sie wissen, dass dieser Stadtstaat nur überleben kann, wenn er investiert. Dies müssen wir weiter sicherstellen, aber wir müssen auch dafür sorgen, dass entsprechend dem Regelwerk auch verfahren wird. — Danke schön!

(Beifall bei der CDU und bei der SPD)

Präsident Weber: Als Nächster hat das Wort Bürgermeister Perschau.

Bürgermeister Perschau: Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Lieber Herr Zachau, ich habe Ihrer Rede ganz aufmerksam zugehört.

(Abg. Z a c h a u [Bündnis 90/Die Grünen]: Das freut mich!)

Da Sie mir so sympathisch sind, habe ich das auch mit großer Sympathie betrieben, aber irgendwie waren Sie heute Morgen nicht so richtig drauf.

(Zurufe)

(C) Ich hatte den Eindruck, Sie haben so ein bisschen die Wirklichkeit auf den Kopf gestellt.

Meine Damen und Herren, ich weiß, es ist ein kompliziertes Thema. Die wenigsten verstehen etwas von Kapitaldienstfinanzierung und von Regelwerken dazu und all diesen Dingen, und man mag vielleicht auch eine etwas unterdurchschnittliche Grundkenntnis dieser Sachverhalte zum Anlass nehmen, ein bisschen Konfusion zu betreiben. Herr Zachau, ich glaube aber, es hat nicht geklappt, weil wir schon zu lange darüber reden, weil die meisten natürlich diese Diskussionen auch kennen und sehr genau wissen, was hier passiert. Das, was wir hier jetzt mit dem Kapitaldienstfonds und dem Regelwerk machen, dient der Wahrheit und der Klarheit in der Haushaltsführung. Es führt zu mehr Transparenz. Es löst im Grunde genau das auf, was Sie vermuten, nämlich irgendwo dunkle Kassen, Schattenhaushalte oder andere Dinge.

Ich gebe gern zu, Herr Zachau — ich weiß gar nicht, ob Sie schon damals so aktiv dabei waren —, wir haben aus der Vergangenheit früherer Legislaturperioden eine ganze Reihe von Vorfinanzierungen durchgeschleppt, die wir jetzt, Gott sei Dank, in diesen Kapitaldienstfonds nehmen können und sie in eine große Transparenz bringen.

(D) Nun will ich Ihnen auch, meine sehr verehrten Damen und Herren, nur sagen, wenn wir Investitionen vorgezogen haben, dann hat es dafür von Ihnen behauptete oder nachgewiesene Dringlichkeiten gegeben. Diese Investitionen sind alle hier im Hause beschlossen worden, wohl wissend, dass für die eine oder andere Jahrestanche von Investitionsstruktur die Mittel nicht haben reichen können, und es war jedem klar, dass wir vorfinanzieren müssen, bis die Investitionssummen in die geplanten Jahrestanchen passen.

Nun, meine Damen und Herren, wir haben beispielsweise über die Fischereihafenschleuse lange diskutiert, verehrter Herr Schramm. Ich hatte nicht den Eindruck, dass das Risiko eines Vorfinanzierungsschattenhaushaltes auch die Grünen davon abgehalten hat, möglicherweise den Eindruck zu gewinnen, dass in Bremerhaven so eine Schleuse vonnöten sei. Da sie vonnöten ist, haben wir sie beschlossen, obgleich der Baubeginn drei Jahre später geplant war. Wir haben es trotzdem gemacht.

Wir haben den CT III, verehrter Herr Schramm, beschlossen, nicht ich! Das ist, glaube ich, noch zu Zeiten der absoluten Mehrheit der SPD gewesen, als er beschlossen worden ist. Ich finde die Entscheidung gut und richtig, aber es ist natürlich eine Summe, die da für Bremerhaven ausgegeben worden ist, für die wir jetzt über den Kapitaldienstfonds und das Regelwerk eine ganz große Transparenz herstellen. Eigentlich müssten Sie, verehrter Herr Zachau, gerade für die Opposition davon begeistert sein über die Herstellung von Transparenz in einem solchen

- (A) Regelwerk und über ein solches Sondervermögen, in dem das jetzt abgewickelt wird und wo sie über die Controllingberichte alles ganz genau ablesen können und wo zum ersten Mal wirklich sichergestellt wird, dass auch abfinanziert wird.

Das ist doch immer das alte Thema in der Kameratechnik gewesen, dass man die Schulden für Investitionen aufgenommen und auch abgezinst hat, dass aber die gesicherte Leistung der Tilgung nicht immer geboten war. Jetzt kann man es ganz genau in jedem Einzelwerk prüfen. Ich glaube, dass es gut ist, dass jeder Ressortschef jedes Projekt in seiner eigenen Hand behält und genau weiß, wie weit er mit der Abzinsung auf der Basis der Tilgungsleistungen ist. Irgendwann werden diese Leistungen kleiner. Wenn Sie mehr tilgen, müssen Sie weniger Zinsen zahlen, das ist eine alte Geschichte. Aber nun ist es in der Budgetverantwortung dezentraler Ressourcenverantwortung, die Sie alle gewollt haben. Nun trägt der Ressortschef die Verantwortung dafür, dass er auch dies genau beachtet.

Das Finanzressort wird gemeinsam mit dem Haushalts- und Finanzausschuss die Controllingarbeit leisten. Deshalb sage ich, wir sind auf dem Wege zu einer ganz normalen Struktur des betrieblichen Rechnungswesens. Das ist ein Weg, den wir beschreiten. Dies geht nicht per Knopfdruck und auch nicht per Lichtschalter. Die Umstellung von der Kameratechnik auf betriebliches Rechnungswesen, auf Kosten-Leistungs-Rechnung ist ein Prozess. Dies ist ein weiterer Schritt in diesem Prozess, und das wissen Sie auch.

- (B)

Verehrter Herr Zachau, wenn es denn so wäre, dass alle Länder und alle Kommunen dem hehren Anspruch folgen würden, dass sie prinzipiell nichts in Gesellschaften finanzieren, dass sie prinzipiell das Vermögen nicht gegen das, was sie an Investitionsleistungen erbringen, gegenrechnen, dann hätten Sie Recht. Aber es ist natürlich so, dass wir eher bescheiden davon Gebrauch machen. Sie wissen auch, dass es durchaus sinnvoll sein kann, Investitionen auch in die Verantwortung von Gesellschaften zu geben, um damit auch Verantwortungsbezüge klar zu machen, auch Kosten-Nutzen-Rechnung, Kosten-Leistungs-Rechnung in den Gesellschaften, wo sie vom Rechnungswesen vorgegeben sind, möglicherweise noch besser, noch präziser und auch für Sie genauso transparent abzuwickeln.

Das Sondervermögen des Kapitaldienstfonds unterliegt auch der Landeshaushaltsordnung. Es ist nur für investive Maßnahmen einzusetzen, und von daher teile ich die Auffassung von Frau Wiedemeyer und von Herrn Schrörs, dass wir hier einen großen Schritt nach vorn getan haben!

Meine Damen und Herren, wir wollen gar nicht maßlos sein. Das Regelwerk, das wir eingeführt haben, müssen wir jetzt erproben, ob es allen Bedarfen und allen Notwendigkeiten wirklich Rechnung trägt.

Wenn wir feststellen, dass es an der einen oder anderen Stelle noch nicht hundertprozentig ist, dann müssen wir es nachbessern. Aber wir haben das Regelwerk gemeinsam mit Ihnen auf den Weg gebracht, und nun müssen wir es erproben, so wie wir viele neue Dinge tun, und dies auch ein bisschen vor den anderen Ländern, und deswegen ist bei uns das Erprobungsrisiko auch evident.

(C)

Die Alternative, verehrter Herr Zachau, dazu ist, dass wir die Hände in den Schoß legen, die Augen nur so ein bisschen halb geöffnet lassen und im Grunde warten, bis alle anderen Länder das gemacht haben und wir dann aus den Erfahrungen aller anderen Länder lernen und uns zögerlich an die Modernisierung unserer eigenen Verwaltung machen. Wir können uns dieses zögerliche Verhalten nicht leisten, deshalb ist die Umstellung auf betriebliches Rechnungswesen zwingend! Sie muss schrittweise vollzogen werden. Das ist heute ein weiterer wichtiger Schritt.

(Beifall bei der SPD und bei der CDU)

Präsident Weber: Als Nächster hat das Wort der Abgeordnete Zachau.

Abg. **Zachau** (Bündnis 90/Die Grünen): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Sehr geehrter Herr Perschau, was durcheinander ist bei mir, das sind Spekulationen. Bleiben wir bei den Fakten! Die Sympathie ist gegenseitig. Wir kennen uns schon lange, dies ist nicht das Problem, darum geht es auch gar nicht. Wir bleiben bei den Fakten!

(D)

Ich will mit dem Positiven anfangen. Sie haben völlig Recht, dass dieses Regelwerk etwas beinhaltet, was eine Selbstverständlichkeit ist, nämlich die Zuordnung von Kosten zu den Ressorts, die sie verursachen. Das sage ich auch vor dem Hintergrund, dass ich auch Bildungspolitiker bin. Nach meiner Erfahrung wurden jedes Mal, wenn zusätzlich Zinsen gezahlt werden mussten, diese im konsumtiven Bereich eingespart, das heißt Bildung, Soziales. Die so genannten weichen Ressorts mussten diese Kosten erwirtschaften, aber verursacht wurden die Zinszahlungen meist in den so genannten harten Bereichen, nämlich dort, wo die Investitionen im Wesentlichen getätigt wurden. Dieser Umverteilungsmechanismus wird damit gebrochen. Das ist völlig klar. Das ist gut.

Nur, dazu brauchen wir keinen Kapitaldienstfonds und nicht dieses Regelwerk, sondern da hätte es völlig ausgereicht, eine kalkulatorische Zuordnung vorzunehmen, wie man es macht, wenn man einen eigenen Laden bewirtschaftet, so wie ein kleiner Kaufmann, der dann überlegt, welchen Preis er kalkuliert und ob er seine Miete in seine Kalkulation aufnimmt. So hätte man das auch mit der Zuordnung machen können. Das ist nicht das Hauptproblem.

(A) Das Hauptproblem ist auch nicht der Weg in die doppelte Buchführung, die ich als Handelslehrer naturgemäß ganz ausgezeichnet finde. Dies ist auch nicht strittig. Strittig ist der politische Kontext, in den Sie die Maßnahmen jetzt platzieren. Wenn das alles so ordentlich wäre, wie Sie behaupten, warum nehmen Sie dann über 100 Millionen DM Minderausgaben in die Kapitaldienstfinanzierung hinein? Natürlich hat es da noch kein Regelwerk gegeben. Sie haben das Regelwerk auch genau deshalb später gemacht, weil Sie wussten, dass dann solche unseriösen Buchungen nicht mehr möglich wären. Minderausgaben sind im Übrigen nicht gedeckte Haushaltsausgaben, also Schüttelschecks, wenn man es so will. Alles bei uns kapitaldienstfinanziert!

(B) Das Zweite ist, Frau Wiedemeyer, Sie sprechen von zehn Prozent. Sie wissen ganz genau, dass allein das, was bei den Ressorts Wirtschaft und Häfen und mit der Wohnungsbaufinanzierung auch beim Bauressort inzwischen über Jahre gebunden ist, weit über 50 Prozent zumindest in diesem Jahr beträgt. Das ist aufgebläht worden. Dass das alles nicht ganz in Ordnung ist, das sehen Sie eben daran, dass Sie in der Vergangenheit illegal finanziert haben. Sie hätten alles normal in den Haushalt einstellen können, Bahnhofsvorplatz und die anderen Projekte, 134 Millionen DM! Das haben Sie aber nicht gemacht beziehungsweise der Senator nicht. Er hat in die Kasse gelangt, in den Dispokredit, und das verstößt gegen die Haushaltsordnung! Das wissen Sie ganz genau, dass Projekte immer auch Titel haben müssen.

Wenn ich im Vorfeld schon so etwas sehe und dann eine Koalition sehe, die weiß, eigentlich brauchen wir ein Regelwerk, weil diese Form der Finanzierung zunimmt, aber sagt, bevor wir uns das Regelwerk geben, da langen wir noch einmal richtig zu, über 800 Millionen DM, dann frage ich mich natürlich, wie ernst das eigentlich mit dem Regelwerk gemeint ist. Das ist die Kritik. Die Ablehnung des Fondsgesetzes hat bei uns genau den Hintergrund, dass wir seine mangelnde Absicherung beklagen.

Die Laufzeiten sind mit Abschreibungen der Privatwirtschaft vergleichbar und der Versuch, die Nutzungsdauer Jahr zu Jahr kostenmäßig zu erfassen. In der Privatwirtschaft — AfA heißt das dort — ist die Nutzungsdauer eines der umstrittensten Probleme überhaupt. Hierzu gibt es die meiste Rechtsprechung, weil das natürlich ein hervorragendes Mittel ist, um zu manipulieren.

Wir haben im Haushaltsausschuss vereinbart, dass wir das nicht wollen. Wir sind da auch inhaltlich völlig einer Meinung, dass das nicht geht. Aber in der Vergangenheit haben Sie eine andere Praxis gemacht.

Der CT III ist in seinen Laufzeiten verändert worden, real ohne Beteiligung der Parlamentarier. Das ist einfach Ihre Praxis. Auch bei der Wohnungsbau-

förderung ist es so, dass Sie nicht genau wissen, ob sie dort hinein gehört oder nicht, und beliebig sagen, es ist kapitaldienstfinanziert oder nicht, so wie das passiert ist. Dann sage ich: Ich glaube Ihnen das schon alles, subjektiv! Aber dieser großen Koalition glaube ich politisch nicht, sondern ich bin fest davon überzeugt, und ich finde, das ist weitgehend belegt, dass Sie sich hier ein Instrument geschaffen haben, mit dem Sie im Nachhinein Regeln schaffen, die Sie schon vorher bewusst gebrochen haben. Das, finde ich, ist eine absolut unglaubliche Position.

Als Letztes zur Eröffnungsbilanz! Es geht nicht nur darum, technisch festzustellen, wie hoch die Schulden und die Vermögen sind. Darüber könnte man streiten, wenn Sie versuchen würden, das Vermögen, bremische Straßen zum Beispiel, komplett zu verkaufen, da würde es schon haken. Es kommt darauf an festzustellen, welche Vermögenswerte wir als Generation übernommen haben und welche wir übergeben.

Im Moment ist es Praxis, dass wir als Generation Vermögenswerte übernehmen, für unseren Konsum verbrauchen und wesentliche Vermögenswerte, die heute geschaffen werden, auf Kreditbasis finanzieren für die heutige Jugend. Sie wird sie irgendwann bezahlen müssen, und um dies feststellen zu können, braucht man eine solche Bilanz als Voraussetzung, um überhaupt Dimensionen möglicher Kreditaufnahme besser beziffern zu können. So ist das ein wirklicher Betrug an der jungen Generation, das will ich an dieser Stelle noch einmal sagen, und deswegen lehnen wir auch diese Art zusätzlicher Finanzierungsmöglichkeiten ab. — Vielen Dank!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Präsident Weber: Als Nächste hat das Wort die Abgeordnete Frau Wiedemeyer.

Abg. Frau **Wiedemeyer** (SPD): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Herr Zachau, Ihre letzten Äußerungen weise ich hier entschieden zurück!

(Beifall bei der SPD und bei der CDU)

Wir verabschieden hier heute ein Gesetz über die Einrichtung eines Kapitaldienstfonds, und wir haben in den letzten 14 Tagen ein Regelwerk verabschiedet. Wenn es vorher kein Regelwerk gegeben hat, können wir natürlich auch nicht gegen irgendwelche bestehenden Regeln verstoßen haben.

(Lachen beim Bündnis 90/Die Grünen — Abg. Frau **L i n n e r t** [Bündnis 90/Die Grünen]: Seit einem Jahr fordern die Grünen das ein!)

Das ist rein populistisch, was Sie hier ausführen, und ich denke, dies wird der Sache nicht gerecht.

(C)

(D)

(A) Dies fordern nicht die Grünen seit einem halben Jahr ein, sondern wir sind seit längerer Zeit in der Diskussion, und zwar alle insgesamt als Haushaltsausschuss. Wir haben nur etwas länger als ein halbes Jahr auf die Vorlage eines Regelwerkes durch den Senat gewartet, insofern haben Sie Recht.

Ich finde es einfach unredlich, wenn hier so argumentiert wird, Herr Zachau. Sie wissen auch ganz genau, dass das nicht richtig ist, sich hier hinzustellen und anzumahnen, dass es verkehrt sei, dass wir keine Eröffnungsbilanzen haben. Dass Vermögenswerte nicht dargestellt werden, da sind wir sofort einer Meinung. Natürlich wäre es wünschenswert, wenn es so wäre. Aber tun Sie bitte nicht so, als wenn das hier ein Problem der großen Koalition wäre und ein Bremer Problem!

Das ist die Systematik der Kameralistik, in der öffentliche Haushalte geführt werden. Da ist so etwas nicht vorgesehen,

(Beifall bei der SPD und bei der CDU)

aber wir arbeiten daran. Bremen ist einfach vorbildlich auf dem Weg dazu, genau dies zu verändern. Das ist ein wichtiger Schritt in diese Richtung, und ich würde mir wünschen, dass Sie den eigentlich mit uns gemeinsam gehen.

(B) (Beifall bei der SPD und bei der CDU)

Sie haben die alten Finanzierungen angesprochen. Wir haben die Übersicht zu den Kapitaldienstfinanzierungen, wofür ich mich an dieser Stelle auch noch einmal ausdrücklich bei der Verwaltung bedanke. Ich denke, sie hat eine ähnliche Qualität wie die anderen Vorlagen, die wir erhalten haben, und es liegt auch mit an uns, dies auszufüllen, voranzutreiben und qualitativ zu verbessern.

Das ist eine gute Übersicht gewesen. Da haben wir eine Vorlage bekommen, in der zum Beispiel auch steht, wie damit umgegangen wird, dass wir jetzt im Regelwerk festgelegt haben, dass wir getrennte VE erteilen werden für Zinsen und Tilgung. Da steht: „Aus verwaltungstechnischen Gründen werden die bisherigen Verpflichtungsermächtigungen komplett gestrichen, in einem zweiten Schritt für die jeweiligen Zins- und Tilgungszahlungen neue Verpflichtungsermächtigungen in Höhe der verbleibenden Abfinanzierungsbedarfe erteilt werden. Damit wäre die Einhaltung der haushaltsgesetzlich geregelten VE-Kontingentierung sichergestellt.“

Es hat schon immer im Paragraphen 7 der Landeshaushaltsordnung ein Gebot zum sparsamen wirtschaftlichen Einsatz von Haushaltsmitteln gegeben und auch maßnahmengünstige Zweck-Mittel-Relationen zu ermitteln, und angemessene Wirtschaftlichkeitsuntersuchungen waren immer vorgesehen. Ich gehe davon aus, dass die Verwaltung und

auch wir als Abgeordnete in den entsprechenden Ausschüssen auch in der Vergangenheit darauf ein kritisches Auge gehabt haben. Ich bitte darum, hier nicht so zu tun, als wenn alles, was bisher gemacht worden ist, illegal gewesen sei.

(Beifall bei der SPD — Abg. Z a c h a u
[Bündnis 90/Die Grünen]: Nicht alles!)

Das klang aber ein bisschen so!

(Abg. Z a c h a u [Bündnis 90/Die Grünen]: Aber eine ganze Menge!)

Was die Wirtschaftlichkeit anbelangt, begrüßen wir ausdrücklich, dass wir hier in diesem Regelwerk eine Aufforderung an die Ressorts haben, die besagt, bevor eine Kapitaldienstfinanzierung überhaupt in Anspruch genommen werden kann, muss es eine so genannte ABC-Ausschreibung geben. A steht dafür, dass erst einmal die Kosten ermittelt werden müssen für eine Investition auf der Basis der üblichen Leistungsbeschreibung, B, dass geschaut werden wird, welche Kosten sich bei einer Finanzierung einschließlich Leasing oder Mietkauf eines Investitionsgutes durch Dritte ergeben, und C, welche Kosten sich bei Erstellung, Lieferung und Finanzierung eines Investitionsgutes durch Dritte ergeben.

Ich denke, das ist genau das Richtige, um auch wirklich beurteilen zu können, ob die Art der Finanzierung die wirtschaftlich günstigste ist. Es geht nicht nur darum zu beurteilen, trägt sich die Investition, ist sie wirtschaftlich, sondern hier ist ganz restriktiv auch noch einmal festgehalten, dass es darum zu gehen hat, ob die Art der Finanzierung denn auch die wirtschaftlichste ist, die gewählt wurde.

Wir haben selbstverständlich im Mai, und ich denke, auf diese Sitzung sprechen Sie ja an, im Wirtschaftsförderungsausschuss und in den Vermögensausschüssen Investitionsvorhaben beschlossen. Auch der Rechnungshof hat dies in seinem Bericht ausgeführt und hat das kritisiert, was mit den alten passiert. Dazu habe ich schon etwas gesagt. Wenn Sie sich aber einmal ehrlicherweise das Volumen anschauen, das wir im ersten halben Jahr dieses Jahres an Investitionen getätigt haben, dann ist das nichts Außergewöhnliches gewesen. Ich verwehere mich dagegen, wenn hier der Eindruck erweckt wird, wir hätten diese Maßnahmen gemacht, weil sie nicht in ein von uns beschlossenes Regelwerk passen. Dagegen verwahren wir uns.

Wir stehen zu dem Regelwerk. Wir gehen davon aus, dass es seine Anwendung findet. Herr Perschau hat eben darauf hingewiesen, dass dies natürlich ein dynamischer Prozess ist, und wir werden sicherlich noch die einen oder anderen kritischen Punkte feststellen in der praktischen Umsetzung. Ich denke, dann werden wir sicherlich auch gemeinsam ver-

(C)

(D)

(A) nünftige Wege finden, wie wir damit umgehen. —
Danke!

(Beifall bei der SPD und bei der CDU)

Präsident Weber: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Die Beratung ist geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung.

Wer das Gesetz über die Errichtung eines Bremer Kapitaldienstfonds in erster Lesung beschließen möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

(Dafür SPD und CDU)

Ich bitte um die Gegenprobe!

(Dagegen Bündnis 90/Die Grünen)

Stimmenthaltungen?

(Abg. T i t t m a n n [DVU])

Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in erster Lesung.

Meine Damen und Herren, da der Senat um Behandlung und um Beschlussfassung in erster und zweiter Lesung gebeten hat und die Fraktionen der SPD und der CDU dies als Antrag übernommen haben, lasse ich darüber abstimmen, ob wir jetzt die zweite Lesung durchführen wollen.

Wer dafür ist, den bitte ich um das Handzeichen!

(Dafür SPD, CDU und Abg. T i t t m a n n [DVU])

Ich bitte um die Gegenprobe!

(Dagegen Bündnis 90/Die Grünen)

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) beschließt entsprechend.

Wir kommen zur zweiten Lesung.

Die Beratung ist eröffnet. — Wortmeldungen liegen nicht vor. — Die Beratung ist geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung.

Wer das Gesetz über die Errichtung eines Bremer Kapitaldienstfonds in zweiter Lesung beschließen möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

(Dafür SPD und CDU)

Ich bitte um die Gegenprobe!

(Dagegen Bündnis 90/Die Grünen)

Stimmenthaltungen?

(Abg. T i t t m a n n [DVU])

Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) beschließt entsprechend.

Steuergerechtigkeit

Große Anfrage der Fraktion der SPD
vom 12. Oktober 1999
(Drucksache 15/78)

D a z u

Mitteilung des Senats vom 9. November 1999

(Drucksache 15/105)

Dazu als Vertreter des Senats Bürgermeister Perschau, ihm beigeordnet Staatsrat Dr. Dannemann.

Gemäß Paragraph 29 der Geschäftsordnung hat der Senat die Möglichkeit, die Antwort auf die Große Anfrage in der Bürgerschaft mündlich zu wiederholen. Ich vermute, dass dies nicht gewünscht wird.

Auf die Antwort des Senats auf die Große Anfrage folgt eine Aussprache, wenn dies Mitglieder der Bürgerschaft in Fraktionsstärke verlangen.

Ich frage, ob in eine Aussprache eingetreten werden soll. — Das ist der Fall.

Die Aussprache ist eröffnet.

Das Wort hat die Abgeordnete Frau Schwarz.

Abg. Frau **Schwarz** (SPD): Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Unsere politischen Diskussionen sind sehr dominierend und dominanzbeherrscht von der Problematik unserer Haushaltssituation und der notwendigen Haushaltssanierung. Wir haben eben lange diskutiert über die Notwendigkeit, betriebswirtschaftlich bei der Aufstellung der Haushalte zu agieren. Was mich stört und irritiert, ist die Tatsache, dass bei der Frage der Sanierung betriebswirtschaftliches Denken nicht ausreichend angewandt wird.

Wir reden über Haushaltskürzungen. Das ist nicht der einzige Weg, einen Haushalt zu sanieren. Wir müssen auch die Einnahmeseite ausreichend betrachten.

(Beifall bei der SPD)

Eine Möglichkeit, eine Einnahmeverbesserung zu erzielen, das ergibt sich aus unserer Großen Anfrage, betrifft die Vermögen- und Erbschaftsteuer. Diese Bereiche kommen in das hinein, was ich unter steuerpolitischen Grundsätzen betrachten möchte. Steuerpolitik hat vielfältige Aufgaben und Ziele, unter anderem natürlich, Einnahmen zu erzielen, in star-

(C)

(D)

(A) kem Umfang Lenkungsarbeiten und Verteilungspolitik. All diese Aufgaben sind unter Berücksichtigung dessen zu erfüllen, was im Grundgesetz verankert ist, wir leben in einem sozialen Rechtsstaat.

Die Vermögensteuer ist eine Steuergeschichte besonderer Art. Wir haben dazu ein Steuergesetz, aber die Steuer wird nicht erhoben. Das Bundesverfassungsgericht hat in einem Verfahren festgestellt, dass die Erhebungsform der Vermögensteuer nicht verfassungskonform ist. Die Vermögensteuer selbst ist verfassungskonform. Es musste also ein verfassungskonformes Gesetzeswerk geschaffen werden, und das hat die alte Bundesregierung trotz ausreichender Zeit nicht geschafft. Deswegen durfte die Vermögensteuer nicht erhoben werden.

(Beifall bei der SPD)

Wodurch entsteht Vermögen? Vermögen entsteht dadurch, dass Teile des vorhandenen Einkommens nicht zur Finanzierung von Konsum verwendet werden müssen. Wodurch entsteht Vermögen, das vererbt werden kann? Ebenfalls dadurch, dass vorhandene Einkommensteile nicht zur Finanzierung des Konsums erforderlich sind! Vermögen- und Erbschaftsteuer sind die Steuerarten, bei denen die Leistungsfähigkeit des einzelnen Steuerzahlers oder der einzelnen Steuerzahlerin zu berücksichtigen ist. Das ist kein Zitat von mir, sondern so hat das Bundesverfassungsgericht ausgeführt. Diese Steuerarten sind unter den Gesichtspunkten der Steuergerechtigkeit und der Verteilungsgerechtigkeit zu betrachten und zu bewerten.

(B)

In unserem System der sozialen Marktwirtschaft gehören Steuern zu den wichtigsten Einnahmen unseres Staates und betragen rund 80 Prozent der originären Einnahmen. Aber wie setzen sich zurzeit diese Steuereinnahmen zusammen? Der größte Einnahmeposten hier wird durch die Lohnsteuer finanziert, dicht gefolgt von der Umsatzsteuer. Das Steueraufkommen, das durch Vermögen oder durch Kapital finanziert wird, ist von untergeordneter Bedeutung. Das heißt, der Faktor Arbeit ist derjenige, der die Hauptlast der Ausgabenfinanzierung zu tragen hat. Ich frage Sie: Ist das sozial zu verantworten?

(Beifall bei der SPD)

Noch einmal das Prinzip der Leistungsfähigkeit! Da habe ich das Bundesverfassungsgericht zitiert: Das Vorhandensein von Vermögen ist ein Leistungsmerkmal. Ich spreche hier nicht von Vermögen, das dadurch entsteht, dass Menschen durch große Sparsamkeit sich dieses berühmte Einfamilienhaus angeschafft haben, das nach 30 Jahren endlich schuldenfrei ist. Das ist sicherlich Vermögen, aber kein Vermögen, das zur Vermögensteuer führen sollte.

(Beifall bei der SPD)

Das Vermögen, das vererbt wird, ist für mich ebenfalls ein Leistungsmerkmal im Sinn des Bundesverfassungsgerichts. Ist nicht die Erbschaft, die der Erbe oder die Erbin erhält, ohne einen Leistungsanteil daran bewirkt zu haben, ein Indiz für die Leistungsfähigkeit im Sinn des Bundesverfassungsgerichts? Kann nicht dieses ererbte Vermögen, das dem Erben ohne Leistung quasi in den Schoß fällt, auch zur Finanzierung der Staatsausgaben in angemessener Form herangezogen werden?

(C)

Wir erwarten aufgrund der notwendigen Haushaltssanierung von so vielen Menschen Verzicht und Verzichtsbereitschaft. Ich denke da nur an die Diskussionsrunde über die Kleidungspauschale bei den Sozialhilfeempfängern und -empfängerinnen. Ist es nicht sozial verträglich und auch gerecht, von Inhabern und Erben großer Vermögen zu erwarten, dass sie respektieren, dass ihr Vermögen um die Höhe der Vermögen- und Erbschaftsteuer nur weniger ansteigt?

Lassen Sie mich noch einige Ausführungen über das machen, was ich häufig so als Kritik an dieser Vermögen- und Erbschaftsteuer gehört habe! Bei der Vermögensteuer sagt man dann, das Vermögensteueraufkommen sei nur von geringer Bedeutung. Ich denke, es hängt immer von den Vergleichszahlen ab, um das Wort gering angemessen nutzen zu können. Wir hatten in Bremen in den Jahren 1995/96 durchschnittlich ein Aufkommen von etwa 80 Millionen DM. Wir haben bei der Kleidungspauschale über zehn Millionen DM diskutiert. Wenn ich diese beiden Beträge vergleiche, dann halte ich das Vermögensteueraufkommen nicht für niedrig.

(D)

(Beifall bei der SPD)

Dann habe ich auch gelesen und gehört, und ich muss sagen, das finde ich richtig erschreckend und ziemlich lächerlich, aber ich möchte es trotzdem hier benennen: Bei der Vermögensteuer redet man von einer Neidsteuer. Ich finde es wirklich absurd, und wenn das stimmen sollte, dann müssten wir auch die Steuerprogression bei der Einkommensteuer abschaffen, das habe ich bisher noch von keinem gehört, dass das erforderlich sei.

(Beifall bei der SPD)

Ich habe in meinen vielen Gesprächen über Steuern eines festgestellt, es gibt eine Steuer, die ist absolut und uneingeschränkt gerecht, das ist die, die andere zahlen müssen. Aber leider geht diese Einführung nicht!

(Abg. Frau L i n n e r t [Bündnis 90/Die Grünen]: Sektsteuer!)

Es ist mir vorgetragen worden, die Vermögensteuer sei investitionsfeindlich und gefährde dadurch Ar-

(A) beitsplätze. Ich habe daraufhin einmal eine fiktive Vermögensteuerberechnung durchgeführt. Ich habe ein Gesamtvermögen von zehn Millionen DM unterstellt, davon 8,5 Millionen DM Betriebsvermögen abzüglich der Schulden und so weiter. Bei dieser Höhe — und hier kann man wohl von Vermögen sprechen — würde sich nach altem Recht eine Steuer von 40 000 DM ergeben. Ich muss sagen, dann von Investitionsfeindlichkeit zu sprechen, finde ich absurd und lächerlich.

(Beifall bei der SPD)

Bei der Wiedereinführung der Vermögensteuer, die wir ja fordern, muss natürlich darauf geachtet werden, dass das Gesetzeswerk verfassungskonform wird. Was auch wichtig ist, es sollte im angemessenen Rahmen, nicht so sehr bürokratisch sein, sonst würde sich diese Steuer wirtschaftlich nicht lohnen. Ich denke, wir haben kluge Leute in der Bundesregierung in dem Bereich, die werden das schon hinkommen.

(Beifall bei der SPD)

(B) Einen Satz zu der Geschichte unseres Staates: Nach der Währungsreform war die Erbschaftsteuer von sehr geringer Bedeutung, einfach deswegen, weil es sehr wenig zu vererben gab. Heute haben wir eine andere Zeit, es ist eine Zeit der Erben angebrochen. Erben heißt, eine risikolose Vermögensbildung oder Vermögensmehrung. Das wird immer selbstverständlicher für einen kleinen Teil unserer Bevölkerung.

Die Vermögen werden bei diesen Erbvorgängen sehr unterschiedlich verteilt. Durch diese unterschiedliche Verteilung ergeben sich auch sehr unterschiedliche Startchancen. Vermögende und Erbende haben also von vornherein mehr Wettbewerbschancen als jene ohne Geld. Wenn Erben eine angemessene Erbschaftsteuer bezahlen würden, dann könnte der Staat leistungsbereiten Nichterben zu besseren Startchancen verhelfen aufgrund der gestiegenen Erbschaftsteuer.

Ein weiterer Gesichtspunkt ist, auch die CDU-Fraktion hat eine angemessene Entlastung, entweder durch eine steuerliche Entlastung oder durch direkte Subventionierung, insbesondere von kleineren und mittleren Unternehmen gefordert. Ich denke, wenn dadurch Ausgaben oder Mindereinnahmen des Staates entstehen, dann könnte das durch eine angemessene Erhöhung der Erbschaftsteuer ausgeglichen werden. Das halte ich für sozial verträglich und wirtschaftlich vernünftig.

(Beifall bei der SPD)

Der Faktor Arbeit müsste mehr entlastet werden, der Faktor Vermögen müsste mehr belastet werden,

das ist der Tenor unserer Anfrage und meines Beitrages. — Ich danke Ihnen!

(Beifall bei der SPD)

Präsident Weber: Vielen Dank für Ihre erste engagierte Rede, Frau Schwarz!

(Beifall bei der SPD)

Als Nächster hat das Wort der Abgeordnete Dr. Schrörs.

(Abg. Z a c h a u [Bündnis 90/Die Grünen]: Jetzt geht das wieder mit der großen Koalition los!)

Abg. **Dr. Schrörs** (CDU): Mit der großen nicht, aber mit einer anderen in Bonn! Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Unter der Überschrift „Rustikale Rhetorik oder ein Tonfall wie im Teesalon“ habe ich dem „Weser-Kurier“ entnommen, dass ich Grünen wie kranken Kindern Wirtschaftspolitik geduldig erkläre.

(Beifall bei der CDU)

Verehrte Frau Schwarz, nach dem Beitrag von Ihnen muss ich feststellen, auch bei den Sozialdemokraten gibt es kranke Kinder.

(Beifall bei der CDU — Widerspruch bei der SPD)

Ich habe also eine neue Aufgabe, Ihnen geduldig die Steuerpolitik zu erklären.

(Beifall bei der CDU)

Frau Schwarz, nach Ihrem Beitrag, nach Ihren Vorstellungen und vor allen Dingen mit Ihrem Bundesfinanzminister Eichel möchte ich mit einer Frage beginnen, nämlich mit der Frage: Wie kommt man zu einem kleinen Vermögen? Die Antwort lautet: Indem man einmal ein großes hatte!

(Heiterkeit)

Nun möchte ich doch zu der Bundespolitik kommen, weil ich denke, was sich die Bundesregierung in Berlin zu diesem Thema leistet, ist schon wirklich kabarettreif. Wenn Sie die Zeitung verfolgen, so lautet die Überschrift in der „Welt“ vom 20. Oktober 1999: „Koalition streitet über Vermögensabgabe“. Der Sprecher der Linken, Herr von Larcher, fordert ein Konzept, nach dem Vermögen ab 500 000 DM mit einer zehnpromzentigen Abgabe belegt werden. Sein Fraktionskollege Uwe Jens warnt, dass allein

(C)

(D)

- (A) die Diskussion über Investitionskapital die Investoren in das Ausland treibe.

(Abg. Z a c h a u [Bündnis 90/Die Grünen]: Das sagt Herr Eppelmann!)

Die Grünen, Frau Scheel und Herr Müller, sind sehr verärgert, dass vor allem immer aus der SPD nach einer zusätzlichen Abgabe gerufen werde. Herr Eichel wiederholt verfassungsrechtliche Bedenken. Frau Scheel und Herr Müller halten wenig von einer Vermögensabgabe, und — Zitat —: „Wir wollen keine Steuererhöhungen, es gebe eine funktionierende Einkommensteuer, bei der auch hohe Einkommen herangezogen würden, sowie eine wunderbar ausgestattete Erbschaftsteuer.“ Das sieht Herr Clement völlig anders, denn er hält entgegen, dass die Vermögensverteilung in Deutschland heute ungeechter sei als in den Jahrzehnten zuvor, daher sei es legitim, über Instrumente für gerechtere Lastenverteilung nachzudenken. Vier Tage später: „SPD streitet um Vermögensabgabe.“ Nun mischt sich Herr Scharping ein. Er nannte am Samstag eine Vermögensabgabe sinnvoll, wenn sie durch vernünftige Instrumente verwirklicht werde.

(Abg. D r . K u h n [Bündnis 90/Die Grünen]: Jetzt zur Sache!)

- (B) Herr Eichel hat angekündigt, für großen Grundbesitz könne künftig eine höhere Erbschaftsteuer fällig werden. Leider hat die SPD-Bundestagsfraktion ein Gutachten angefordert. Dieses Gutachten hat offensichtlich die SPD-Bundestagsfraktion etwas irritiert, denn das Ergebnis dieses Gutachtens war, dass eine Vermögensteuererhöhung verfassungsrechtlich nicht möglich ist und alle Argumente, die man vorher hätte kennen müssen, dort wieder erneut Niederschlag gefunden haben.

Es ging aber weiter! Mitte November 1999 hieß die Überschrift: „SPD will Erbschaftsteuer erhöhen.“ Nun gibt es einen internen Streit, und nun hat sich die Regierung offenbar auf eine Erhöhung der Erbschaftsteuer festgelegt. Leider lautet einen Tag später die Überschrift: „Bund will Erbschaftsteuer in diesem Jahr nicht mehr erhöhen“, und nun heißt es, eine Erbschaftsteuererhöhung stehe nicht mehr zur Debatte.

(Abg. R ö w e k a m p [CDU]: Dann ist ja alles klar!)

Meine Damen und Herren, wer solch eine Diskussion in Berlin losbricht, der muss sich doch nicht wundern, wenn die Menschen in diesem Lande zunehmend verwirrt werden über das, was die Bundesregierung politisch in Berlin macht.

(Beifall bei der CDU)

Sie wollen nicht begreifen, dass im internationalen Wettbewerb Konkurrenzvorteile bei Arbeitsbedingungen, Infrastruktur, Kosten, Steuern und Abgaben immer mehr über Investitionen und Arbeitsplätze entscheiden. Sozial gerecht ist deshalb, was Beschäftigung schafft, und nichts anderes!

(Beifall bei der CDU)

Deswegen ist eine große Steuerreform notwendig, die Wachstumsspielräume eröffnet und Unternehmensgewinne ermöglicht —

(Zurufe von der SPD)

Sie haben es doch verhindert, dass die große Steuerreform kam! —,

(Beifall bei der CDU)

damit Investitionen getätigt und Arbeitsplätze geschaffen werden.

(Abg. Z a c h a u [Bündnis 90/Die Grünen]: Kiep hat schon einmal damit angefangen!)

Sie haben die Gelegenheit gehabt, die Steuerreform in Bonn mitzumachen. Sie haben es nicht gewollt.

Nur eine wachstums- und beschäftigungsfreundliche Steuerpolitik ist zugleich eine sozial gerechte Steuerpolitik. Falls Sie das alle irgendwie vergessen haben sollten, möchte ich Sie noch einmal daran erinnern, dass 41 Prozent des gesamten Aufkommens der Einkommensteuer lediglich von fünf Prozent der Steuerpflichtigen erzielt werden. Das sind Einkommen, die über 143 000 DM liegen, und dabei sind alle Einkünfte berücksichtigt. Umgekehrt tragen 50 Prozent aller Steuerpflichtigen nur 9,2 Prozent der gesamten Steuerlast. Das heißt, hier wird deutlich, dass unter zehn Prozent die Hälfte der Steuerlast Deutschlands tragen und zu tragen haben. Sie müssen, um eine wachstums- und beschäftigungsfreundliche Steuerpolitik zu machen, die Steuersätze senken und nicht erhöhen. Sie müssen Ausnahmen beseitigen und das Steuerrecht vereinfachen sowie die Bürger und Unternehmen entlasten.

(Abg. Frau L i n n e r t [Bündnis 90/Die Grünen]: So viel wie in den Jahren vorher!)

Meine Damen und Herren, es hilft doch nicht, dass Sie versuchen, zwischen den belasteten Gruppen Neid und Missgunst zu schüren.

(Beifall bei der CDU — Widerspruch bei der SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen)

(C)

(D)

(A) Lothar Späth hat einmal gesagt, wenn man Tag und Nacht arbeitet und Erfolg hat, erregt man Missgunst.

(Glocke)

Präsident Weber: Gestatten Sie eine Zwischenfrage von Herrn Dr. Schuster?

Abg. **Dr. Schrörs** (CDU): Ja, bitte!

Präsident Weber: Bitte, Herr Dr. Schuster!

Abg. **Dr. Schuster** (SPD): Herr Schrörs, weil Sie ja die Argumentation verfolgen, dass die Unternehmensgewinne für Investitionen steigen müssen, ist für mich die Frage: Wie hoch müssen die eigentlich steigen, wenn ich betrachte, dass die Arbeitnehmer-einkommen in den letzten Jahren mehr oder weniger stagnierten, die Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen allerdings um fünf Prozent gewachsen sind? Die Zahlen beziehen sich auf die neunziger Jahre. Offensichtlich hat das ja noch nicht gereicht, die Arbeitslosigkeit entsprechend abzubauen. Ab welchem Betrag funktioniert die Kausalkette?

(Beifall bei der SPD)

(B) Abg. **Dr. Schrörs** (CDU): Sie müssen so viel erreichen, dass immer weniger Menschen arbeitslos werden in diesem Lande,

(Abg. **Dr. Schuster** [SPD]: Ab wie viel Prozent?)

denn nur das ist der Erfolg, nicht andersherum! Sie können diejenigen, die bereit sind, in diesem Land Leistungen zu erbringen, nicht immer weiter einschränken. Nur diejenigen werden das Land voranbringen, die Leistung erbringen und die Steuern zahlen. Nur so funktioniert es, nicht andersherum!

(Beifall bei der CDU — Abg. **Dr. Schuster** [SPD]: Danke für die Aufklärung!)

Meine Damen und Herren, Milton Friedman spricht vom Trugschluss des Sozialstaates. Wenn man Gutes auf Kosten anderer tut, führt dies zwangsläufig zum Verlust der Freiheit.

Meine Damen und Herren, nur den Eingangssteuersatz, als Programmatik der SPD, senken zu wollen und die Spitzensätze nicht zu verändern, das ist kein Konzept. Wenn Herr Struck sagt, dass es keinen Bedarf beim Spitzensteuersatz gibt, dann frage ich Sie: Ist das die neue SPD?

(Beifall bei der CDU)

Ich möchte nicht weiter auf die einzelnen Teile der Vermögensteuer und deren Verfassungswidrigkeit eingehen. Ich denke, dass das bekannt ist. Jedem ist klar, dass auch eine Vermögensabgabe nicht verfassungskonform ist. Ich glaube, das brauchen wir hier nicht mehr lange zu diskutieren. Gerechtigkeit wird offensichtlich mit Vermögensteuer und Vermögensabgabe gleichgesetzt. Was ist das doch für eine schöne, einfache Welt: Den Reichen soll genommen werden, den Armen soll gegeben werden!

(Abg. **Dr. Sieling** [SPD]: Das steht schon in der Bibel!)

Meine Damen und Herren, diese Robin-Hood-Philosophie ist im Zeitalter der Globalisierung freier Kapitalmärkte und noch komplizierterer Gesellschaftsstrukturen nicht mehr so einfach zu realisieren, wie manche Genossen das glauben.

(Beifall bei der CDU)

Zudem spaltet sie die Gesellschaft!

(Widerspruch bei der SPD)

Es kommt vielmehr darauf an, wenn Sie etwas verändern wollen, das Vermögen im Lande und für das Land zu binden. Deswegen sind viele Besitzer großer Vermögen bereit, wie Sie alle wissen und wie die Vergangenheit zeigt, sich gesellschaftlich zu engagieren. Dies muss viel mehr genutzt werden. Wer Kapital im Lande binden will, muss darüber nachdenken, wie Besitzer großer Vermögen und Erben stärker in die Verantwortung genommen werden. Es muss diesen Besitzern großer Vermögen die Möglichkeit eröffnet werden, Kunst, Kultur, Wissenschaft und Forschung zu fördern.

(Abg. **Frau Lemke-Schulte** [SPD]: Nur zu!)

Aber Voraussetzung dafür ist eine tief greifende Reform vor allen Dingen des Stiftungssteuerrechts, meine Damen und Herren, denn Sie müssen diesen Menschen einen Anreiz geben, ihr privates Geldvermögen für die Gesellschaft zu aktivieren. Vor allem Kapital würde dadurch dauerhaft für gesellschaftliche Zwecke gebunden werden.

Meine Damen und Herren, sozial ist nicht der, der verteilt, sondern der, der dafür sorgt, dass es etwas zu verteilen gibt!

(Beifall bei der CDU)

Ich möchte meinen Beitrag mit einem Zitat aus dem Jahr 1984 von Deng Xiaoping schließen:

(Heiterkeit)

(C)

(D)

(A) „Reich zu werden ist glorreich,“

(Abg. D r . K u h n [Bündnis 90/Die Grünen]: Das gibt es von Lenin auch!)

„und wenn einige zuerst reich werden und andere später, dann ist das nicht schlimm.“

(Beifall bei der CDU — Zuruf vom Bündnis 90/Die Grünen: Der letzte Maoist! — Heiterkeit)

Präsident Weber: Als Nächste hat das Wort die Abgeordnete Frau Linnert.

(B) Abg. Frau **Linnert** (Bündnis 90/Die Grünen): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich fürchte, meine Rede wird nicht so lustig, ich will mir aber Mühe geben. Auf jeden Fall will ich versuchen, unsere Meinung zu sagen. Herr Dr. Schörs, zwei Sachen will ich schon noch erst einmal zu Ihrem Redebeitrag sagen. Es fällt mir am meisten auf, das war gestern auch schon bei Frau Dreyer so, mit welchem Selbstbewusstsein Vertreter der CDU jetzt, nachdem diese Bundesregierung gerade einmal ein Jahr versucht hat, das besser zu machen, was in 16 Jahren nicht so gut gemacht wurde, mit welcher Chuzpe herangegangen wird, um zu sagen, was soll das denn eigentlich. Jetzt ist die rotgrüne Bundesregierung noch daran schuld, dass Sie über die ganze Zeit hinweg ein absolutes Steuerchaos angerichtet haben, dass kein Mensch mehr weiß, wer wie viel bezahlen muss.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD — Widerspruch bei der CDU)

Das ist erst einmal Fakt! Da muss man schon ziemlich selbstbewusst sein, um hier so aufzutreten, so nach dem Motto, jetzt sind wieder die Rotgrünen daran schuld.

Das Zweite, was ich zu Ihrem Redebeitrag sagen möchte, ist, dass ich auf keinen Fall diese wirtschaftspolitische Köteltheorie, die Sie hier ausgebreitet haben, teile.

(Heiterkeit)

Ich möchte sie ganz gern einmal auf ihren Kern prüfen. Ich versuche, das zu erklären, wenn alle aufhören zu lachen: Da ist zu sagen, die Wirtschaft ist ein großer Esel, und die Köteltheorie ist, man gibt ihm vorn so viel Hafer hinein, dass möglichst hinten sozusagen in einem natürlichen Prozess so viel wieder herauskommt, dass die Spatzen genug Hafer in den Ausscheidungen finden, um satt zu werden, das

ist die wirtschaftspolitische Köteltheorie der CDU, und das wissen Sie ganz genau. (C)

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD — Heiterkeit bei der CDU — Abg. E c k h o f f [CDU]: Bei euch verhungert selbst der Esel! — Heiterkeit)

Noch lebt er! Herr Eckhoff, ich sage jetzt nichts über die Leibesfülle von irgendjemandem!

Jetzt zur Vermögensteuer! Ich sage einmal, Steuergerechtigkeit insgesamt ist ein weites Feld, und auch für die Grünen gilt, dass wir eine Verengung auf den Bereich Vermögensteuer, wenn es um die Frage der Gerechtigkeit geht, ausdrücklich nicht richtig finden.

Das Bundesverfassungsgericht, das hat Frau Schwarz schon gesagt, hat 1995 die damaligen Bewertungsvorschriften, nach denen die Vermögensteuer erhoben wird, für verfassungswidrig erklärt. Das war zu Zeiten der schwarzgelben Bundesregierung, da hatte sie auch schon länger regiert. Auf die Idee, dass da etwas faul ist, hätte man auch schon früher kommen können, aber vielleicht wollte man auf die Idee auch gar nicht kommen. Es war ganz klar, dass es zu einer Ungleichbehandlung von Geld- und Aktienvermögen auf der einen und Vermögen in Häusern und Grundstücken auf der anderen Seite gekommen ist. Für die Häuser und Grundstücke gelten Einheitswerte, die mit dem Marktwert wenig zu tun haben, und deshalb war die ganze Erhebung der Vermögensteuer so auf Dauer nicht haltbar. (D)

Der Bundesrat hat dann die Erhebung von Vermögensteuer 1997 ausgesetzt. Zur Kompensation der Einnahmeverluste, das geht auch aus der Anfrage der SPD hervor, die Einnahmen aus der Vermögensteuer, die vollständig den Ländern zugeflossen sind, wurden dann Veränderungen bei der Erbschaftsteuer und bei der Grunderwerbsteuer vorgenommen. Wie aus der Anfrage der SPD hervorgeht, ist der Ausgleich der Einnahmen für das Land annähernd gelungen, nicht ganz, aber die Differenz ist nicht so groß, dass man daraus nun meiner Meinung nach konstruieren kann, damit könnte man die Bekleidungsbeihilfe für Sozialhilfeempfänger locker bezahlen. Die Entscheidung, die Bekleidungsbeihilfe zu kürzen, ist vollkommen unabhängig von der Frage Vermögensteuer ja oder nein.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Ich sage einmal, was damals passiert ist, würde ich aus heutiger Sicht auch eher kritisch sehen. Ich habe ziemliche Zweifel, ob eine Erhöhung der Grunderwerbsteuer eigentlich gesellschaftspolitisch richtig ist, weil man dann normalerweise sagt, es ist allen klar geworden, dass es zu einer größeren Flexibilität der Menschen bei der Wahl ihres Wohnorts kommen muss. So ändern sich die Zeiten, ob einem das persönlich so gefällt oder nicht, und da ist es na-

(A) türlich falsch, gerade bei dem Bereich der Grunderwerbsteuer, das trifft übrigens vor allen Dingen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, zuzulangen, gut, sei es darum!

Die rotgrüne Bundesregierung hat nun eine Arbeitsgruppe eingesetzt, die eine Grundlage für eine wirtschafts- und steuerpolitisch sinnvolle Vermögensbesteuerung schaffen soll. Das steht so im Koalitionsvertrag. Es gibt zurzeit einen Zwischenbericht, der verschiedene Möglichkeiten einer Bewertung des Grundbesitzes darstellt und aufzeigt, wie man das machen könnte. Dann kommt man auf drei fachliche Probleme, die ich hier kurz darstellen möchte.

Das erste Problem ist die Höhe der Erhebungskosten für eine Vermögenssteuer. Da gibt es Schätzungen, die liegen zwischen drei und 40 Prozent. Vielleicht kann Herr Senator Perschau gleich noch etwas dazu sagen, was er für Bremen schätzt. Auf jeden Fall, es ist mir auch egal, in diese Prozenthuberei will ich mich nicht einmischen, aber Fakt ist, dass die Erhebungskosten der Vermögenssteuer höher sind als bei der Körperschaft- und Einkommensteuer. Das muss berücksichtigt werden, wenn man Vermögenssteuern fordert.

(B) Das zweite Problem ist das mit dem Halbteilungsgrundsatz. Es ist so, dass das Verfassungsgericht in einer Nebenpassage gesagt hat, dass die Erhebung der Vermögenssteuer nicht dazu führen dürfe, dass die Steuerlast insgesamt über 50 Prozent liege. Dieses Argument wird von Gegnern der Vermögenssteuer heute meiner Meinung nach zu Unrecht gegen die Vermögenssteuer angeführt, weil durch die Senkung der Steuern, die die rotgrüne Bundesregierung vorgenommen hat, überhaupt nicht droht, dass diese 50 Prozent überschritten werden.

Das dritte Problem, und das halte ich für das gravierendste, ist, dass es bei einer Erhebung einer Vermögenssteuer Probleme macht, zwischen betrieblichen und privaten Vermögen zu unterscheiden. Die SPD hat sich da ganz klar festgelegt. Sie will auf jeden Fall nur privates Vermögen in die Vermögenssteuer einbeziehen. Das wird dann aber dazu führen, dass Unternehmer ihr privates Vermögen in den Betrieb transferieren, und dann hat man das Problem von vorn.

Wenn man versucht, dies zu verhindern, bekommt man Verfassungsprobleme, nach unserer Einschätzung, von erheblichem Stellenwert. Deshalb wird man da an einer ganzen Reihe von praktischen Schwierigkeiten scheitern. Die Frage, wie schafft man es eigentlich, die Einheitswerte für den Grundbesitz zeitnah anzugleichen, ist auch schwierig. Die Länder sind da ja schon ziemlich auf der Palme, das ist ein Riesenreformvorhaben und ein großer Verwaltungsaufwand, das zu erreichen.

Entscheidend in der Frage der Vermögensbesteuerung ist nach Meinung der Grünen vor allen Dingen allerdings die politische Lage. Alle Bundesländer mit

CDU-geführten Regierungen und alle großen Koalitionen haben das ganz klar erklärt, sie wollen die Vermögenssteuer nicht. Da es aber eine Steuer ist, die den Ländern zufließt, und die Länder alle sagen, wir wollen das nicht, sage ich einmal, gibt es vollkommen unabhängig von allen Fachfragen, die man lang und breit erörtern kann und sich darüber streiten kann, für diese Vermögenssteuer einfach keine Realisierungschance.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Für mich gehört zu Politik auch, irgendwann einzusehen, wie die Faktenlage ist, und sich nicht immer wieder durch das Rennen gegen dieselbe Ecke an immer derselben Stelle eine Beule zu holen. Man könnte ja ein paar andere Sachen machen, die vielleicht ähnliche Effekte erzielen. Das heißt dann aber, dass man aufhört, sich darauf festzulegen, dass die Vermögenssteuer im Grunde vor allen Dingen ein Symbol für soziale Gerechtigkeit ist.

Kritisch sehen wir auch das Vorhaben, statt der Vermögenssteuer eine befristete einmalige Vermögensabgabe einzuführen. Dafür brauchte man, zumal in der jetzigen Lage, eine ziemlich gute, auch verfassungssichere Begründung. Man müsste sagen, es gibt eine besondere Notlage des Staates, oder man müsste sagen, es gibt eine besondere Aufgabe, die wir jetzt aus dieser Vermögensabgabe finanzieren müssen. Die Bundesregierung hat die Steuern gesenkt, und damit ist eine Begründung für eine Vermögensabgabe schwierig. Ich habe Zweifel, ob man das verfassungsfest hinbekommen kann.

Leider, das habe ich schon gesagt, ist die Frage der Vermögenssteuer zu einem Symbol für angebliche Gerechtigkeit oder Ungerechtigkeit geworden. Allein die Denkweise finde ich ein bisschen komisch. Als würde es gerechter, dass die Bundesregierung, leider die rotgrüne Bundesregierung, den Arbeitslosen ihre Rentenanwartschaften gekürzt hat, wenn man gleichzeitig eine Vermögenssteuer einführt! Das war eine politisch falsche Entscheidung. Ich glaube, da sind wir uns mit der SPD in Bremen auch einig, und das hat einfach keinen Zusammenhang zu der Einführung einer Vermögenssteuer. Ich habe keine Lust, einem Arbeitslosen zu sagen, du, das haben wir gemacht, aber sei nicht böse, wir haben dafür den Leuten, die über 500 000 DM auf dem Konto haben, auch etwas weggenommen. Gerechtigkeit geht nicht so vor.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Steuergerechtigkeit ist nach Jahren des Steuerchaos der alten Bundesregierung Leitlinie der rotgrünen Bundesregierung, und mir wäre es auch wichtig, dass wir das große notwendige gesellschaftliche Reformvorhaben stärker in den Mittelpunkt der Darstellung der rotgrünen Politik stellen. Es ist zu

(C)

(D)

- (A) einer Entlastung von Familien gekommen, die früher unter der alten Bundesregierung zum Teil in die Sozialhilfebedürftigkeit hineinbesteuert wurden. Erst das Bundesverfassungsgericht und dann diese Regierung haben das verändert.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Es ist dazu gekommen, dass Steuerschlupflöcher gestopft werden und unsinnige Abschreibungsregelungen aufgehoben werden. Wer in die neuen Bundesländer fährt, der sieht diese ganzen Abschreibungsruinen herumstehen, die erstens einmal den Staat viel Geld gekostet haben, zweitens dort die Landschaft verschandeln und drittens den Kommunen dauerhaft ordentlich Probleme bereiten. Es ist zu einem Abbau von Subventionen gekommen und zu einem Abbau von Ausnahmetatbeständen im Steuerrecht. Ein einfaches, klares, verlässliches Steuersystem ist gerechter als alle Versuche von Lobbyisten, hier und dort jemanden besser zu stellen oder andere zu benachteiligen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

- (B) Mit diesem Steuerreformvorhaben ist die rotgrüne Bundesregierung auf dem richtigen Weg. Wie es weitergeht, wird spannend. Da werden noch viele interessante Fragen zu beantworten sein, auch im Zusammenhang mit dem, was uns in diesen Tagen so besonders bewegt, wie geht es mit Bremen weiter, und wie findet eigentlich die Finanzverteilung zwischen Bund, Ländern und Gemeinden statt, da sind Steuerfragen die gesellschaftlich entscheidenden Fragen, und es wäre gut, wenn sich viele daran beteiligen würden.

Ich nenne jetzt einmal drei Fragen, die auch in diesen Zusammenhang soziale Gerechtigkeit gehören, die aber gleichzeitig für viele Beteiligte dann auch eben ordentlich Zumutungen enthalten. Es wird zu einem Verfassungsgerichtsurteil kommen, das vorschreiben wird, die Renten zu besteuern, sage ich einmal. Wenn man sagt, es soll jede Mark besteuert werden, dann ist das richtig. Trotzdem wird es viele Probleme machen. Warum wird eigentlich nach wie vor, auch nach der Steuerreform jetzt, das Auto bei Fahrten zur Arbeit bevorzugt vor allen anderen Verkehrsmitteln? Da, finde ich, kann man noch etwas tun.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Warum, um alles in der Welt, wird die gesundheitsgefährdende Schichtarbeit steuerlich begünstigt? All das sind noch Tätigkeitsfelder im Rahmen der Steuerreform, von denen Grüne denken, dass es da weitergehen kann.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Keine Steuerdebatte ohne eine Debatte über Abgaben! Von der rotgrünen Bundesregierung würde ich mir mehr Kraft wünschen, die Abgabenfrage stärker in den Mittelpunkt zu rücken. Es ist einfach nicht in Ordnung, dass zur Finanzierung des sozialen Sicherungssystems fast ausschließlich die Einkommen von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern herangezogen werden. Eine Heranziehung aller Einkünfte für die Finanzierung des sozialen Sicherungssystems, wie es in anderen europäischen Ländern längst Praxis ist, würde insgesamt der Abgabenordnung und der Gerechtigkeit in diesem Zusammenhang in Deutschland einen ganz großen Dienst erweisen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Im Übrigen, und da bin ich mir mit Frau Schwarz bestimmt einig, würde ein stärkeres Einsetzen von Steuerprüfungen auf der Einnahmenseite Bremens auch eine ganze Menge bringen.

Wie geht es jetzt weiter? Die Bundesregierung arbeitet an einer Reform der Erbschaftsteuer. Darauf hat Herr Dr. Schrörs schon kabarettistisch hingewiesen. Sie wissen ganz genau, dass es da Regelungsbedarf gibt. Da muss es unbedingt dazu kommen, dass es zu einer gerechteren Bewertung von Geld- und Grundvermögen kommt, das ist der richtige Weg. Das hat auch mit Neidsteuer nichts zu tun, sondern auch da gibt es Vorgaben des Verfassungsgerichts, und man soll nicht so tun, als würde man auf der Insel der Seligen leben! Eine Vereinheitlichung der ganzen Frage der Zinsbesteuerung in Europa ist sowieso die einzige Chance, und da wird die Bundesregierung, so wie ich den Eindruck habe, den richtigen Weg gehen. Wir plädieren für weniger Ideologie und mehr Pragmatismus in Steuerfragen, und dann hat der Staat auch bestimmt genug, dass er nicht verhungern muss.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Präsident Weber: Als Nächster hat das Wort der Abgeordnete Dr. Sieling.

Abg. **Dr. Sieling** (SPD): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Wir haben gestern Abend fast alle aus diesem Hause an einer angenehmen Veranstaltung teilgenommen und alle dort sehr aufmerksam Herrn Wickert gelauscht. Ich möchte in dieser Debatte noch einmal daran erinnern. Herr Wickert hat in den Mittelpunkt seiner Rede gestellt, dass die Frage der Gerechtigkeit ein zentrales Anliegen von Politik sein muss und dass Verantwortung im Zusammenhang mit Gerechtigkeit das Primat ist und eine verantwortungsvolle Politik eben auf Gerechtigkeit ausgerichtet sein muss.

Ich will hier sagen, wir Sozialdemokraten bemühen uns darum, Gerechtigkeit so weit wie möglich

(C)

(D)

(A) durchzusetzen in einer Gesellschaft, die natürlich unterschiedliche Stärken hat, Menschen hat mit unterschiedlichen Einkommen, mit unterschiedlichem Vermögen und mit unterschiedlichen Hintergründen.

Das ist, glaube ich, der entscheidende Punkt, und, Herr Dr. Schörs, ich war in manchem Teil Ihrer Rede ein bisschen entsetzt, wie Sie auf der einen Seite kabarettistisch, auf der anderen Seite aber mit einer gewissen Distanz und Kühle diese Fragen behandelt haben. Bei aller koalitionären Freundschaft, ich wünsche mir da ein bisschen mehr Gefühl für Gerechtigkeit

(Beifall bei der SPD)

und ein bisschen mehr Verständnis für Gerechtigkeit auch bei der CDU, damit Sie Verantwortung übernehmen können und mehr tun können für Gerechtigkeit.

(Abg. E c k h o f f [CDU]: Die Leute haben da einen anderen Eindruck, Herr Dr. Sieling!)

Ich will hier an dieser Stelle erst einmal etwas sagen, weil die Bundesregierung ständig angegriffen wird, sie habe in der Steuerpolitik nichts auf die Reihe bekommen.

(B)

(Beifall bei der SPD)

Wer nichts auf die Reihe bekommen hat, waren 16 Jahre lang CDU und FDP! Die rotgrüne Bundesregierung hat mit dem Steuerentlastungsgesetz durchgesetzt, dass der Grundfreibetrag für Alleinstehende erhöht wird, dass der Eingangsteuersatz bis zum Jahr 2002 auf 19,9 Prozent abgesenkt wird. Herr Dr. Schrörs, auch der Spitzensteuersatz wird angefasst. All das haben Sie nie geschafft, haben Sie nie durchgesetzt. Wir haben es innerhalb eines Jahres nicht nur angefasst, sondern auch umgesetzt.

(Beifall bei der SPD — Abg. K a s t e n - d i e k [CDU]: Herr Sieling, Sie glauben doch selbst nicht, was Sie da erzählen!)

Herr Kastendiek, es ist doch keine Frage des Glaubens, es ist einfach eine Frage der Lektüre und des Interesses daran, was real passiert in dieser Republik.

Ich möchte an dieser Stelle dann noch einmal auf Folgendes hinweisen: Herr Dr. Schrörs, Sie haben sich auf eine alte amerikanische Debatte bezogen, indem Sie hier auf den Nobelpreisträger der Wirtschaftswissenschaften, Herrn Friedman, verwiesen haben. Das ist die Debatte der siebziger Jahre. Schauen Sie sich einmal an, was heute in den USA diskutiert wird von Leuten, die nobelpreisverdächtig

sind, aber nicht nur nobelpreisverdächtig! Kennen Sie, meine Damen und Herren, Donald Trump? Donald Trump gehört zu den Superreichen. Wissen Sie, was Donald Trump und Detlef von Larcher verbindet? Beide votieren für eine Abgabe von zehn Prozent des Vermögens.

(C)

(Beifall bei der SPD)

Donald Trump möchte in den USA als Präsidentschaftskandidat antreten. Ich habe eigentlich erwartet, dass er politisch eher Ihnen nahe steht. Herr Trump steht mit Sicherheit in vielen Fragen der CDU näher als den Sozialdemokraten. Er hat diese Frage der Gerechtigkeitslücke und die Frage, dass eine Gerechtigkeitslücke dazu führt, dass ein schwacher Staat entsteht, erkannt und geht deshalb mit der Forderung einer Vermögensabgabe in den Wahlkampf.

(Zuruf von der CDU: Sagen Sie doch einmal die Steuersätze in den USA! Sagen Sie sie doch einmal!)

Die Steuersätze sind niedriger als in der Bundesrepublik,

(Zurufe von der CDU: Aha!)

aber die rotgrüne Bundesregierung hat den Weg eingeschlagen, Steuersätze gerade für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer abzusenken und niedriger zu machen, was Sie leider nie geschafft haben, Herr Kollege Eckhoff!

(D)

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen — Abg. F o c k e [CDU]: Wer hat denn die Steuerreform im Bundesrat blockiert, Herr Sieling? Das war der Weihnachtsmann! Das wollen Sie heute nicht mehr wissen!)

Der erste Punkt ist: Nicht nur Sozialdemokraten sind für ein Anfassen hoher Vermögen, sondern auch kluge Konservative in anderen Ländern haben erkannt, dass man an diese Abgabenfragen herangehen muss, wenn man den Staat stärken will und Gerechtigkeit erzielen will.

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen)

Ein zweiter Punkt: Meine Damen und Herren, es wird hier immer das Bundesverfassungsgericht und der dort verkündete Halbteilungsgrundsatz zitiert. In der Tat, Sie wissen, welcher Richter es war, der das am Bundesverfassungsgericht durchgesetzt hat. Das war der Richter Kirchhoff, der keine glorreiche Rolle spielt bei der Frage Bremens und der Behandlung eines Landes wie Bremen, kleiner Bundesstaat

(A) ten des föderalen Systems, der sich da auf die Seite der Südländer gestellt hat. Herr Kirchhoff hat das durchgesetzt, und es ist nicht nur in der Steuerfachwelt, sondern auch unter den Juristen ausgesprochen umstritten, ob der Satz, dass Vermögen zu behandeln sind wie laufende Einkommen, und der darauf basierende Halbtteilungsgrundsatz eigentlich richtig sind.

Jetzt hat der Bundesfinanzhof diesen Halbtteilungsgrundsatz per Urteil in Frage gestellt und in einem anderen Verfahren gerade vor zwei Wochen ein Urteil gesprochen, das eben sagt, dieser Halbtteilungsgrundsatz hat keinen Bestand. Ich bin sehr gespannt, wie sich das Thema am Ende klären wird, und bin am Ende des Tages sicher, Frau Linnert, ich bin auch überrascht, wie Sie sich sozusagen hier einlassen, dass dieses Urteil des Bundesverfassungsgerichts in einer Revision wieder verändert wird und wir zu einer vernünftigen Behandlung von höheren Vermögen kommen. Sie, Frau Linnert, sollten hier nicht, das hat mich im zweiten Teil Ihrer Rede entsetzt, wie Frau Scheel und andere Kolleginnen Ihrer Bundestagsfraktion versuchen, um den schmalen Kuchen von FDP-Stimmen zu ringen.

(Beifall bei der SPD — Abg. Dr. Schrörs [CDU]: Die linken Sozialdemokraten sind ganz allein!)

(B) Das sollte nicht die Perspektive der Grünen sein! Lassen Sie mich zum Schluss noch auf einen Teil der Antwort des Senats kommen! Der Senat weist nun darauf hin, dass die Maßnahmen der Kompensation, Erbschaft- und Schenkungsteuer sowie Grunderwerbsteuer, dazu geführt haben, dass wir eigentlich sozusagen fiskalisch keinen Ausfall haben. Das hat allerdings mit Steuergerechtigkeit wenig zu tun, denn die Grunderwerbsteuer ist eine Erwerbsteuer, die unabhängig von hohem Einkommen oder hohem Vermögen zu zahlen ist, jeder kleine Häuslebauer zahlt diese Grunderwerbsteuer. So gesehen ist diese Kompensationsregelung nichts anderes als eine Umverteilung von oben nach unten. Das ist der Punkt.

(Beifall bei der SPD — Zurufe)

Entschuldigung, es ist natürlich eine Umverteilung von unten nach oben, natürlich, Herr Senator, und das wissen Sie auch!

Im Übrigen darf ich an der Stelle sagen, dass wir als Bundesland Bremen, wo wir darauf setzen, dass wir unsere gute Eigentumsquote im Wohnungsbau weiter erhöhen, und wollen, dass Leute Häuser bauen und Eigentum erwerben, gerade kein Interesse daran haben sollten, dass die Grunderwerbsteuer angezogen wird, weil damit auch unsere eigene Sanierungspolitik konterkariert wird.

(Beifall bei der SPD)

Von daher befriedigt mich die Antwort des Senats an dieser Stelle überhaupt nicht. Ich will nur sagen, dass ich erwarte und dass auch meine Fraktion erwartet, dass, wenn die Frage einer Abgabe oder Erbschaftsteuer oder einer neuen verfassungskonformen Vermögensteuer auf die Tagesordnung gesetzt wird, der Senat und das Land Bremen eine solche Initiative unterstützen und sich an die richtige Seite stellen, weil das nicht nur eine Frage der Gerechtigkeit ist, sondern auch der Verbesserung unserer Sanierungssituation, indem wir mehr Einnahmen erzielen.

(Beifall bei der SPD)

Ich darf an dieser Stelle auch sagen, weil immer wieder Fragezeichen aufkommen, auch Frau Linnert hat das eben noch einmal thematisiert, wenn Sie den Leitantrag zum SPD-Bundesparteitag lesen — —.

(Abg. Röwekamp [CDU]: Werden wir garantiert nicht tun!)

So entstehen bei Ihnen die Bildungslücken, Herr Röwekamp!

(Beifall bei der SPD — Abg. Frau Linnert [Bündnis 90/Die Grünen]: Entstehen?)

Ich schätze den Kollegen Röwekamp, von daher kann ich nur von dem Entstehen reden!

Wenn Sie den lesen, meine Damen und Herren, dann werden Sie sehen, dass dort eine Aussage ist, dass die Sozialdemokratische Partei das Ziel hat, hohe Vermögen zu besteuern. Wir streiten über den Weg. Ich finde es gut, dass wir in einer Demokratie wenigstens über den Weg für Gerechtigkeit streiten und uns hier nicht hinstellen, diese Fragen der Gerechtigkeit zu ignorieren. Wir knüpfen an die Aussagen von Wickert von gestern und sagen, es ist eine verantwortungsvolle Politik, dies anzugehen. Sie können versichert sein, in einem dieser Bereiche, sei es Erbschaft, sei es verfassungskonforme Vermögensteuer, wird ein kluger Weg gefunden werden, um hohe Einkommen und hohe Vermögen im Gerechtigkeitssinne und zur Stärkung staatlicher Einnahmen heranzuziehen.

Meine Damen und Herren, ich hoffe und kann hier an dieser Stelle nur noch einmal die Aufforderung formulieren, dass der Senat, wenn es denn so weit kommt, für das Land Bremen auch im Interesse seiner eigenen Einnahmestärkung einen solchen Ansatz unterstützen wird. — Herzlichen Dank!

(Beifall bei der SPD)

Präsident Weber: Als Nächster hat das Wort Bürgermeister Perschau.

(C)

(D)

(A) **Bürgermeister Perschau:** Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Große Anfrage der SPD scheint mir, wenn ich die Debatte richtig verstanden habe, in erster Linie der Aufarbeitung eines innerparteilichen Konflikts in der SPD zu dienen.

(Beifall bei der CDU — Widerspruch bei der SPD)

Ich möchte gern meinen Beitrag dazu leisten, weil ich glaube, dass es in der Tat wichtig ist, dass wir darüber reden, weil es besser ist, Fehler zu vermeiden, als sie zu machen. Wir haben ja die Chance, Fehler zu vermeiden. Es nützt uns die ganze Rabulistik gar nichts, und es nützt uns auch der Druck auf alle möglichen Gefühlsdrüsen nichts, wir müssen uns in der Tat mit den Fakten befassen, und da bin ich mit Frau Linnert und mit Wolfgang Schrörs sicherlich ein bisschen einiger.

Meine Damen und Herren, die Sachlage ist so, dass die Vermögensteuer weggefallen ist. An die Stelle dieser Einnahmen, die wir aus der Vermögensteuer hatten, hat es 1997 eine Erhöhung der Erbschaftsteuer und gleichzeitig eine erhebliche Erhöhung der Grunderwerbsteuer gegeben. Die Einnahmen aus beiden Steuerarten kompensieren fast den Verlust aus der Einkommensteuer.

(B) Nun sind wir, hier ist ja sehr viel über das Verfassungsgerichtsurteil gesagt worden, in der Situation, dass wir bei den Erbschaftsteuern in der Steuerklasse drei bereits bei 50 Prozent sind. Dabei muss man immer wissen, dass in den Erbschaftsbereichen das Grundvermögen, das heißt an Grund und Boden, nur zu 50 Prozent bewertet wird. Wir sind im Moment in einer Aufarbeitung, und wenn es zu einer Erhöhung der Bewertung des Grundvermögens auf 80 Prozent kommt, wird dies noch einmal zu einer drastischen Erhöhung der Erbschaftsteuer faktisch führen.

Wenn wir uns parallel dazu im Bereich der Vermögen und der einzelnen Punkte vergegenwärtigen, dass die so genannte Gerechtigkeitslücke, wie der Kollege Eichel festgestellt hat, aus seiner Sicht nicht feststellbar ist, denn, so Herr Eichel, mit dem Steuerentlastungsgesetz sind die größeren Unternehmen deutlich belastet worden, und zwar ganz massiv belastet worden. Durch das positive Stopfen von Steuerschlupflöchern erhöht sich objektiv die Steuerlast dieser Gruppe ganz erheblich.

(Abg. Frau L i n n e r t [Bündnis 90/Die Grünen]: Das ist ja auch richtig!)

Wenn sich das über die Erbschaftsteuer erhöht, wir gleichzeitig die Grunderwerbsteuer erhöht haben und dann obendrauf jetzt noch einmal eine zusätzliche Belastung in diesem Einkommensbereich schaffen wollen, dann sage ich Ihnen, wird das Er-

gebnis nicht ein Mehr, sondern ein Weniger an Steuereinnahmen sein. Weil nicht nur die Erhebungskompliziertheit nach dem Verfassungsgerichtsurteil zu erheblichem administrativen Aufwand führt und die Einnahmen einer Erhöhung der Vermögensteuer, egal ob in der Form einer Vermögensteuer oder einer Vermögensabgabe, drastisch reduziert wird, ist es natürlich so, dass wir doch insgesamt die Steuerentlastungsdiskussion aus zwei oder drei Gründen führen, meine Damen und Herren.

Der Grund Nummer eins ist, dass Deutschland ein Land mit einer überdurchschnittlich hohen Kapitalflucht ist. Nummer zwei: Deutschland ist ein Land mit einer überdurchschnittlich geringen Attraktionskraft ausländischen Kapitals. Punkt drei: Deutschland ist ein Land mit einer der kompliziertesten Steuergesetzgebungen überhaupt.

Alle drei Faktoren führen dazu, dass wir im Standortwettbewerb in einem globalen Markt mehr Nachteile als Vorteile haben. Wenn ich jetzt aber in der ganzen Steuerpolitik des letzten Jahres diese Maßnahmen ergriffen habe wie der Kollege Eichel, wie viele andere Kollegen — meine Damen und Herren, ich rede mit den Finanzministern der SPD-geführten Länder zwei Mal im Monat, ich kenne keinen, der das vertritt, was hier von unseren Sozialdemokraten so engagiert vertreten wird —, dann weil sie natürlich alle über die Hürden ihres Sachverständes nicht gern wegschauen wollen und weil man am Ende ganz nüchtern sehen muss, dass wir doch nicht einfach eine Steuerpolitik machen können, die die Probleme, die wir jetzt schon haben, eher verschärft, als irgendwo einen vernünftigen Lösungsansatz zu bieten.

Ich denke, dass wir uns nicht den Luxus leisten sollten. Deshalb hat der Senat auch in seiner Antwort auf diese Kompensation hingewiesen und hat gesagt, dass wir keinen Handlungsbedarf sehen. Ich sage das auch in aller Freundschaft, ich habe immer großes Verständnis dafür, in allen Parteien gibt es Probleme, die aufgearbeitet werden müssen, in denen es unterschiedliche Meinungen zu einem Thema gibt. Ich kann Ihnen nur sagen, es wird in diesem Hause keine Mehrheit für eine solche Erhöhung geben, und es wird von daher auch keine Zustimmung für solche Maßnahmen durch uns im Bundesrat geben. Nur damit das auch klar ist! Ich glaube, dass wir gerade als Haushaltsnotlageland daran interessiert sein müssen, Kapital und Einwohner bei uns zu binden und Menschen hier bei uns in Bremen zu halten,

(Beifall bei der CDU)

weil wir darauf angewiesen sind, unsere Haushaltsnotlage zu bewältigen und sie nicht zu verstärken und zu verschlimmern.

Deshalb, denke ich, ist die Aussage relativ klar. Ich bin gern bereit, das auch noch einmal zu leisten,

(C)

(D)

(A) alle Punkte aus dem Steuerentlastungsgesetz, aus der gesamten Steuergesetzgebung aufzulisten und vorzutragen, die heute eher die höheren Einkommen belasten. Das können Sie aber auch beim sozialdemokratisch geführten Bundesfinanzministerium abfordern, die können Ihnen das auch liefern. Ich denke, dass wir uns von daher in dieser Debatte, wie das ja in weiten Teilen auch der Fall gewesen ist, auf die Daten und Fakten und auf die konkret zu erwartenden Ergebnisse konzentrieren sollten. Wenn man das im Auge behält, kommt man allerdings zu anderen Ergebnissen.

(Beifall bei der CDU)

Präsident Weber: Als nächste Rednerin hat das Wort die Abgeordnete Frau Schwarz.

Abg. Frau **Schwarz** (SPD *): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich fand die Diskussion ausgesprochen interessant, und, Herr Senator Perschau, es hat mich doch ungemein erfreut, dass Sie sogar zur Steuerpolitik auch Meinungen haben, die Sie mit Vehemenz hier vortragen. Ich habe es nicht erwartet und freue mich sehr darüber.

Ich möchte zur Vermögensteuer noch etwas sagen. Ich finde es sehr interessant, dass diese Ausführungen zur Vermögensteuer von der CDU so negativ besetzt vorgetragen worden sind. Ich habe hier eine kleine Statistik aus der „Welt am Sonntag“, gilt nicht als links orientiert. Fast alle Länder der EU erheben Vermögensteuern, und dies nicht zu wenig. Das gelobte Land Amerika hat Vermögensteuersätze von elf Prozent. Das zeigt, wie wichtig diese Steuer in vielen Staaten unseres Wirtschaftssystems ist.

(Beifall bei der SPD — Abg. E c k h o f f [CDU]: Sie können doch die Einkommensteuer noch einmal sagen! Die Einkommensteuer in Amerika!)

Die Vermögensteuer ist verfassungskonform. Das ist ein ganz eindeutiger Satz. Ich möchte noch einen Satz zu Ihnen sagen, Herr Dr. Schrörs. Sie haben so wunderbar ausgeführt, dass steigende Gewinne dazu führen, dass Arbeitsplätze gesichert werden. Das halte ich für vollkommen falsch. Das ist eine Wunschvorstellung, die ich teilen möchte.

Ich finde die Bilanzpressekonferenzen der Deutschen Bank immer so faszinierend. Der letzte Bilanzgewinn der Deutschen Bank war der höchste seit der Währungsreform, und gleichzeitig ist verkündet worden, dass 5000 bis 7000 Arbeitsplätze trotz gestiegener Gewinne wegrationalisiert werden müssen. Herr Dr. Schrörs, Ihre Meinung in allen Ehren, sie ist schlicht und einfach falsch. — Vielen Dank!

(Beifall bei der SPD — Abg. F o c k e [CDU]:
Darauf kann man nichts mehr sagen!)

*) Von der Rednerin nicht überprüft.

Präsident Weber: Meine Damen und Herren, weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Die Aussprache ist geschlossen.

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Antwort des Senats auf die Große Anfrage der Fraktion der SPD Kenntnis.

Gesetz zur Änderung rundfunkrechtlicher Vorschriften

Mitteilung des Senats vom 12. Oktober 1999
(Drucksache 15/73)

1. Lesung

Wir kommen zur ersten Lesung.

Die Beratung ist eröffnet. — Wortmeldungen liegen nicht vor. — Die Beratung ist geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung.

Es ist Unterbrechung der ersten Lesung und Überweisung zur Beratung und Berichterstattung an den Ausschuss für Informations- und Kommunikationstechnologie und Medienangelegenheiten vorgesehen.

Wer der Unterbrechung der ersten Lesung und der Überweisung des Gesetzes zur Änderung rundfunkrechtlicher Vorschriften an den Ausschuss für Informations- und Kommunikationstechnologie und Medienangelegenheiten seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

Ich bitte um die Gegenprobe!

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) unterbricht die erste Lesung und überweist das Gesetz zur Beratung und Berichterstattung an den Ausschuss für Informations- und Kommunikationstechnologie und Medienangelegenheiten.

(Einstimmig)

Stellungnahme des Senats zum 21. Jahresbericht des Landesbeauftragten für den Datenschutz

Mitteilung des Senats vom 12. Oktober 1999
(Drucksache 15/75)

Die Beratung ist eröffnet. — Wortmeldungen liegen nicht vor. — Die Beratung ist geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung.

Hier ist Überweisung zur Beratung und Berichterstattung an den Datenschutzausschuss vorgesehen.

Wer der Überweisung der Stellungnahme des Senats zum einundzwanzigsten Jahresbericht des Landesbeauftragten für den Datenschutz mit der Drucksachen-Nummer 15/75 zur Beratung und Berichter-

(C)

(D)

(A) stattung an den Datenschutzausschuss seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

Ich bitte um die Gegenprobe!
Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) überweist die Stellungnahme des Senats zum einundzwanzigsten Jahresbericht des Landesbeauftragten für den Datenschutz zur Beratung und Berichterstattung an den Datenschutzausschuss.

(Einstimmig)

Gesetz zur Änderung des Gesetzes über Totalisatoren und Lotterien

Mitteilung des Senats vom 28. September 1999
(Drucksache 15/58)
2. Lesung

Die Bürgerschaft (Landtag) hat den Gesetzentwurf des Senats in ihrer vierten Sitzung am 20. Oktober 1999 in erster Lesung beschlossen.

Wir kommen zur zweiten Lesung.

Die Beratung ist eröffnet. — Wortmeldungen liegen nicht vor. — Die Beratung ist geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung.

(B) Wer das Gesetz zur Änderung des Gesetzes über Totalisatoren und Lotterien in zweiter Lesung beschließen möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

Ich bitte um die Gegenprobe!
Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in zweiter Lesung.

(Einstimmig)

Überregionale Verkehrsanbindung

Antrag des Abgeordneten Tittmann (DVU)
vom 2. November 1999
(Drucksache 15/93)

Dazu als Vertreter des Senats Frau Staatsrätin Winther.

Die Beratung ist eröffnet.

Das Wort hat der Abgeordnete Tittmann.

Abg. **Tittmann** (DVU): Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren! Leider werden wir die festen Grundüberzeugungen in Bremen, die Überseehäfen in Bremerhaven als stadtbremische Häfen zu führen, wohl nicht verändern können. Dabei muss ich allerdings zugeben, dass auch in Bre-

merhaven die notwendige Umwandlung in Landeshäfen leider nur Lippenbekenntnisse sind. Das kann man jetzt auch in den Koalitionsverträgen zwischen CDU und SPD in Bremerhaven nachlesen.

Ich muss also als Einzelabgeordneter davon ausgehen, dass die Überseehäfen auch weiterhin als stadtbremische Häfen geführt werden. Das alles zum Schaden der Stadt Bremerhaven! Meine Damen und Herren, auf dieser Grundlage muss ich von der Stadt Bremen allerdings auch erwarten können, dass sie die Probleme ihrer Häfen selbst lösen kann.

Meine Damen und Herren, es ist ein unglaublicher Vorgang, dass die Häfen immer weiter ausgebaut werden, aber die Verkehrsanbindung in keiner Weise verbessert wird. Damit Sie mich jetzt nicht missverstehen, da ich weiß, dass die so genannten Fachleute in den Fraktionen meisterlich im Verdrehen von Aussagen der Deutschen Volksunion sind,

(Abg. R ö w e k a m p [CDU]: Da gibt es nichts zu verdrehen!)

sage ich ganz klar und deutlich, die Deutsche Volksunion spricht sich eindeutig für den Hafenausbau aus. Er ist lebenswichtig für die Existenz des Landes Bremen und für die Schaffung neuer Arbeitsplätze dringend notwendig! Die Stadtgemeinde Bremerhaven darf aber durch das steigende Verkehrsaufkommen nicht an Lebensqualität verlieren. Der steigende Verkehr betrifft nicht nur den Hafenzubringer, sondern der Lkw-Verkehr verlagert sich immer mehr in das Bremerhavener Stadtgebiet, und das kann es wohl nicht sein!

Der Bremerhavener CDU-Fraktionsvorsitzende, Herr Bödeker, hat vor einigen Jahren versucht, durch verkehrslenkende Maßnahmen diesen Zustand zu beseitigen. Das konnte allerdings nicht funktionieren, solange der Hafenzubringer nicht ausgebaut ist. Es gibt in Bremerhaven genügend Initiativen und Beschlüsse, die eine bessere Verkehrsanbindung fordern. Es nützt aber nichts, wenn diese berechtigten Forderungen nicht umgesetzt werden. Auch der Bremerhavener Bauverwaltung die Planung zu übertragen wird und kann nicht funktionieren. Aus diesem Grund muss der Landtag ein Signal geben, das dann auch in der Diskussion zwischen den beiden Stadtgemeinden in Bremerhaven sehr positiv gesehen und bewertet werden kann.

Meine Damen und Herren, wenn es um die Verbesserung der Situation von Menschen geht, werden Sie die Deutsche Volksunion immer auf Ihrer Seite haben. Der selbsternannte Bahnexperte der SPD, Herr Töpfer, hat beim Zugverkehr zwischen Bremerhaven und Bremen leider nur den Personentransport im Auge, wahrscheinlich weil er als Zugbenutzer selbst keine Lust hat, lange am Bahnhof zu warten. Das kann ich verstehen, aber er sollte sich auch vermehrt dafür einsetzen, dass die Deutsche Bahn Cargo mehr Container transportiert und

(C)

(D)

(A) somit die Straßen insgesamt in der Weser-Elbe-Region entlastet werden.

(Abg. T ö p f e r [SPD]: Sie müssen einmal die Zeitung lesen, dann wissen Sie, was alles passiert! — Abg. Frau H ö v e l - m a n n [SPD]: Wer lesen kann, ist klar im Vorteil!)

Ich kann noch mehr, als dumm dazwischen brabbeln, so wie Sie!

Dieser Antrag ist für die Menschen in Bremerhaven. Dementsprechend erwarte ich, dass Sie einheitlich und überparteilich zustimmen werden.

Nun noch ein Wort zu Ihnen, verehrter Herr Dr. Kuhn! Nun weiß ich nicht, ob es an dem allgemeinen intellektuellen Größenwahn vom Bündnis 90/Die Grünen gelegen hat, der Sie dazu befähigt hat, zu meinem letzten gestellten Antrag, die Diäten zu kürzen, mir einen völlig absurden und irrsinnigen Vorschlag zu unterbreiten. Ich sollte hier irgendwelche Gelder zurückbezahlen

(Heiterkeit und Beifall)

für eine Sache, für die ich rechtlich und persönlich überhaupt nicht verantwortlich gemacht werden kann. Das wissen Sie auch alle ganz genau, aber wahrscheinlich müssen Sie hier etwas sagen, weil es gegen die DVU geht, auch wenn es der größte Blödsinn und Schwachsinn ist.

(B)

Sie, verehrter Herr Dr. Kuhn, sollten Ihre kostbare Zeit dafür nutzen und Ihren politischen Einfluss dafür einsetzen und darauf hinwirken, dass der ehemalige Stadtverordnete vom Bündnis 90/Die Grünen in Bremerhaven

(Abg. E n g e l m a n n [SPD]: Zum Thema!)

endlich seine Bürgerschaftsschulden von zirka 25 000 DM zurückbezahlt. Böse Zungen würden behaupten, das wäre eine gescheiterte Existenz, aber diese Person sollte lieber der Stadt Bremerhaven seine Schulden zurückbezahlen — —.

(Unruhe — Glocke)

Präsident Weber: Herr Kollege!

Abg. **Tittmann** (DVU): Und dem Steuerzahler nicht länger auf der Tasche liegen!

(Glocke)

Präsident Weber: Herr Kollege, das, was Sie zum Schluss gesagt haben, gehört nicht zum Thema!

Abg. **Tittmann** (DVU): Ich habe gesagt, böse Zungen würden behaupten!

Präsident Weber: Bleiben Sie beim Thema Ihres Antrags!

(C)

Abg. **Tittmann** (DVU): Ich komme zum Schluss.

(Beifall bei der SPD und bei der CDU)

Klatschen Sie ruhig, danke schön!

Sie sollten lieber Ihre Kraft und Ihren Einfluss einsetzen. Das wäre effektiver, als hier blödsinnige und unrealistische Vorschläge zu machen und mir zu unterbreiten.

(Glocke)

Präsident Weber: Den Ausdruck blödsinnig weise ich als unparlamentarisch zurück, Herr Kollege!

Abg. **Tittmann** (DVU): Ich bedanke mich!

Präsident Weber: Das Wort hat der Abgeordnete Röwekamp.

Abg. **Röwekamp** (CDU *): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Tittmann, ich glaube, Sie haben eben gesagt, Sie könnten noch mehr, als dumm dazwischen brabbeln. Ich will mich da im Einzelnen nicht mit Ihnen intellektuell auseinandersetzen,

(D)

(Abg. S c h r a m m [Bündnis 90/Die Grünen]: Das stimmt!)

aber ich fürchte, Sie haben zumindest, was diesen Punkt betrifft, Recht, Sie können nämlich auch abschreiben! Der vorliegende Antrag mit der Drucksachen-Nummer 15/93 entspricht haargenau dem, was SPD und CDU bereits im Juni dieses Jahres in ihrer Koalitionsvereinbarung geschrieben haben. Das haben Sie sauber abgeschrieben, und insofern muss man sagen, Ihre Aussage ist richtig, Sie können mehr, als dazwischen brabbeln. Sie können schlichte Texte abschreiben!

(Beifall bei der CDU, bei der SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen)

Was Sie offensichtlich nicht können, Herr Tittmann, ist, Ihre Redezeit einteilen oder Sie sind zumindest zutiefst davon betroffen, dass Sie einer Debatte nicht mehr beiwohnen konnten, weil Ihre Redezeit letztes Mal erschöpft war. Das, was Sie am Schluss gesagt haben, hat überhaupt nichts mit einer überregionalen Verkehrsanbindung zu tun. Das hat nur damit etwas zu tun, Herr Tittmann, dass Ihre Vorgänger in diesem Parlament überproportional

*) Vom Redner nicht überprüft.

(A) Steuergelder für eigene Zwecke zweckentfremdet haben. Das ist die Wahrheit!

(Beifall bei der CDU, bei der SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen)

Es wäre deshalb schön, wenn Sie sozusagen als Kämpfer für Freiheit und Gerechtigkeit dem Land das zurückgeben würden, was ihm eigentlich zusteht, nämlich das von ihnen zweckentfremdete Geld!

(Beifall bei der CDU, bei der SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen)

Doch nun zur Sache! Man konnte auf Anhieb den Eindruck haben, dass es sich hier um einen sachlichen Antrag handelt, aber auch hier, ich sagte es schon, lebt die DVU wie bei den Anträgen, die wir bisher auch gehabt haben — Aufarbeitung des NS-Unrechts und so weiter —, in der Vergangenheit. Wir sind schon viel weiter als das, was im vorliegenden Antrag steht. Sie haben nur den Vorteil, diesmal leben Sie nicht 60 Jahre in der Vergangenheit, sondern nur sechs bis acht Monate.

Wir haben in dem Koalitionsvertrag vereinbart, den Zubringer zum stadtbremischen Überseehafengebiet, insbesondere auch zum Gewerbegebiet Carl Schurz, durch einen vierspurigen kreuzungsfreien Ausbau der Cherbourger Straße zu verbessern. Dies geht auf eine Verkehrsdatenerhebung aus dem Jahre 1996 zurück, die vorhergesagt hat, dass zum Prognosejahr 2010 an der Kreuzung Wurster Straße, also auf der Strecke Wurster Straße bis Autobahn, der Verkehr um zwölf bis 23 Prozent und im Bereich Containerterminal II und III über 50 Prozent zunehmen wird. Da sind noch nicht die Daten eingerechnet, die sich aus der gewerblichen Umstrukturierung des Carl-Schurz-Kasernengebietes ergeben, und auch nicht eingerechnet sind die Verkehre, die sich durch den weiteren Ausbau des Containerterminals um die Stufen III a und IV, wie von der gesamten großen Koalition gewollt, ergeben werden.

Meine Damen und Herren, es ist dringend erforderlich, diesen Autobahnzubringer anzupassen, und deshalb ist es erfreulich, dass die Wirtschaftsförderungsausschüsse am 25. November 1999 bereits eine Vorlage hoffentlich mit breiter Mehrheit beschließen werden, die die Planungsmittel in Höhe von sechs Millionen DM für den kreuzungsfreien Ausbau an beiden Stellen bewegen wird.

Meine Damen und Herren, das ist eine Leistung nicht von Herrn Tittmann oder irgendwelchen Anträgen, sondern der großen Koalition. Wir haben uns geeinigt, dass wir die Planung in Angriff nehmen wollen, damit noch in dieser Legislaturperiode der Ausbau beendet werden kann. Das ist Handeln! Was Herr Tittmann hier gemacht hat, ist dumm herumreden!

Lassen Sie mich noch dazu — das sage ich einmal in Richtung „Nordsee-Zeitung“, die immer von der Benachteiligung Bremerhavens durch Bremen spricht — einen Satz sagen!

(Zuruf des Abg. S c h r a m m [Bündnis 90/Die Grünen])

Ich sage es dann auch Herrn Schramm! Gerade was diese Frage betrifft, ist es wieder einmal so gewesen, dass die treibende Kraft für den Ausbau nicht die Stadtbauverwaltung in Bremerhaven und nicht der Magistrat gewesen sind, sondern dass die große Koalition, damit die Politik, die Vorgabe in die Koalitionsvereinbarung schreiben musste, damit in Bremerhaven jemand aufwacht und darüber anfängt nachzudenken, dass auch in Bremerhaven etwas passiert.

Hätten wir es nicht hineingeschrieben, wäre Bremerhaven niemals auf die Idee gekommen, Planungsmittel zu beantragen. Ich bin froh, dass wir als Politik diese Aufgabe für Bremerhaven wahrgenommen haben. Ich kann mir nur für die Zukunft wünschen, dass die eine oder andere Idee auch aus Bremerhaven selbst kommt und wir nicht immer den Eindruck haben, als Landespolitiker Bremerhaven zu seinem Glück zwingen zu müssen. An dieser Stelle machen wir es. Wir machen es gern, weil es auch der wirtschaftlichen Prosperität in unserem Lande dient, und ich hoffe auf eine möglichst breite Zustimmung in den Wirtschaftsförderungsausschüssen. — Vielen Dank!

(Beifall bei der CDU und bei der SPD)

Präsident Weber: Meine Damen und Herren, weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Die Beratung ist damit geschlossen.

(Abg. R ö w e k a m p [CDU]: Ach so, wir lehnen den Antrag ab!)

Das ist zu spät! Wer zu spät kommt, den bestraft das Leben!

(Abg. Frau H ö v e l m a n n [SPD]: Nein, wir tun es aber trotzdem!)

Wir kommen zur Abstimmung.

Wer dem Antrag des Abgeordneten Tittmann mit der Drucksachen-Nummer 15/93 seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

(Dafür Abg. T i t t m a n n [DVU])

Ich bitte um die Gegenprobe!

(Dagegen SPD, CDU und Bündnis 90/Die Grünen)

(C)

(D)

(A) Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag ab.

**Neue Wege für den ÖPNV in Bremen
und der Region**

Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
vom 2. November 1999
(Drucksache 15/94)

Wir verbinden hiermit:

**Öffentlicher Nahverkehr für Bremen
und die Region**

Antrag der Fraktionen der CDU und der SPD
vom 16. November 1999
(Drucksache 15/115)

Dazu als Vertreter des Senats Frau Senatorin Wischer, ihr beigeordnet Staatsrat Logemann.

Die gemeinsame Beratung ist eröffnet.

Als Erster hat das Wort der Abgeordnete Mützelburg.

(Vizepräsident R a v e n s übernimmt
den Vorsitz.)

(B) Abg. **Mützelburg** (Bündnis 90/Die Grünen *): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Bündnis 90/Die Grünen fordert in dem Antrag, über den wir jetzt hier debattieren wollen, dass der Bremer Senat ein Konzept für den öffentlichen Personennahverkehr auf der Schiene und der Straße für die Stadtgemeinde Bremen und für die gesamte Region vorlegt. Dieser Antrag ist überfällig, denn es gibt im Augenblick nur ein ÖPNV-Konzept, und zwar nur für die Stadtgemeinde Bremen, aus dem Jahr 1990, das so genannte ÖPNV-Konzept 1989.

Denjenigen, den noch nicht klar sein sollte, dass das Konzept mittlerweile zum Teil ausgeführt, in manchen Dingen auch überholt ist, verweise ich auf einen Artikel vom 3. Februar 1990, der bei der Verabschiedung dieses Konzepts im „Weser-Kurier“ gestanden hat. Er trägt die Überschrift „Senator Kunick wettet: City im Jahre 2000 autofrei“.

(Abg. Frau L i n n e r t [Bündnis 90/Die
Grünen]: Da hätte er fast verloren!)

Ich glaube, es ist sogar der Koalition aufgefallen, dass diese Perspektive überholt ist, überholt deshalb, weil die Verkehrsentwicklung im Land und in der Stadt Bremen anders verlaufen ist, als sich das Senator Kunick im Jahr 1990 vorgestellt hat.

*) Vom Redner nicht überprüft.

Wir haben seitdem viele neue Wohngebiete erschlossen, es sind neue Gewerbegebiete erschlossen worden, und wenn es nach dem Willen der großen Koalition geht, dann werden in den nächsten Jahren noch sehr viel mehr Flächen in der Stadtgemeinde Bremen, in Bremerhaven erschlossen. Gleichzeitig entstehen auch im Umland ständig neue Wohngebiete, neue Gewerbegebiete, und viele Menschen aus dem Umland — das ist ja bekannt, wir haben es ja in der Steuerdebatte mehr als einmal gehört — arbeiten in Bremen, fahren in ihre Heimatorte zurück, und den umgekehrten Weg gibt es übrigens zunehmend mittlerweile auch. Meine Damen, meine Herren, allein das wäre Grund genug zu sagen, wir brauchen ein zukunftsfähiges Verkehrskonzept für das nächste Jahrtausend!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Die große Koalition hat es in den letzten vier Jahren versäumt, sich darum zu kümmern. Sie hat es offensichtlich gar nicht mehr im Kopf gehabt, dass es neben dem langen Paket der Straßenausbaumaßnahmen und der Fertigstellung bestimmter Straßenschnellbahnen, über die man sich bis heute noch streitet, auch eine Zukunft für den öffentlichen Personennahverkehr geben muss, denn sie hat keinerlei Konzept vorgelegt. Sie hat selbst in ihrer Koalitionsvereinbarung, die ja erst in diesem Sommer für die nächste Legislaturperiode geschlossen worden ist, zwar einige wenige Absätze über den öffentlichen Personennahverkehr, insbesondere über den Bahnverkehr, niedergelegt, aber auch dort finde ich nichts über die Entwicklung eines zukunftsfähigen Verkehrskonzepts für den Personennahverkehr auf Straße und Schiene wieder.

Offensichtlich ist Ihnen, sehr verehrte Kollegen von der großen Koalition, aber durch unseren Antrag aufgefallen, dass hier tatsächlich eine politische Lücke in diesem Land vorhanden ist, und Sie sind — zwei Wochen haben Sie gebraucht, um nachzudenken, unser Antrag ist vom 2. November — am 16. November auf die Idee gekommen, doch nun einen eigenen Antrag vorzulegen, der, man staune und wundere sich, exakt das Gleiche fordert, was die Grünen hier vorgelegt haben.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Nicht nur das! In weiten Teilen ist Ihr Antrag sogar wortidentisch mit dem, den wir vorgelegt haben! Ich freue mich sehr, dass Sie begriffen haben, da sind wir uns jetzt ja völlig einig, dass ein solches Konzept nötig ist. Ich freue mich auch sehr, dass Sie verstanden haben, dass das, was wir vom Senat gefordert haben, die richtigen Forderungen sind, nicht aber den kleinen Schluss zu ziehen, wenn ich zum Beispiel an gestern Abend denke, ich habe mir das von Herrn Wickert sagen lassen, der wurde ja heute schon mehrfach zitiert, einen kleinen Schritt von dem

(C)

(D)

(A) übernehmen, was Herr Wickert gestern gesagt hat, nämlich dass es ab und zu auch sinnvoll und richtig ist, Anträgen der Opposition zuzustimmen und sie nicht naturgemäß, füge ich nach den Worten von Herrn Teiser hinzu, er ist ja nun leider nicht da, abzulehnen und schnell einen eigenen daraufzusetzen.

Ich weiß, dass Sie klug genug sind, gleich irgendein Argument zu finden, warum Ihr Antrag besser und präziser als unserer ist oder worin er sich unterscheidet. Es wäre kein Problem gewesen, wenn es tatsächlich so wäre, sich darüber zu verständigen. Aber sei es darum, meine Damen und Herren, ich sage das gleich vorweg: Wir sind nicht so gestrickt wie Sie, wir werden Ihrem Antrag, nicht, weil er unschädlich ist, sondern weil er so richtig ist wie unserer, weil er so identisch ist mit unserem, natürlich zustimmen! Eigentlich würden wir das Gleiche auch von Ihnen erwarten!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)

Kurz zur Sache, meine Damen und Herren! Es geht bei einem Konzept, so nennen Sie das, oder bei Leitlinien, so nennen wir das, immer um die Zielsetzung für den Verkehr in der Stadtgemeinde Bremen und des Landes für die gesamte Region. Wir müssen an die Region denken, das ist klar, ich habe es eingangs erwähnt. Wir müssen auch deshalb an sie denken, weil es für den öffentlichen Personennahverkehr einen Verkehrsverbund gibt, den Zweckverband Bremen/Niedersachsen, der diesen Verkehr ja gemeinsam regelt, und weil es für den Schienenverkehr die Zuständigkeit des Landes gibt. Hier müssen also mehrere Stellen zusammenarbeiten, um, es ist richtig, ein Gesamtkonzept für das nächste Jahrzehnt zu entwickeln.

(B) Dieses Konzept, ich hoffe, darin besteht Einigkeit, muss sich vor allen Dingen auf die Entwicklung des Schienenverkehrs konzentrieren. Deshalb ist es richtig, dass jetzt endlich politisch das geschieht, was bisher noch gar nicht geschehen ist, nämlich dass das von der Bremer Straßenbahn im September 1998 vorgelegte Zielkonzept für die Entwicklung des Schienenverkehrs tatsächlich politisch beraten, bewertet und, soweit möglich und sinnvoll, auch umgesetzt wird. Ich will einmal kurz die Situation beschreiben: Es handelt sich dabei darum, dass zum Beispiel die Straßenbahn vorschlägt, künftig mit Straßenbahnwagen auf den Gleisen der Deutschen Bundesbahn nach Rotenburg an der Wümme oder nach Nordenham zu fahren und diese Schienenstrecken direkt mit der Bremer Innenstadt zu verknüpfen. Das ist ein Beitrag, um die Innenstadt aus der Region heraus vielleicht besser erreichbar zu machen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Es geht darum zu beraten, ob neue Wohn- und Gewerbegebiete durch die Straßenbahn erschlossen

werden, ob zum Beispiel von Osterholz-Tenever die Linie eins bis zum Weserpark und bis zum Gewerbegebiet Bremer Kreuz verlängert wird, ob das nicht vielleicht sinnvoll ist, oder ob in Huchting die Linie sechs, die ja heute am Roland-Center endet, nicht vernünftigerweise nach Stuhr bis in den Ortsteil Brinkum oder sogar noch weiter bis nach Erichshof weitergeführt wird. Schienen der Thedinghauser Eisenbahn liegen dort. Viele weitere solcher Vorschläge, die man nicht alle übernehmen muss, aber die man politisch bewerten muss, sind in dem Zielkonzept gemacht worden.

Warum fordern wir das von der Politik? Im Jahr 2000, im ganzen nächsten Jahrzehnt und weiter ändert sich das Verhältnis im öffentlichen Personennahverkehr. Wir haben das hier schon wiederholt diskutiert. Es gilt das Prinzip: Die Politik bestellt, und dann sieht sie, bei wem sie bestellt und wer leisten kann. Es wird eine Trennung der kommunalen Verkehrsunternehmen geben, Bremer Straßenbahngesellschaft, Verkehrsgesellschaft Bremerhaven, wie wir sie jetzt haben, und den politischen Entscheidungen der Kommune.

Es wird nicht unbedingt nötig sein, dass jede Strecke, denn es wird künftig Wettbewerb geben, von den jetzigen kommunalen Unternehmen befahren werden muss. Es kann sein, dass neue Strecken — es kann nicht nur sein, es muss sein! —, zum Beispiel eine Eisenbahnstrecke Bremen-Innenstadt/Rotenburg an der Wümme, ausgeschrieben werden müssen. Wenn die Bremer Straßenbahn wettbewerbsfähig ist, würde ich mich sehr freuen, wenn sie den Zuschlag bekommen würde, aber dahin müssen wir kommen. Das ist aber eine andere Frage.

Die Frage der Zukunft der Verkehrsgesellschaften ist nicht die Frage des Verkehrskonzepts. Für das Verkehrskonzept ist der Senat zuständig, für die Frage der Entwicklung der Verkehrsgesellschaften ist erst einmal das Unternehmen zuständig und der Senat in zweiter Linie als Eigentümer. Wir sind auf diesen Punkt in unserem Antrag dieses Mal nicht eingegangen. In der Sache haben wir auch hier keine Meinungsverschiedenheiten mit der Koalition.

Meine Damen und Herren, ein solches Verkehrskonzept ist ja nicht nur deshalb nötig, weil es keines gibt, es ist nicht nur deshalb nötig, weil sich im Verhältnis Bremens zum Umland und Bremerhavens zum Umland in den letzten zehn Jahren sehr viel Gewerbe- und Wohnungsbauflächen entwickelt haben, sondern es ist auch deshalb nötig, weil es insgesamt, und ich glaube, die Koalition hat sich diesem Prinzip ebenfalls verschrieben, nicht nur im Güterverkehr, sondern auch im Personenverkehr, insbesondere im Nahverkehr, dringend notwendig ist, Verkehre auf umweltfreundliche Verkehrsarten, und dazu gehört nun einmal der öffentliche Personennahverkehr auf der Schiene und auf der Straße mit Bussen, zu verlagern.

(C)

(D)

- (A) Dieses politische Ziel ist das Ziel, das die Grünen seit vielen Jahren vertreten. Es ist ein Ziel, das sich die Regierung, auch die große Koalition, zumindest für den regionalen Verkehr zu Eigen gemacht hat und bis jetzt offiziell vertreten hat, zumindest hat Bausenator Schulte das immer wieder verkündet. Wer das will, muss dafür ein Konzept umsetzen und sagen, kann ich dieses Konzept, will ich dieses Konzept finanzieren, und er muss dann sehen, wen finde ich qualitativ, nämlich von der Qualität der Leistungen und vom Preis her, der das für mich am günstigsten macht. Das ist die Aufgabe, vor der der Senat steht.
- (Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)
- Wir bitten Sie zu beschließen, dass der Senat bis zum nächsten Sommer, die Koalition sagt, bis zum 31. Juli — darauf können wir uns verständigen, es ist ja im Prinzip das Gleiche, ich glaube, dann ist noch Sommer —, ein solches Konzept vorlegt, über das wir dann hier inhaltlich diskutieren und nicht nur als Auftraggeber, wie wir das heute tun!
- (Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)
- Vizepräsident Ravens:** Als Nächster hat das Wort der Abgeordnete Pflugradt.
- (B) Abg. **Pflugradt** (CDU): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Herr Mützelburg, Sie haben hier angesprochen, Herr Kunick habe gesagt, im Jahr 2000 sei die City autofrei. Das war in der Tat die Zielsetzung des ÖPNV-Konzepts 1989, und in der Kontinuität hat ja dann die Ampel eine entsprechende Politik weiter betrieben.
- (Abg. Frau **L e m k e - S c h u l t e** [SPD]: Quatsch! Hör auf mit dem Kram, das geht nach hinten los!)
- Sie haben kritisiert, dass es seit 1995, seitdem die große Koalition regiert, kein Konzept gibt. Nur der Unterschied zwischen dem, was vor 1995 und nach 1995 passiert ist: Vor 1995 ist 20 Jahre lang im Bereich des ÖPNV nichts außer Straßenmalerei passiert! Nach 1995 sind vier Straßenbahnlinien verlängert worden. Das ist das Ergebnis der großen Koalition!
- (Beifall bei der CDU — Widerspruch bei der SPD)
- Dazu gehört zum Beispiel die Verlängerung der Linie sechs zur Universität,
- (Abg. Frau **L e m k e - S c h u l t e** [SPD]: Ja, und wann ist das eingeleitet worden?)
- dazu gehört zum Beispiel die Flughafenanbindung, die Verlängerung nach Arsten und so weiter!
- (C)
- (Abg. Frau **L i n n e r t** [Bündnis 90/Die Grünen]: Herrgott noch mal, immer dasselbe! Ich kann es nicht mehr hören!)
- Meine Damen und Herren, ich finde es schon richtig spannend! Vor 1995 hieß es: In der City die Garagen schließen,
- (Zurufe von der SPD)
- die Autos dürfen nicht mehr in die Innenstadt! Die Erreichbarkeit der Innenstadt wurde immer weiter verschlechtert, und nach 1995 hat sich das verändert. Ich finde, das ist auch eine richtige Politik.
- (Beifall bei der CDU)
- Es muss so weitergehen, damit wir hier die Innenstadt erreichbar halten und die Erreichbarkeit ausbauen.
- (Abg. **Z a c h a u** [Bündnis 90/Die Grünen]: Wie lange denn noch?)
- Zweitens, ich möchte die BSAG ansprechen! Ich habe schon im Frühjahr dieses Jahres, als wir über eine Große Anfrage zum öffentlichen Personennahverkehr diskutiert haben, auf die vergleichbaren Kennziffern hingewiesen, die die Bevölkerungsgröße, die Mitarbeiter bei der BSAG und die Leistungen der BSAG betreffen. Ich will das nicht alles wiederholen. Hier gab es viel zu tun, und hier ist viel zu tun. Nicht ohne Grund hat ja der Senat den Auftrag erteilt, die Produktivität der BSAG zu untersuchen und Vorschläge zu machen, wie man die Produktivität verbessern kann. Es sind eine Menge Vorschläge gemacht worden, und die BSAG hat sich die Vorschläge zu Eigen gemacht.
- (D)
- Darüber hinaus sollte es eine weitere Absenkung des Verlustes geben, weil die BSAG im Hinblick auf den Wettbewerb fit gemacht werden muss. Diese Größenordnungen können wir uns erstens aus finanziellen Haushaltsgründen nicht mehr leisten. Zweitens muss die BSAG fit gemacht werden für den Wettbewerb, denn wenn sie nicht fit gemacht wird, dann wird sie irgendwann das Problem haben, dass sie keine Aufträge mehr hat. Deswegen ist es wichtig, dass die Produktivität erheblich gesteigert wird.
- Ich habe gerade in diesen Tagen — oder wir alle, ich weiß es nicht — die Betriebszeitung, Ausgabe 28, November 1999, der Bremer Straßenbahn AG bekommen. Die Überschriften finde ich allerdings ein bisschen merkwürdig, ich will sie doch einmal vorlesen: C und L 16 Millionen DM Produktivitätssteigerung, Senat 32 Millionen DM Senkung des Verlustes. Das hört sich so an, als würde man die 16

(A) Millionen DM zur Produktivitätssteigerung nehmen, aber bei den 32 Millionen DM würde man nur den Verlust senken. Ich hoffe, dass die 32 Millionen DM ebenfalls zur Steigerung der Produktivität dienen und nicht nur einfach zur Absenkung des Verlustes.

Eine weitere Anmerkung möchte ich machen, und damit komme ich auf das zurück, was ich eben schon angesprochen habe: Wir haben in der letzten Legislaturperiode ein ÖPNV-Konzept dergestalt gehabt, dass wir einen Nahverkehrsplan beschlossen haben. Dieser Nahverkehrsplan muss regelmäßig fortgeschrieben werden, und das ist unsere nächste Aufgabe. Das werden wir auch gemeinsam angehen. Im Gegensatz zu Ihrem Antrag, Herr Mützelburg, in dem es nicht angesprochen wird, wird es in unserem Antrag genannt. Das ist Punkt eins!

Punkt zwei: Wir werden dann auch über das neue Zielnetz, das uns die BSAG vorgeschlagen hat, reden. Im Übrigen will ich noch einmal sagen, dass dieses Zielnetz zu Zeiten zustande gekommen ist, als Herr Senator Schulte Aufsichtsratsvorsitzender war!

(Beifall bei der CDU — Abg. Frau
L e m k e - S c h u l t e [SPD]: Ganz toll!)

Vorher gab es solche Zielnetze nicht. Aber das heißt nicht, dass wir uns alle Vorschläge dieses Zielnetzes zu Eigen machen. Über eine ganze Reihe von Vorschlägen muss man noch diskutieren!

(B)

(Abg. Z a c h a u [Bündnis 90/Die Grünen]: Aber gut, dass wir darüber geredet haben! — Zuruf des Abg. D r . S i e l i n g [SPD])

Im Übrigen sagt das die Straßenbahn doch selbst! Ich kann aus diesem Papier jetzt zitieren, wenn Sie wollen! Das ist keine Bibel!

(Abg. Frau L e m k e - S c h u l t e [SPD]:
Das müssen die erst einmal im Aufsichtsrat
besprechen!)

Sie selbst sagen ja auch, das sind Überlegungen, das sind Vorschläge. Man muss darüber reden, welche einzelnen Linien man will. Man muss darüber reden, wie sie finanzierbar sind. All dies sagt die BSAG selbst. Aber ich finde es gut, dass es solch einen Vorschlag gibt, über den man diskutieren kann! Das ist eine neue Qualität, die in der letzten Legislaturperiode entstanden ist.

Eine Maßnahme, die in diesem Zielnetz mit angesprochen ist, inzwischen gibt es den Auftrag für eine Machbarkeitsstudie, ist die Strecke einer Stadtbahn zwischen Nordenham und Bremen. Wir haben einen entsprechenden Auftrag erteilt, dies konkret zu untersuchen mit der Folge, wenn sie realisiert werden wird, dass es dann eine Stadtbahn gibt, die

die Umlandkunden von Nordenham über Delmenhorst bis zur Neustadt auf Eisenbahnstrecken transportiert und dann über die Westerstraße, über den Hauptbahnhof direkt in die City, in die Stadt bringt. Ich glaube, dass es eine sehr gute Idee ist, so etwas zu machen, und ich bin ganz stolz darauf, dass wir 1989 zum Beispiel schon darüber diskutiert haben. Als wir das vorgeschlagen haben, ist das hier in Bausch und Bogen abgelehnt worden!

(Abg. Z a c h a u [Bündnis 90/Die Grünen]: Naturgemäß!)

Das ist leider richtig, Herr Zachau! Damals ist es abgelehnt worden, inzwischen wird das untersucht, und ich hoffe auch, noch im Laufe dieser Legislaturperiode realisiert!

Ich möchte ein weiteres Stichwort ansprechen! Ich glaube, dass die Politik, die in den letzten vier Jahren betrieben worden ist, einerseits den ÖPNV zu stärken, aber andererseits den Individualverkehr genauso zu stärken, wo es richtig und notwendig ist, und nicht ein Gegeneinander aufzubauen, sondern ein Miteinander zu organisieren, richtig ist. Ich hoffe, dass diese Politik nicht verändert wird, obwohl es wieder eine sozialdemokratische Bausenatorin gibt. Wir werden uns jedenfalls dafür einsetzen, dass es nicht ein Gegeneinander gibt, sondern ein Miteinander. Nur ein vernünftiges Verhältnis zwischen Individualverkehr und ÖPNV wird auch die Attraktivität des ÖPNV stärken. Wer glaubt, man müsse nur den Individualverkehr behindern, um dadurch die Fahrgäste in den ÖPNV zu treiben, der betreibt eine falsche Politik!

(C)

(Abg. Frau W i e d e m e y e r [SPD]: Das passiert hier ja nicht!)

Wir glauben, wenn der öffentliche Personennahverkehr attraktiv gemacht wird, dass dann die Leute von selbst auf die Idee kommen, den ÖPNV zu nutzen. Deswegen halte ich die These, die Herr Drechsler gerade vor kurzem vertreten hat, wir müssen aus Fahrgästen Kunden machen, für richtig!

(Abg. Frau L e m k e - S c h u l t e [SPD]:
Das wird auch Zeit!)

Das wird auch Zeit, Frau Lemke-Schulte, Sie waren ja lange Jahre Aufsichtsratsvorsitzende der BSAG,

(Abg. Frau L e m k e - S c h u l t e [SPD]:
Und Sie Mitglied im Aufsichtsrat!)

und ich finde, es ist Zeit, dass endlich aus Fahrgästen Kunden gemacht werden! Das vermissen wir hier und da.

(Beifall bei der CDU — Abg. M ü t z e l -
b u r g [Bündnis 90/Die Grünen]: Wir reden ja eigentlich darüber, was der Senat machen soll!)

(D)

(A) Meine Damen und Herren, wir haben einen Antrag vorgelegt, der aussagt, wir wollen den Nahverkehrsplan fortschreiben, der ausdrücklich darauf eingeht, die Wettbewerbsfähigkeit der BSAG zu stärken und so weiter. Wir bitten Sie, unseren Antrag anzunehmen! — Vielen Dank!

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Ravens: Als Nächster hat das Wort der Abgeordnete Jägers.

Abg. **Jägers** (SPD): Herr Präsident, meine Damen, meine Herren! Herr Mützelburg, Sie haben gesagt, in den letzten vier Jahren sei nichts gelaufen!

(Abg. Mützelburg [Bündnis 90/Die Grünen]: Habe ich nicht gesagt!)

Dieser Aussage will ich ein bisschen widersprechen. Es ist natürlich schon etwas gelaufen, Sie wissen das ja, Sie waren ja dabei!

(Abg. ZACHAU [Bündnis 90/Die Grünen]: Das hat er ja gar nicht gesagt!)

Wir haben uns ja beide mit Herrn Pflugradt zusammen über den Nahverkehrsplan — —.

(B) (Unruhe beim Bündnis 90/Die Grünen)

Ich habe Ihnen so ruhig zugehört, nun bleiben Sie doch auch ruhig! Wir haben vier Jahre nichts gemacht, haben Sie gesagt. Ich sage jetzt, wir haben vier Jahre doch etwas gemacht!

(Lachen beim Bündnis 90/Die Grünen)

Es ist ein neuer Nahverkehrsplan entwickelt worden. Sie wissen auch, dass gerade die Sozialdemokraten vorgeschlagen hatten, dass wir diesen Nahverkehrsplan regelmäßig einer Überprüfung unterziehen wollen und dass wir regelmäßig prüfen wollen, ob dieser Nahverkehrsplan noch mit den Realitäten übereinstimmt. Das haben wir gemacht.

Das Zweite ist, 1998 hat Senator Schulte die integrative Verkehrsplanung begrüßt, die seine Vorgängerin noch hat erarbeiten lassen, und zwar in Ampelzeiten. Die integrative Verkehrsplanung, ich bedaure das immer ein bisschen, ist zwar umfangreich, aber inhaltsschwer. Auch das ist 1998 umgesetzt worden. Ein Blick dort hinein lohnt sich ab und zu.

Zum Zweckverband! Der Zweckverband kann, Herr Mützelburg, das ist richtig, den schienengebundenen Personennahverkehr übernehmen. Sie wissen vielleicht, dass es da erhebliche Probleme gibt, es muss nämlich die Finanzfrage geklärt werden, weil die Zweckverbandssatzung vorsieht, dass die Übernahme bei der Regionalisierung des schienengebundenen Personennahverkehrs nur einstimmig erfolgen kann, und solange die Finanzen nicht verteilt sind, haben wir ein Problem, das umzusetzen.

Herr Pflugradt, sich hier immer hinzustellen und zu sagen, früher war alles ganz schlecht,

(Abg. Frau LEMKE-SCHULTE [SPD]: Stimmt auch gar nicht!)

das stimmt erstens nicht, zweitens reicht es nicht aus,

(Beifall bei der SPD)

dass Sie in der Tendenz sagen, man muss immer mehr Straßen bauen, dann wird es schon besser. Das bestreite ich schlicht und ergreifend. Sie wohnen in Bremen-Nord und fahren bestimmt ab und zu in die Stadt, wahrscheinlich nicht so früh morgens wie meine Kollegen, die sich darüber beschwerten, was sich da morgens abspielt!

(Beifall bei der SPD)

Jedenfalls ist der Zustand, meine Damen und Herren, nicht mehr länger hinnehmbar. Er wird weder durch eine Sechsspürigkeit noch durch eine Achteckspurigkeit gelöst werden. Irgendwann, wenn wir nichts unternehmen, werden die Verkehre einem Kollaps zugeführt, was wir nicht wollen. Wir müssen noch ein bisschen umsteuern und umdenken, nicht mit Verboten, sondern mit Akzeptanz.

(Beifall bei der SPD)

Eine leistungsfähige Verkehrsinfrastruktur ist für das Land Bremen, auch für Bremerhaven, überaus wichtig. 100 000 Leute fahren jeden Tag zum Arbeiten in die Stadt. Wir wollen, dass das noch mehr werden. Sie sollen auch zum Einkaufen hierher kommen. Wir wollen ja immer die Attraktivität steigern. Um diesen Wirtschaftsfaktor zu halten, brauchen wir Verkehrsinfrastruktur, und zwar eine Verkehrsinfrastruktur sozusagen aus einem Guss, die alle Verkehrsträger verbindet.

Das Konzept 1989 ist in die Jahre gekommen. Es ist automatisch so, wenn ein Konzept zehn Jahre alt wird und wenn man es dann anhand der Wirklichkeit überprüft, dann tritt das Unzulängliche offen zu Tage. Das ist auch völlig normal. Ich finde es gut, dass die Diskussion darüber begonnen hat. Der Antrag der Grünen hat uns da ja ein bisschen weiterentwickelt, das ist auch in Ordnung. Ich habe spontan gesagt, als der Antrag bei mir auf den Tisch gekommen ist, das können wir mitmachen, das interessiert mich auch, aber es ging nun einmal wieder nicht.

(Abg. SCHRAMM [Bündnis 90/Die Grünen]: Das häuft sich ja!)

(C)

(D)

(A) Das kann man bedauern oder nicht, es ist nun einmal so!

BSAG und VGB sind im Übrigen der Schlüssel zum Erfolg, wenn wir den ÖPNV fortentwickeln müssen. Deswegen müssen wir diese beiden Betriebe besonders beachten. Die BSAG hat das Zielnetz 2010 vorgelegt. Die Vorschläge sind auf dem Tisch. Das Zielnetz ist so, wie es ist, das ist auch richtig so. Es ist natürlich klar, wenn man an ein Wirtschaftsunternehmen, die BSAG ist ja auch ein Wirtschaftsunternehmen, herangeht und sagt, ihr könnt euch wünschen, welche Straßenbahnlinien, Buslinien und so weiter ihr gern in der Zukunft haben würdet, dann bekommen wir einen umfangreichen Vorschlag. Das hätte ich auch so gemacht, das ist auch in Ordnung.

Wir müssen jetzt sehen, welche Teile des Vorschlags wir aufnehmen. Wir müssen das prüfen, da haben Sie Recht, Herr Pflugradt: Ist das wirtschaftlich? Ist das umsetzbar? Brauchen wir das? Ist das das Richtige? Wenn wir das geprüft haben und zu dem Schluss gekommen sind, das ist das Richtige, dann müssen wir das auch tun! Dann müssen wir anfangen, das Zielnetz, das wir dann vereinbart haben, zu verwirklichen.

Der Abgeordnete Pflugradt hat am 6. Februar 1990 in einer Bürgerschaftsrede hier festgestellt, ich zitiere mit Erlaubnis des Präsidenten: „Wer nicht investiert, zahlt das Doppelte und Dreifache an Zuschüssen!“ Da hat er einmal richtig Recht! Das ist so! Deswegen müssen wir investieren. Das ist eine gute Erkenntnis! Sie sehen, ich lerne das sogar von Ihnen!

(B)

Die Steigerung der Wirtschaftlichkeit ist für die BSAG und für die VGB von existentieller Bedeutung. Wir brauchen das. Ideen sind hier ja schon genannt worden, zum Beispiel die Mitbenutzung der DB-Bahnlinien bis nach Delmenhorst. Die Vorteile liegen für die Nutzer auf der Hand. Man kommt bequem und sicher in die Innenstadt zu seinem Arbeits- oder Einkaufsplatz. Man schafft ein attraktives Angebot, das ist nämlich notwendig, um Pendler zum Umsteigen zu bewegen. Der Zeitfaktor ist für den Pendler das Entscheidende. Wenn er mit der Bahn schneller in die Stadt kommt als mit dem Auto, würde er auf die Bahn umsteigen, wenn die Bahn das Angebot attraktiv hat.

Das Ziel der Verkehrspolitik, meine Damen und Herren, ist es, auch Belastungen für die Menschen zu verhindern und zu verkleinern. Daran müssen wir arbeiten. Im Koalitionsvertrag, auch das ist hier schon gesagt worden, ist einiges dazu nachzulesen.

Ich will noch etwas zum Thema Wettbewerb und europäischer Wettbewerb sagen. Ich habe nicht nur mit der Geschäftsleitung der Straßenbahn gesprochen, sondern auch viel mit den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern bei der BSAG geredet, auch über den Wettbewerb. Ich weiß, dass sich die Geschäftsleitung und die Arbeitnehmer dem Wettbe-

werb stellen werden und auch stellen wollen. Ich bin mir sicher, dass sie den Wettbewerb bestehen können und bestehen werden. Der Wille dazu ist vorhanden. Es gibt allerdings Voraussetzungen, die wir Politiker schaffen müssen. Der Wettbewerb, der stattfindet, muss fair sein. Im Wettbewerb müssen Dinge verglichen werden, die auch vergleichbar sind. Man kann nicht einfach sagen, entweder ist der BSAG-Fahrer mit einer Absenkung seines Lohns auf das Niveau seines ausländischen Kollegen einverstanden, oder wir holen den ausländischen Kollegen hierher.

Das ist kein Wettbewerb! Wettbewerb ist, wenn man Dinge vergleichbar macht. Wenn diese vergleichbaren Dinge verglichen werden, dann haben wir Wettbewerb! Der Wettbewerb darf nicht nur im Lohnbereich stattfinden, sondern auch im Qualitätsbereich. Es ist schon etwas anderes, ob ein Busfahrer aus dem Umland zur Aufbesserung der Rente zweimal im Monat ein Kaffeekränzchen nach Bad Zwischenahn schaukelt, oder ob man in Bremen einen Gelenkbus durch Bremen steuert, und zwar in Tag- und Nachtschicht. Das ist schon ein kleiner Unterschied,

(Beifall bei der SPD)

und deshalb sind diese Löhne schlicht und ergreifend nicht einfach zu vergleichen. Es gibt qualitative Unterschiede, die wir beachten müssen.

Der ÖPNV ist weiter zu entwickeln, das steht in dem Antrag, und das ist auch richtig so. Die Sozialdemokraten haben dazu viele Vorschläge gemacht. Ich nenne noch einmal einige, damit das jeder noch einmal mitnimmt: Wir wollen die Bahnlinien bis zum Weserpark nach Tenover verlängern, das ist schon gesagt worden. Die Linie vier ist endlich zu Ende zu bauen,

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/
Die Grünen)

die Großprojekte wie Space-Park, die Wohngebiete, Büropark sind mit dem ÖPNV anzuschließen. Die Entwicklung der Hafendreiecke ist mit der verkehrlichen Erschließung in Einklang zu bringen. Wir wollen ein besseres Verkehrsmanagement. Die Anbindung von Bremen-Nord — Herr Pflugradt, dann kommen Sie auch bequem hierher — und von Bremerhaven wollen wir verbessern.

(Abg. Frau S t a h m a n n [Bündnis 90/
Die Grünen]: Das steht alles in unserem Antrag!)

Die Anbindung der Nebenzentren, zum Beispiel Bahnhof Mahndorf, eine Park-and-ride-Anlage wollen wir einrichten, wollen wir verbessern, und wir sollten im Übrigen auch die Fußgänger nicht vergessen!

(C)

(D)

- (A) Der Fußgängerverkehr ist der umweltfreundlichste, den man sich denken kann.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Wir müssen dafür sorgen, dass die Fußgänger auch gern zu Fuß gehen. Wir müssen sehen, dass wir nicht so viele Barrieren für die Fußgänger aufbauen.

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen)

Wir wollen die Verkehre verknüpfen. Wir wollen die Verkehre durch Angebote wie Jobticket, Car-sharing, Stadtauto und so weiter verknüpfen. Wir haben die Ideen, wir erwarten, dass die Verwaltung bis Mitte 2000 das im Antrag geforderte Prüfergebnis vorlegt, und dann haben wir als Politik zu entscheiden, wie es weitergeht.

Den Antrag der Grünen lehnen wir ab, wir haben einen eigenen. — Schönen Dank!

(Beifall bei der SPD — Heiterkeit beim Bündnis 90/Die Grünen)

Vizepräsident Ravens: Als Nächster hat das Wort der Abgeordnete Mützelburg.

- (B) Abg. **Mützelburg** (Bündnis 90/Die Grünen *): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich habe das jetzt so verstanden,

(Abg. Frau **L i n n e r t** [Bündnis 90/Die Grünen]: Jeder macht sein Jodeldiplom, da hat er etwas Eigenes!)

dass der Kollege Jägers, nachdem er sich zehn Minuten Mühe gegeben hat, für unseren Antrag zu sprechen, eine Neufassung unseres Antrags vorgelegt hat, die inhaltlich identisch mit der Altfassung ist. Es versteht keiner, warum Sie das so treiben. Dadurch, dass man abschreibt, zeigt man ja nicht einmal eigenes Profil. Mein Großvater war Schneidermeister, und er hat immer gesagt: Wer sich mit fremden Federn schmückt, dem ist wohl selbst nichts geglückt! So kommt mir das jetzt vor!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Ich will noch zu zwei Punkten Stellung nehmen! Es nützt nichts, hier einen Pappkameraden aufzubauen, auf ihn einzuschlagen und zu hoffen, dass er irgendwann umfällt. Ich habe nichts davon gesagt, dass hier im ÖPNV-Bereich nichts passiert ist. Es wäre doch albern, das zu sagen! Ich habe erklärt, Sie haben bis jetzt im Wesentlichen das Verkehrs-

*) Vom Redner nicht überprüft.

konzept aus dem Jahr 1989 abgearbeitet, allerdings mit einer Ausnahme, der Linie vier, das ist noch nicht so ganz gelungen. Das ist so, und dazu kann keiner etwas sagen.

Der Nahverkehrsplan, der von uns vor zwei Jahren verabschiedet worden ist, ist ein Bündel von Maßnahmen. Das ist etwas anderes als ein Konzept. Es weiß auch jeder, was dort steht. Wir haben mit viel Mühe bei der Schlussredaktion einen Satz eingefügt, dass nämlich der Straßenbahnverkehr besser mit dem Schienennetz der Eisenbahn zu verknüpfen ist, aber inhaltlich steht zu all diesen Punkten nichts darin.

Der Nahverkehrsplan muss, so steht es im Gesetz über den öffentlichen Personennahverkehr des Landes Bremen, zum Jahr 2002 fortgeschrieben werden. Das ist auch klar. Das ist eine gesetzliche Regelung, deshalb haben wir es nicht in den Antrag hineingeschrieben. Wir hätten es auch hineinschreiben können, wenn es der Wahrheitsfindung diene, das Gesetz zu wiederholen. Das ist der eine Punkt!

Ich möchte auf den Kern der Debatte zurückkommen, weil es sich jetzt leicht hier verwischt, weil wir bei Verkehrsfragen über alles und jedes reden. Wir möchten, und das fordert letztlich auch der Antrag der Koalition genauso, vom Senat als der politisch verantwortlichen Instanz ein Verkehrskonzept, das mehr ist als das Zielkonzept der BSAG für Straßenbahnen. Darum geht es ja. Es geht um Autobusverkehre, es geht auch, Herr Kollege Töpfer, das wird Sie nicht verwundern, um eine vernünftige Verbindung zwischen Bremen und Bremerhaven, das ist doch klar.

(Abg. **T ö p f e r** [SPD]: Habe ich gelesen!)

Es steht auch irgendetwas in der Koalitionsvereinbarung, wo man noch daran arbeiten muss. Das alles gehört zu einem Verkehrskonzept, und deshalb möchten wir, dass der Senat das vorlegt.

Die Debatte über die Wettbewerbsfähigkeit der BSAG ist genauso wichtig, aber es ist eine Debatte, die nicht unmittelbar mit dem Konzept zusammenhängt, weil Wettbewerb heißt, dass die BSAG sich dem Wettbewerb, zumindest bei den neuen Sachen, mit anderen stellen muss. So ist es nun einmal. Wir alle, Herr Kollege Jägers, sind dafür, dass die BSAG sich dem Wettbewerb nicht nur stellt, sondern dass sie in diesem Wettbewerb auch besteht.

(Beifall bei der SPD — Zuruf des Abg. **E c k h o f f** [CDU])

Hierfür müssen Voraussetzungen geschaffen werden. Ich lehne das gar nicht ab! Wir können hier kein Konzept auf die BSAG zuschneiden, das wäre doch absoluter Unsinn! Wir erarbeiten ein Konzept, ich hoffe wenigstens, dass der Senat ein Konzept er-

(C)

(D)

(A) arbeitet, das den Bürgerinnen und Bürgern im Land Bremen und den vielen Pendlern und Besuchern aus dem Umland nutzt,

(Zuruf des Abg. E c k h o f f [CDU])

und dann sehen wir, wie die kommunalen Verkehrsgesellschaften damit umgehen können.

Erst das politische Konzept, dann sehen wir, wer das wie zu welchen Preisen und mit welcher Qualität erledigen kann! Dass wir für das kommunale Unternehmen BSAG sorgen müssen, uns darum kümmern müssen, das ist doch selbstverständlich. Der Steuerzahler in Gestalt der Stadtgemeinde Bremen ist doch Eigentümer. Der Steuerzahler in Gestalt der Stadtgemeinde Bremerhaven ist Eigentümer in der VGB.

Wir streiten uns doch gar nicht darüber, Herr Kollege Eckhoff! Das ist alles völlig klar. Ich sage nur, der Senat hat die eine Aufgabe, die andere Aufgabe haben erst einmal die Unternehmen, von mir aus mit Unterstützung des Senats als Eigentümer oder mit Unterstützung des Magistrats in Bremerhaven.

Also, herzlichen Dank für die Debatte! Sie hat gezeigt, dass wir mit unserem Antrag richtig lagen. Wenn Sie ihn jetzt ablehnen, dann ändert das auch nichts an seiner Richtigkeit, weil Sie ihn mit Ihren eigenen Worten und zum Teil mit unseren Worten in Ihrem eigenen Antrag wiederholen.

(B)

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen — Abg. E c k h o f f [CDU]: Ja, wir haben den guten Antrag von Ihnen mit einfließen lassen!)

Vizepräsident Ravens: Als Nächste hat das Wort Frau Senatorin Wischer.

Senatorin Wischer *): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich will mich kurz fassen, weil im Grunde viele Stichworte schon gefallen sind. Ich freue mich natürlich über eine Debatte, die so einmütig den ÖPNV stärkt, das kann ja für die Zukunft nur helfen.

Ich freue mich, dass wir Konsens in diesem Haus haben, dass dies auch für die Zukunft ein Feld ist, auf dem wir noch reichlich zu ackern haben, und auf dem wir noch vieles beschicken können. Gleichzeitig möchte ich aber doch, Kollege Mützelburg, vielleicht mit der gebotenen Zurückhaltung, sagen, dass Ihr Antrag, der diese Debatte hier mit initiiert hat, doch den Eindruck erweckt, als müsse man nun den öffentlichen Personennahverkehr und die BSAG in diesen Tagen erst aus ihrem Dornröschenschlaf aufwecken. Ich glaube, das ist falsch. Das waren ja auch die Antworten, die Ihnen von den Vorrednern gegeben worden sind.

*) Von der Rednerin nicht überprüft.

Ich bin ja erst fachlich neu dafür zuständig, aber ich glaube, im Interesse der engagierten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in meinem Hause, aber auch bei der BSAG, muss ich sagen, es passiert unheimlich viel. Die Beispiele, die Sie erwähnt haben, sind sozusagen alle ein Beleg dafür, dass weitergedacht wird, dass man überhaupt erst die Grundlagen dafür schafft, indem man weiterdenkt, indem man Planungs- und Machbarkeitsstudien auf den Weg bringt, um entscheiden zu können, ob das realistisch ist, in welchen Zeitabständen welche Entwicklung richtig ist. Aber ich glaube, an dem Punkt haben wir gar keinen Dissens.

Sie haben den Nahverkehrsplan angesprochen, der ab 1. Januar 1998 bis 2002 gültig ist. Alle Punkte, die in Ihrem Antrag angesprochen worden sind, müssen quasi routinemäßig nach einem Prinzip abgearbeitet werden, um überhaupt eine Fortschreibung des Nahverkehrsplans ab 2002 möglich zu machen. Insofern sind wir im Ressort dabei, und die BSAG natürlich auch, hierfür die Vorbereitungen zu treffen. Leistbar ist nicht, das sage ich hier ganz deutlich, Mitte nächsten Jahres den neuen Nahverkehrsplan ab 2002 vorzustellen. Das ist überhaupt nicht leistbar. Wir können bis dahin Stichworte und -punkte liefern, um in eine solche Debatte einzutreten.

Es sind viele Dinge genannt worden, die schon in Vorbereitung sind, ich will das hier nicht wiederholen, ich möchte nur etwas zu dem Punkt sagen, der von Herrn Pflugradt angesprochen worden ist, nämlich dem Unterschied zwischen christdemokratischen und sozialdemokratischen Senatoren. Ich glaube, man darf auch, wenn man in die Vergangenheit blickt, keine Schieflogen erzeugen. Ich glaube, dass meine Vorgängerin, Frau Lemke-Schulte, Hervorragendes für den ÖPNV in diesem Land getan hat.

(C)

(Beifall bei der SPD)

In gleicher Weise, denke ich, müssen wir feststellen, dass der Kollege Dr. Schulte auf diesem Sektor in den letzten vier Jahren wirklich Enormes vorangebracht hat.

(Abg. T ö p f e r [SPD]: Auch das stimmt!
— Beifall bei der SPD und bei der CDU)

Auch dies muss ich neidlos sagen. Ich hoffe, dass es mir auch mit Ihrer Unterstützung gelingt, alle Themen, die wir uns als Koalition vorgenommen haben, in der gleichen Zügigkeit voranzubringen, wie es dem Kollegen Schulte gelungen ist. Das gilt natürlich insbesondere für die Linie vier, bei der ich auf Ihre Unterstützung hoffe, so dass wir auch da zügig vorankommen können.

(Beifall bei der SPD)

Es geht, um es ganz deutlich zu sagen, Herr Pflugradt, mir darum, und ich glaube, da bin ich mit

(D)

(A) meinen Vorgängern einig, den ÖPNV so attraktiv, so toll zu machen, dass man die Menschen nicht mit irgendwelchen moralischen Zeigefingern überzeugen muss, sondern dass die Attraktivität des ÖPNV sehr viele Menschen bewegt, die Straßenbahnen, die Busse und den öffentlichen Personennahverkehr anzunehmen. Dafür will ich meinen Teil leisten, und ich hoffe, mit Ihrer Unterstützung! — Vielen Dank!

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Ravens: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Die Beratung ist geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung.

Zuerst lasse ich über den Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen abstimmen.

Wer dem Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen mit der Drucksachen-Nummer 15/94 seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

(Dafür Bündnis 90/Die Grünen)

Ich bitte um die Gegenprobe!

(B) (Dagegen SPD und CDU)

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag ab.

Meine Damen und Herren, bevor ich über den Antrag der Fraktionen der CDU und der SPD abstimmen lasse, bitte ich, eine Änderung vorzunehmen, es ist ein Schreibfehler passiert: Unter Punkt zwei a) ist das Wort „Wettbewerbstätigkeit“ zu ändern in „Wettbewerbsfähigkeit“.

Wenn Sie damit einverstanden sind, ändern wir den Antrag entsprechend.

Ich lasse jetzt über den geänderten Antrag der Fraktionen der CDU und der SPD abstimmen.

Wer dem Antrag der Fraktionen der CDU und der SPD mit der Drucksachen-Nummer 15/115 seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

(Dafür SPD, CDU und Bündnis 90/Die Grünen)

Ich bitte um die Gegenprobe!

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) stimmt dem Antrag zu.

Gesetz über den Eigenbetrieb Performa Nord – Personal, Finanzen, Organisation, Management – Eigenbetrieb des Landes Bremen (BremPerformaG)

(C)

Mitteilung des Senats vom 2. November 1999
(Drucksache 15/99)
1. Lesung

Ergänzend zur Mitteilung des Senats möchte ich Ihnen mitteilen, dass die Höhe des in Paragraph 1 Absatz 4 des Gesetzentwurfs noch einzufügenden Stammkapitals acht Millionen DM beträgt.

Wir kommen zur ersten Lesung.

Die Beratung ist eröffnet. — Wortmeldungen liegen nicht vor. — Die Beratung ist geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung.

Wer das Gesetz über den Eigenbetrieb Performa Nord, Eigenbetrieb des Landes Bremen, mit der Drucksachen-Nummer 15/99 in erster Lesung beschließen möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

(Dafür SPD, CDU und Bündnis 90/Die Grünen)

Ich bitte um die Gegenprobe!

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in erster Lesung.

Hier ist nach der ersten Lesung die Überweisung an den staatlichen Haushalts- und Finanzausschuss vorgesehen.

Wer der Überweisung des Gesetzentwurfs des Senats mit der Drucksachen-Nummer 15/99 zur Beratung und Berichterstattung an den staatlichen Haushalts- und Finanzausschuss seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

(Dafür SPD, CDU und Bündnis 90/Die Grünen)

Ich bitte um die Gegenprobe!

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) überweist den Gesetzentwurf zur Beratung und Berichterstattung an den staatlichen Haushalts- und Finanzausschuss.

Nordseemuseum Bremerhaven

Antrag der Fraktionen der SPD und der CDU
vom 9. November 1999
(Drucksache 15/100)

Dazu als Vertreter des Senats Frau Staatsrätin Motschmann.

Die Beratung ist eröffnet.

Das Wort hat der Abgeordnete Beckmeyer.

(D)

(A) Abg. **Beckmeyer** (SPD): Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Sicherlich ist das nicht der wichtigste Punkt für Bremerhaven,

(Zuruf vom Bündnis 90/Die Grünen: Doch!)

aber es ist ein Thema, das, denke ich, auch diesem Hause am Herzen liegen sollte!

Es ist, denke ich, zugegeben ein Ärgernis, dass eine Schausammlung des Landes jetzt eingepackt wird, die zwar schon einige Jahre auf dem Buckel hat, aber immerhin 1921 als ein Fischereimuseum in Bremerhaven gestartet wurde, so im Laufe der Jahrzehnte zwar kriegsbedingt einige Unwegsamkeiten erleben musste, aber seit 1952 in der Nachkriegszeit wieder als Ausstellung in Bremerhaven zu sehen war. Sie wurde dann zwar aus Kostengründen im Zusammenhang mit der Einrichtung des Alfred-Wegener-Institutes zu einer nichtöffentlichen Schausammlung zurückgestuft, ich denke aber, sie war zumindest komplett vorhanden und konnte auch genutzt werden.

Nun erleben wir aktuell, dass diese Sammlung eingepackt wird, weil sich das Alfred-Wegener-Institut entsprechend räumlich vergrößern möchte, was zu begrüßen ist, die Schausammlung als solche aber verschwindet. Ich glaube, wir können nicht so einfach tatenlos zusehen, dass dies passiert.

(B) (Beifall bei der SPD und bei der CDU)

Es gab und gibt sowohl in der letzten Legislaturperiode als auch jetzt aktuell den einen oder anderen aus diesem Hause, der gesagt hat, nun lasst uns doch einmal einen Ruck geben, wir in Bremerhaven und wir in Bremen, und eine Möglichkeit überlegen, ob wir nicht diese Schausammlung wieder ein bisschen aus dem Schlaf herausholen und sie doch auch dem Publikum zugänglich machen können. Ich denke, da gibt es zwei verschiedene Wege: einen kurzfristigen, über den sollte man sich sicherlich in Zusammenhang mit der Sail 2000 Gedanken machen, und einen längerfristigen, der Bestand haben könnte und muss.

Sie wissen wie ich, dass es ein Projekt in Bremerhaven gibt, das unter anderem auch dazu dient, den Aspekt Kompetenzzentrum Fischwirtschaft zu umfassen. Es gibt seit geraumer Zeit einen Gedanken, diese Schausammlung doch in passender Weise in Beziehung zu diesem Projekt zu bringen. Das Fischereimuseum mit dem Thema Nordsee sowie das Kompetenzzentrum mit dem Thema Fischwirtschaft passen auch im Zusammenhang mit dem Schaufenster Fischereihafen zusammen. Ich glaube, es wäre klug, wenn die dafür zuständigen exekutiven Stellen sich dieses Themas annähmen.

(Beifall bei der SPD)

Ich halte es nicht für klug, wenn die Geschäftsführung der BIS, auch wenn sie nicht unbedingt unmittelbar diesem Landtag zugeordnet ist, sich dieser Thematik verschlüsse. Wenn dies eintreten würde, sollte man alle Elemente doch zusammenfassen, die dies befördern.

Als Allerletztes sind die kurzfristigen Möglichkeiten zu nennen. Abgeordnete aus Bremerhaven haben dazu den Vorschlag gemacht, dass das leer stehende Weserforum mitten in der Stadt, das seit mehreren Jahren nicht mehr genutzt wird, aber als Immobilie existent ist und für die die Stadt Bremerhaven vor 20 oder 25 Jahren mehrere Millionen DM auf den Tisch gelegt hat, kurzfristig auch im Zusammenhang mit dem Expoprojekt Sail 2000 diese Ausstellung für einen gewissen Zeitraum im Jahre 2000 aufnehmen könnte.

(Beifall bei der SPD und bei der CDU)

Auch hierüber müsste kurzfristig nachgedacht werden, einfach auch, um ein Signal zu geben. Ich verstehe den Stadtrat Weiß in Bremerhaven, wenn er sagt, oh, oh, das ist alles kostenträchtig, aber ich höre auch diverse Stimmen, die sagen, ihr Bremerhavener habt immer viel zu wenig Projekte, um das große Geld auszugeben. Ich denke, wenn wir ein paar Projekte haben, und das sind ganz kleine hier, dann sollte man vielleicht diese auch nutzen und diese auch als Chance begreifen. — Herzlichen Dank!

(Beifall bei der SPD und bei der CDU)

Vizepräsident Ravens: Als Nächster hat das Wort der Abgeordnete Röwekamp.

Abg. **Röwekamp** (CDU *): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Bremerhavener kennen das Nordseemuseum spätestens aus ihrer Schulzeit, da hat es regelmäßige Besuche dieses Museums gegeben. Ich denke, der eine oder andere Bremer Kollege kann vielleicht mit dem Begriff des Nordseemuseums nicht unbedingt etwas anfangen. Damit Sie diese Einrichtung richtig zu schätzen lernen, soweit Sie sie nicht kennen, möchte ich Ihnen aus dem Buch „Fischerei- und Nordseemuseum Bremerhaven“, welches 1987 erschienen ist, den Gründungsakt vielleicht einmal zitatweise näher bringen.

Da beschreibt in einem Bericht des Magistrats der Stadt Geestemünde vom 10. Oktober 1919 Dr. Delius die Vorstellung zur Gründung einer Forschungs- und Bildungseinrichtung mit folgenden Worten: „Das Museum“, da geht es also um diese Sammlung, „soll ein reines Seefischereimuseum sein, in seiner Beschränkung aber möglichst erschöpfend.“ Also, das Nordseemuseum geht bereits auf einen Gründungs-

*) Vom Redner nicht überprüft.

(C)

(D)

- (A) akt von vor rund 80 Jahren zurück und hat demgemäß eine sehr lange Tradition.

Was zeigt das Museum? Es handelt sich um eine international anerkannte meeresbiologische Sammlung. 75 Schauvitriolen waren ausgestellt, einige werden mittlerweile eingepackt, zeigen Pflanzen und Tiere aus der Nordsee und anderen Meeresgebieten. Eine einzigartige Präparatensammlung von Walen, Robben, Fischen, Meeresvögeln, teilweise spektakuläre Funde, an die Sie sich selbst vielleicht noch aus der Tagespresse erinnern, werden den Besuchern gezeigt, ebenso ein breites Spektrum an Blumen, Tieren, Korallen, Würmern, Muscheln, Schnecken und Krebsen. Es handelt sich also um ein Stück Bremerhavener Geschichte, die in diesem Museum bisher der Öffentlichkeit, wenn auch nur der beschränkten Öffentlichkeit, gezeigt wurde. Wer die Küstenstädte kennt, der weiß, dass man auf eine solche Sammlung mit einem solchen Alter mehr als stolz sein darf.

(Beifall bei der CDU und bei der SPD)

- (B) Seit 1987 geht der Kampf um das Nordseemuseum in Bremerhaven. Es hat sich in dem Jahr auch ein Förderverein gegründet, nachdem die Pläne bekannt wurden, dass die wissenschaftliche Sammlung schon im Jahr 1987 als Museum nicht mehr fortbestehen könnte, und es wurden immer wieder Übergangsregelungen gefunden. Seit zwölf Jahren dauert nunmehr der Kampf des Nordseemuseums für eine weitere zukünftige Ausstellung.

Es hat die bisherige Übergangslösung im Alfred-Wegener-Institut gegeben. Es war auch unser Wunsch, dass mit der Eingliederung der biologischen Anstalt Helgoland das Alfred-Wegener-Institut in Bremerhaven gestärkt wird. Dafür braucht es Platz, aber das Museum braucht auch Platz in Bremerhaven, meine Damen und Herren. Deshalb der gemeinsame Antrag!

(Beifall bei der SPD)

Das Land Bremen hat bisher als Eigentümer der Sammlung, nur deswegen diskutieren wir es hier, immer wieder keine Notwendigkeit gesehen, ein neues Museum in Bremerhaven einzurichten. Meine Damen und Herren, in diesem Zusammenhang ist vielleicht auch anzusprechen, dass der Senat sich über seine eigenen Zuständigkeiten in dieser Frage noch einmal Gedanken machen muss, und ich halte es für schade, dass der vermeintlich zuständige Wissenschaftssenator Willi Lemke am 14. Oktober 1999 an den Förderverein schreibt: „Ich danke für Ihr Schreiben vom 16. 9. 1999, in dem Sie mich auf die Problematik des Nordseemuseums hingewiesen haben. Wegen der Kürze der Zeit konnte eine kurz vor Beendigung der letzten Wahlperiode eingesetzte Senatsarbeitsgruppe ihre Arbeit nicht aufnehmen. Im

Zusammenhang mit dem Neuzuschnitt meines Ressorts laufen zurzeit noch Abstimmungen zur endgültigen Geschäftsverteilung im Senat.“

(C)

Nun sehe ich, dass Frau Staatsrätin Motschmann hier heute für den Senat anwesend ist, ich fordere den Senat auf, endlich die Zuständigkeit für diese wissenschaftliche Sammlung zu klären. Sie hat es verdient. Nur dann kann man auch zu einer vernünftigen Lösung kommen, in welcher Weise die Sammlung ausgestellt wird.

(Beifall bei der CDU und bei der SPD)

Meine Damen und Herren, wie gesagt, seit 1987 läuft der Kampf. Das Land Bremen selbst hat immer auch als Eigentümer der Sammlung gesagt, es hätte kein Interesse daran, in Bremerhaven ein Nordseemuseum einzurichten. Die Stadt Bremerhaven konnte in der Vergangenheit wegen der Kosten kein neues Museum finanzieren, zumal wir das stadtgeschichtliche Morgenstern-Museum in Bremerhaven bereits mit erheblichen Haushaltsmitteln subventionieren, und das Alfred-Wegener-Institut als bisheriger Aussteller der wissenschaftlichen Sammlung ist, wie bereits ausgeführt, räumlich daran gehindert, die Sammlung in Zukunft zur Schau zu stellen.

Mit dem vorliegenden Antrag wollen wir die Hilfe des Senats dafür in Anspruch nehmen, in Bremerhaven eine angemessene Lösung zu finden. Ich halte den Vorschlag des Weserforums als Übergangslösung für machbar, aber eine dauerhafte Ausstellung im Schaufenster Fischereihafen, wohin dieses Museum im Zusammenhang mit der Errichtung eines Fischkompetenzzentrums gehört, für unabdingbar. Das ist die Lösung, wohin diese Sammlung gehört, wo wir sie den Touristen, aber auch unseren Einwohnern dauerhaft vor Augen führen können. Ich kann nur hoffen, dass es dem Senat gelingt, den einen oder anderen Zweifler auch im Magistrat in Bremerhaven davon zu überzeugen, dass es sich bei dieser wissenschaftlichen Sammlung um eine hochwertige Sammlung handelt, die eine Ausstellung auch auf Dauer verdient.

(D)

(Beifall bei der CDU und bei der SPD)

Meine Damen und Herren, der frühere Oberbürgermeister Karl Willms hat in dem Grußwort zu dem Buch, aus dem ich vorhin schon zitiert habe, aus dem Jahre 1991 gesagt, ich zitiere wörtlich: „Um aber die wichtige Sammlung weiterhin einer breiten Öffentlichkeit präsentieren zu können, hat der Förderverein Nordseemuseum es sich zur Aufgabe gemacht, ein Museum im besten Sinne zu installieren. Dies bedarf der allgemeinen Unterstützung.“ Ich hoffe auf die Unterstützung des Hauses. — Vielen Dank!

(Beifall bei der CDU und bei der SPD)

(A) **Vizepräsident Ravens:** Als Nächster hat das Wort der Abgeordnete Schramm.

Abg. **Schramm** (Bündnis 90/Die Grünen *): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Die beiden Vorredner haben es erwähnt, es handelt sich um eine sehr kleine, aber doch feine Ausstellung, die auch sehr wichtig für die Identifikation in der Stadt Bremerhaven ist.

(Abg. Frau **Hammers trö m** [SPD]:
Aber?)

Kein Aber!

(Abg. Frau **Hammers trö m** [SPD]:
Das ist selten!)

Das ist Fakt. Von daher wäre es auch gut gewesen, uns das Angebot zu unterbreiten, diesen Antrag mit zu unterzeichnen. Wir hätten das gern gemacht.

(Abg. **Töpfer** [SPD]: Ja, nehmen wir auf!)

Das signalisiert ja auch schon unser Abstimmungsverhalten. Die Gefahr besteht nämlich, dass diese Sammlung nicht als Einheit bestehen bleibt, sondern im Vorwege für den einen oder anderen Ausstellungsraum veräußert wird, weil damit dann auch eine Einnahmequelle verbunden sein könnte. So ein Skelett in einem Foyer macht sich vielleicht ja nicht so schlecht.

(B)

(Abg. **Töpfer** [SPD]: Die Seekuh soll auch schon verlagert worden sein!)

Ich finde, das würde aber der Ausstellung als Einheit, als Gesamtheit doch sehr abträglich sein. Von daher ist es sehr wichtig, dass diese Einheit als Ganzes ausgestellt wird und den Besuchern zur Verfügung gestellt wird. Das ist, so finde ich, eine ganz wichtige Forderung, die wir hier noch einmal aufgreifen müssen.

Der Verein, der sich um diese Sammlung kümmert, hat einen Notruf gestartet, als es offensichtlich wurde, dass die Räume für das AWI verloren gehen. Der Präsident des Senats hat seine Unterstützung zugesagt, nicht nur schriftlich, sondern eben auch vor Ort. Es ist eigentlich nur logisch und sinnvoll, dass man diese Zusage sozusagen einfordert, was wir hiermit auch machen.

Vielleicht sollte man überlegen, wo eine Zwischenlösung organisiert werden kann, das ist aber nicht unsere Aufgabe, das ist, finde ich, die Aufgabe hauptsächlich der Kommune, der Stadt Bremerhaven, und eigentlich originäre Aufgabe des Stadt-

*) Vom Redner nicht überprüft.

rates, der dafür zuständig ist. Dieser hätte längst in die Puschen kommen müssen und hier einen geeigneten Standort, eine Finanzierung und ein Konzept für diese Ausstellung vorlegen müssen.

(C)

(Abg. **Töpfer** [SPD]: Daran ist etwas!)

Ich finde, das ist ein großes Defizit, was man ihm ankreiden muss. Vielleicht hilft es, wenn man diesen Antrag beschließt, hier noch einmal Druck zu machen, dass das endlich passiert. Es macht ja einen inhaltlichen Sinn, weil es sich um Knochen von Fischen handelt, dass man das in Verbindung mit der Fischerei bringt und allem, was damit zusammenhängt.

(Zuruf von der SPD: Knochen?)

Heute nennt man das Gräten, richtig! Eine größere, eine kleinere ist dabei, aber auch der eine oder andere ganze Fisch. Es würde sich von daher anbieten, mit dem Schaufenster Fischereihafen hier zu einer einheitlichen Lösung zu kommen.

Es ist aber auch wichtig, finde ich, das ist ja wie beim ÖPNV, dass man besucherfreundlich operiert. Man muss diese Ausstellung auch so attraktiv gestalten, dass die Besucher ein Interesse daran finden, diese Ausstellung zu besuchen. Vielleicht muss man darüber nachdenken, hier einige Attraktivitätssteigerungen der Ausstellung selbst vorzunehmen, aber auch die Besucherströme neu zu akquirieren.

(D)

(Abg. **Töpfer** [SPD]: Die Seekuh muss wieder her!)

Schulklassen zum Beispiel, das fällt mir dabei ein, müssen viel stärker angesprochen werden, und dieses Thema Fischerei- und Ressourcenschutz und alles, was damit zusammenhängt, muss viel stärker in den Unterricht integriert werden, dann würde sich ein Besuch dieses Museums ja geradezu anbieten. Eine andere Attraktivitätssteigerung könnte sein, dass man Sonderausstellungen macht, das ist ja immer ein beliebtes Mittel, um Museen auch zu frequentieren: Ebbe-und-Flut-Problematiken und so etwas; Neues soll aufgetaucht sein, nach versunkenen Stätten im Wattenmeer zu suchen. Da würde dann der Ausbau von CT IV eher hinderlich sein. Ich denke, dass man diesen Aktivitäten freien Raum lassen muss und dann die Fundstücke entsprechend in diesen Museen zur Schau stellen kann. Das wäre eine ganz wichtige Geschichte.

So ein bisschen sibyllinisch an diesem Antrag ist, dass von Finanzen gar nicht geredet wird. Vielleicht hätte man von Seiten der großen Koalition auch einmal daran denken können, hier einen Finanzantrag vorzulegen, der sagt, eine Anschubfinanzierung wäre vielleicht nicht schlecht. Man braucht ja praktisch nur einen Raum, eine feste Decke, wo die Gräten

(A) und Skelette aufgehängt werden können stabilitätsgemäß, und dann wäre man diesem Problem schon ein Stück näher gekommen. Aber diese Forderung nach einer Anschubfinanzierung oder überhaupt nach einer kleinen Finanzierung, die sozusagen die Sache in Gang bringt, fehlt leider in diesem Antrag. Gut, das ist halt so! Es ist ein Begrüßungsantrag, den man auch unterstützen kann. In diesem Sinne: Wir sind dabei! — Vielen Dank!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Vizepräsident Ravens: Ich habe noch eine Wortmeldung. Ich schlage vor, dass wir diese Wortmeldung noch nehmen.

Als nächste Rednerin hat das Wort Frau Staatsrätin Motschmann.

Staatsrätin Motschmann *): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Vieles ist gesagt, ich kann es kurz machen! Zunächst freue ich mich natürlich über die Einigkeit des Hauses zu diesem Bremerhavener Thema. Das ist ja nicht selbstverständlich, das ist erst einmal positiv. Ich stimme auch allen Rednern zu, Herr Beckmeyer, dass eine solche meereskundliche, landesgeschichtliche und auch touristisch interessante Sammlung erhalten, gepflegt und auch künftig der Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden muss. Darüber sind wir uns einig. Das finde ich richtig, und dafür wollen wir uns alle einsetzen.

(B) Die Frage der Zuständigkeit, Herr Röwekamp, ist in der Tat eine etwas schwierige Frage. Ich habe mich da auch noch einmal versucht schlau zu machen, fragte meinen Senator, ob wir zuständig seien. Er sagte, wir seien zuständig für die Koordination der Bremerhavener Museen. Ich fragte den anderen Senator, vertreten durch Herrn Köttgen, und der sagte, nein, wir sind dafür nicht zuständig, ein Museum muss immer zu Kultur.

(Abg. Z a c h a u [Bündnis 90/Die Grünen]: Das ist ja eine klare Linie!)

Unabhängig davon, wie die Zuständigkeit ist, werde ich mich um diesen Fall kümmern,

(Abg. T ö p f e r [SPD]: Sehr schön!)

am 25. des Monats dieses Museum besuchen und mir die Möglichkeiten der Ausstellungsräume ansehen. Ich finde allerdings, dass die Gründungsurkunde, Herr Röwekamp, deutlich macht, dass es eigentlich in Richtung Forschungs- und Bildungseinrichtung geht, denn wenn ich Sie recht verstanden habe, ist dies in der Gründungsurkunde so enthalten.

(Abg. Frau H ö v e l m a n n [SPD]: Na, na!)

*) Von der Rednerin nicht überprüft.

(C) Ja, das ist so! Aber ich streite mich da ja nicht, sondern wir packen das an. Das Problem ist ja nur, wer zahlt nachher die Kosten.

(Abg. Frau H ö v e l m a n n [SPD]: Das ist ein ziemliches Problem!)

Diese Sammlung ist sanierungsbedürftig, sie ist teilweise nicht in einem sehr guten Zustand. Insofern muss man sowohl in die Sammlung als auch sicherlich in neue Ausstellungsräume investieren. Es zeichnet sich ja ab, dass man mitten in der Stadt eine Übergangslösung mit dem Weserforum hat. Ich denke allerdings auch, idealerweise würde ein solches Museum zum Schaufenster Fischereihafen sehr gut passen.

(Beifall bei der SPD)

Dort kommen die Touristen hin, dort kann man sicherlich auch mit diesem Pfund, das Bremerhaven hat, wuchern. Das aber möchte ich mir selbst ansehen.

Übrigens, so beschränkt ist die Öffentlichkeit nicht, Herr Röwekamp. Dieses kleine Museum hat ganz enorme Öffnungszeiten, nämlich von montags bis freitags immer von acht bis 16 Uhr. Das, finde ich, ist erstaunlich für einen privaten Verein, der das leistet, das muss man dann auch einmal sagen.

(Beifall bei der SPD und bei der CDU)

Dass auch hier, wie in vielen anderen Bereichen der Kultur, ehrenamtlich auch Enormes auf die Beine gestellt wird, müssen wir unterstützen. Ich halte es auch inhaltlich für richtig, und ich denke, das werden wir auch hinbekommen, wenn alle einer Meinung sind.

(Abg. T ö p f e r [SPD]: Sehr schön!)

Im Übrigen, in den Parteiprogrammen zu den Wahlen ist dieses Museum auch immer enthalten, so dass man sich hier auf eine ganz breite Basis stützen kann. Wir müssen nur sehen, wie das finanziert wird. Jeder weiß, dass der Kulturetat nicht riesig groß ist und dass es da keine großen Freiräume gibt, aber es wäre ja gelacht, wenn wir das nicht mit vereinten Kräften hinbekommen! — Vielen Dank!

(Beifall bei der SPD und bei der CDU)

Vizepräsident Ravens: Meine Damen und Herren, weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Die Beratung ist geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung.

Wer dem Antrag der Fraktionen der SPD und der CDU mit der Drucksachen-Nummer 15/100 seine

(C)

(D)

(A) Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

Ich bitte um die Gegenprobe!

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) stimmt dem Antrag zu.

(Einstimmig)

Ich unterbreche die Sitzung bis 14.30 Uhr.

(Unterbrechung der Sitzung 13.05 Uhr)

★

Vizepräsident Dr. Kuhn eröffnet die Sitzung wieder um 14.30 Uhr.

Vizepräsident Dr. Kuhn: Die unterbrochene Sitzung der Bürgerschaft (Landtag) ist wieder eröffnet.

Bericht des Petitionsausschusses Nr. 4 vom 9. November 1999

(Drucksache 15/102)

Eine Aussprache ist nicht beantragt worden.

Wir kommen zur Abstimmung.

(B) Wer der Behandlung der Petitionen in der empfohlenen Art zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

Ich bitte um die Gegenprobe!

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) beschließt entsprechend.

(Einstimmig)

Investitionsprogramm 1999 – 2002 (Bundesverkehrswegeplan)

Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 9. November 1999 (Drucksache 15/103)

Dazu als Vertreter des Senats Senator Hattig, ihm beigeordnet Staatsrat Dr. Färber.

Die Beratung ist eröffnet.

Das Wort hat der Abgeordnete Mützelburg.

Abg. **Mützelburg** (Bündnis 90/Die Grünen)*: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Der Bundesverkehrswegeplan ist ein Plan des Bundes, der festlegt, welche Bundesstraßen und Autobahnen, wel-

*) Vom Redner nicht überprüft.

che Fernverkehrseisenbahnlinien und welche Kanäle und große Flüsse, also Bundeswasserstraßen, der Bund in den nächsten Jahren finanziert und bauen und ausbauen will.

Der letzte Bundesverkehrswegeplan ist im Jahr 1992 aufgestellt worden, der nächste Bundesverkehrswegeplan soll im Jahr 2002 vorliegen. Die neue rotgrüne Bundesregierung konnte nun den Bundesverkehrswegeplan aus dem Jahr 1992 nicht einfach so übernehmen, wie er vorgelegt wurde, und zwar aus zwei Gründen, erst einmal aus finanziellen Gründen. Herr Senator Hattig hat gestern schon zu Recht darauf hingewiesen, dass die Bundesregierung genau wie die Bremische Bürgerschaft und der Bremer Senat sparen will und muss und sich ein ehrgeiziges Sparpaket vorgenommen hat, das auch den Verkehrshaushalt nicht unberührt lässt.

Das Zweite ist aber, dass die Bundesregierung aus SPD und Bündnis 90/Die Grünen sich zum Ziel gesetzt hat, möglichst viel Verkehr, sowohl Güterverkehr wie Personenverkehr von der Straße und aus der Luft, also Flugverkehr, auf die Schiene und auf die Wasserstraßen zu verlagern. Das war nicht unbedingt das Ziel der CDU/FDP-Regierung.

Um diesem Ziel näher zu kommen wurde beschlossen, für die nächsten drei Jahre bis zum Jahr 2000 bis 2002, 1999 ist ja nun praktisch schon abgelaufen, nur noch Mittel zur Verfügung zu stellen für Straßenbauprojekte, die schon angelaufen sind, für Schienenprojekte auch für neue, und vor allen Dingen für den Bestand, das heißt für die Pflege, die Unterhaltung und den Ausbau vorhandener Straßen und Bahnstrecken. Neubauprojekte insbesondere im Straßenbereich werden so gut wie nicht in Angriff genommen. Von den insgesamt 67 Milliarden DM, die der Bund zur Verfügung stellt, gehen rund 35 bis 36 Milliarden DM in den Straßenbau und davon 97 Prozent in Substanzerhaltung vorhandener Anlagen und nicht in Neubauprojekte, dies vorweg gesagt.

Bündnis 90/Die Grünen begrüßt ausdrücklich, dass die Bundesregierung beabsichtigt, Verkehre von der Straße und aus der Luft auf Schiene und Wasser zu verlagern und dass sie dazu auch finanzielle Anstrengungen unternimmt.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Der erste Schritt dieser finanziellen Anstrengungen geht dahin, dass bei den Kürzungsmaßnahmen, die jetzt auch das Verkehrsressort betreffen, der Bereich des Schienenverkehrs ausgenommen ist. Er wird nicht noch zusätzlich von weiteren Kürzungen betroffen sein, obwohl dieses Haus noch etliche Minderausgaben zu erfüllen hat.

Natürlich, auch wenn es ein Programm des Bundes ist, um das es geht, das muss ich auch betonen, und die politische Zielsetzung des Bundes ausdrückt,

(C)

(D)

(A) werden die Mittel letztlich in den Ländern ausgegeben, denn Straßen, Schienen und so weiter verlaufen ja alle durch Bundesländer und liegen in Bundesländern.

Für das Bundesland Bremen wie auch für die anderen Stadtstaaten gibt es dabei Probleme, weil wir natürlich keine großflächigen Strecken anzubieten haben und eigentlich immer nur Anfangs- oder End- oder Zwischenstücke lange laufender Fernverkehrstrassen in all diesen Bereichen sind. Deshalb werden natürlich auch Projekte der Stadtstaaten vom Bund besonders kritisch beäugt, damit hier nicht städtische Straßen oder Nahverkehrslinien der Eisenbahn mit Bundesmitteln finanziert werden, die eigentlich für den Fernverkehr vorhanden sind. Ich glaube, das ist ziemlich wichtig für die Betrachtungsweise dessen, was hier in Bremen eigentlich noch finanziert und nicht finanziert wird.

Ich sage noch einmal, Bündnis 90/Die Grünen begrüßt ausdrücklich dieses Ziel des Bundesverkehrswegeplans und des jetzt vorliegenden Investitionsprogramms bis 2002, und wir wünschen uns, und das steht auch in unserem Antrag, dass der Senat sich diese Leitlinie auch zu Eigen macht und für den Bundesverkehrswegeplan ab 2002 auch Schienenprojekte anmeldet. Herr Senator Hattig hat ja dankenswerterweise gestern schon auf ein solches Projekt hingewiesen, indem er den Ausbau des Bereichs Bremer Hauptbahnhof als Fernverkehrsknotenpunkt angekündigt hat.

(B) Das ist Zukunftsmusik! Gegenwärtig sieht dieses Investitionsprogramm für Bremen im Grunde drei Projekte vor. Einmal zwei Projekte, Fortsetzung von Lärmschutzmaßnahmen an der Autobahn A 27, ich glaube, das ist völlig unstrittig und dringend notwendig, zweitens stellt er Mittel bereit für den zweiten Bauabschnitt, erste Stufe heißt das, der A 281 in der Neustadt in Bremen. Es handelt sich ganz konkret um dieses Stückchen von der Neuenlander Straße bis zum Kocks-Gelände an der Oldenburger Straße.

Es ist hier oft genug diskutiert worden, ich will mich hierzu nur mit zwei Sätzen äußern, nämlich erstens, die Beschränkung auf diesen Bereich, und man wird sehen, ob es überhaupt noch weitere Mittel für einen weiteren Ausbau und andere Bauabschnitte gibt, macht deutlich, dass dieses Projekt A 281 in Bremen eigentlich ein übertriebenes, ein zu groß angelegtes Projekt war.

Wir vom Bündnis 90/Die Grünen haben 1992 schon in der Bürgerschaft vorgeschlagen, mit bremischen Mitteln und eventuell als Verlegung der Bundesstraße dort eine Straße für Lkw zur schnellen Verbindung von der Autobahn zum GVZ zu bauen, weil ja unbestritten ist, dass die Neuenlander Straße nicht ausreicht für diese Verkehre. Das ist damals schon in der Ampelregierung abgelehnt worden. Anschließend hat der Senat der großen Koalition uns versprochen, hier wird eine tolle Autobahn gebaut, denn

Sie wollen ja alles groß und wunderschön in dieser Stadt bauen, je größer, desto besser, und nun sind wir eigentlich am Ende. Jetzt wird eine Stummelautobahn gebaut. Am Ende eine Ampel, am Anfang eine Ampel, das ist ja bei Autobahnen üblich, dass man da über Ampeln fahren muss, und dazwischen wenige Kilometer Autobahnstrecke.

(C)

(Abg. Frau L i n n e r t [Bündnis 90/Die Grünen]: Hätten Sie mal auf Dieter gehört!)

Danke, Frau Kollegin Linnert!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Das ist so mit vorausschauender Planung, die zielt eben nur auf die großen Projekte, während die Lösungen im Kleinen längst erfolgreicher gewesen wären.

Gut, ich sage, die Lage ist im Moment so, dass wir den Fortbau dieser Autobahn abschreiben müssen, und auch der Maßnahme, die anderswo getroffen wird, nämlich solche Autobahnen durch private Investoren durch Kredite vorzufinanzieren, hat die Bundesregierung Riegel vorgeschoben, denn sie lässt das nicht mehr zu, da Beispiele die es gegeben hat, dazu geführt haben, dass es für den Bund sehr teure Schattenhaushalte geworden sind.

Dann wird als drittes Projekt in Bremerhaven die B 71 gebaut. Wer nicht aus Bremerhaven ist, muss sich vorstellen, das ist von der Autobahn Bremerhaven-Süd Richtung Fischereihafen, und die jetzige Bundesstraße, die in die Stadt führt nach Wulsdorf, wird so verlegt, dass der Verkehr nicht mehr direkt durch Wulsdorf laufen soll. Das ist das Ziel.

(D)

Unglücklicherweise führt nun diese neue Trasse durch ein Feuchtbiotop, nämlich eine Grabenlandschaft, wir haben uns darüber gestern bei FFH lange genug unterhalten, und da zu bauen erfordert wasserrechtliche Untersuchungen und Prüfungen. Die sind nicht vorgenommen, weil die Stadtgemeinde Bremerhaven das ganze Verfahren durch einen Bebauungsplan geregelt hat und geglaubt hat, damit ist sie fertig.

Wasserrechtliche Verfahren in einem Planfeststellungsverfahren für eine solche Bundesstraße sind nicht nur nach Meinung des Gesamtverbandes Natur- und Umweltschutz unerlässlich. Wenn sie nicht stattgefunden haben, sind sie ein Hindernis für den Bau der Straße, und nun steht das Land Bremen vor dem Dilemma, dass es zwar Gelder bewilligt bekommt für die Verlegung der B 71, aber in einem rechtlichen Zustand ist durch eine Klage, die jetzt eingeleitet worden ist, die den Bau dieser Straße gefährdet.

Wir sagen, das steht auch so in unserem Antrag, Senat, überprüfe deine Planungen und mache sie rechtlich wasserdicht, weil es nicht sein kann, dass

(A) hier Bundesfernstraßen gebaut werden, ohne dass die rechtlichen Voraussetzungen dafür gegeben sind. Ich will nicht verhehlen, wir unterstützen selbstverständlich das Anliegen der Umweltschützer, dass hier diese Grabenlandschaft erhalten bleibt und nicht weiträumig zerschnitten wird.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Meine Damen und Herren, ich darf das noch sagen, und es kommt ja nachher wahrscheinlich, dann wird Bremerhaven sagen, das muss alles unbedingt sein, 6500 Fahrzeuge fahren derzeit auf der Straße, das ist, wenn man gut rechnet, ein Viertel von dem, was hier in Bremen am Osterdeich täglich fährt, in einer Straße, die dicht besiedelt ist von vorn bis hinten, was die Leute auszuhalten haben. Da muss man doch einmal genau überlegen, wie man das mit der Trassenführung so macht, dass die Konflikte vermieden werden.

Meine Damen und Herren, das ist der zweite Teil unseres Antrags, der sagt, regelt das rechtlich einwandfrei und nicht zu Lasten der Umwelt und akzeptiert, dass wir vorläufig keine weiteren Mittel für die A 281 ausgeben werden. Deshalb brauchen wir auch im Augenblick nicht eine Planung aller Bauabschnitte, die irgendwann einmal im Jahr 2015 oder 2020, wenn überhaupt, finanziert werden. Das sind hinausgeworfene Gelder.

(B) Schließlich der dritte Teil: Herr Kollege Kastendiek hat ja gestern beklagt, dass im nordwestdeutschen Raum Schienenprojekte gestrichen werden. Ich stimme Ihnen da zu, das ist den bisherigen Sparmaßnahmen wie auch anderenorts zum Opfer gefallen. Nun gibt es aber ein viel größeres Projekt, das nicht nur auf der Kippe, sondern kurz vor dem Scheitern steht, wenigstens in der Bundesrepublik Deutschland, die Transrapidstrecke von Hamburg nach Berlin oder von Berlin nach Hamburg. Ich will hier nicht verhehlen, dass wir keine Freunde des Transrapidunternehmens sind, weil wir in der Bundesrepublik nicht neben dem Schienenverkehrssystem, das wir haben, ein damit nicht kompatibles zusätzliches Fernverkehrssystem brauchen und das Geld im Ausbau der Schienenstrecken besser angelegt ist. Genau die Möglichkeit bietet sich jetzt. Wenn der Transrapid scheitert, meine Damen und Herren, werden Mittel frei. Mit einem kleineren Teil dieser Mittel kann man die Verbindung von Bremen nach Berlin und Hamburg nach Berlin, das ist ein Ersatz für den Transrapid, hervorragend ausbauen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Wir möchten gern, dass sich der Senat dafür einsetzt.

Diese drei Elemente, Unterstützung des Investitionsprogramms in seinen Zielen, Überprüfung der Bremer Vorhaben und Einsetzen für die Verwendung

der Mittel aus dem Transrapid für den Ausbau der Schienenstrecken zwischen Bremen und Hamburg nach Berlin, sind unser Anliegen, und das bitten wir Sie zu unterstützen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Vizepräsident Dr. Kuhn: Das Wort hat der Abgeordnete Pflugradt.

Abg. **Pflugradt** (CDU): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich bin davon ausgegangen, dass es noch andere Wortmeldungen gibt, sonst hätte ich mich schon längst gemeldet.

Die neue Bundesregierung hat ein Investitionsprogramm für den Ausbau der Bundesschienenwege, der Bundesfernstraßen und der Bundeswasserstraßen in den Jahren 1999 bis 2002 vorgelegt. Dieses Investitionsprogramm ist kein Investitionsprogramm, sondern ein Abfinanzierungsprogramm, nämlich alle Maßnahmen, die begonnen worden sind, werden abfinanziert, und alle weiteren sind gestrichen.

(Beifall bei der CDU — Abg. Beckmeyer [SPD]: Weil Herr Wissmann das mit 80 Milliarden DM überzeichnet hat, das ist der Grund!)

Sie kennen, Herr Beckmeyer, den Unterschied zwischen einem Bundesverkehrswegeplan und einem Finanzierungskonzept. Ein Bundesverkehrswegeplan ist kein Finanzierungskonzept, das sollten Sie wissen, der an diesen Beratungen immer wieder teilgenommen hat.

Dieses Investitionsprogramm, dieses Abfinanzierungsprogramm ist ein Kürzungsprogramm bei gleichzeitiger Erhöhung der Mineralölsteuer bis zum Jahr 2003 um 47 Milliarden DM. Man kassiert die Autofahrer ab mit 47 Milliarden DM bis zum Jahr 2003 und kürzt gleichzeitig zum größten Teil den Bundesfernstraßenbau. Dadurch, so haben die Kolleginnen und Kollegen im Bundestag erklärt, werden über 100 000 Arbeitsplätze vernichtet, weil rund fünf Milliarden DM Investitionen fehlen. Ich finde, dies ist ein Skandal, wie hier die Bundesregierung mit Investitionen zu Lasten der Schaffung von Arbeitsplätzen umgeht!

(Beifall bei der CDU)

Der Antrag, den die Grünen jetzt gestellt haben, zum Beispiel was die B 71 anbetrifft, ist sogar in diesem Bundesverkehrswegeplan abgesichert. Trotzdem soll diese Maßnahme gestrichen werden. Das ist eine Kontinuität vergangener Jahre bremischer Verkehrspolitik. Es gab diverse Maßnahmen, die in früheren Bundeshaushalten abgesichert waren. Das war zum Beispiel die Verlängerung der B 74 bis Farge. Sie sollte schon 1990 fertig sein. Nur weil die

(C)

(D)

(A) Planungen nicht richtig vorangetrieben worden sind, kommt es jetzt dazu, dass diese B 74 mehr oder weniger nicht weitergebaut wird. Es kann zwar weiter geplant werden, aber eine Finanzierung ist durch dieses Investitionsprogramm nicht mehr gesichert.

Der Ihlpohler Kreisel war finanziert, planungsrechtlich abgesichert, der Fly-over. Der hätte schon längst fertig sein können, es ist nicht gemacht worden. Das lag daran, weil es Widerstand in den entsprechenden Ortsvereinen gab.

Wir haben jahrzehntelang mehr oder weniger im Bundesfernstraßenbereich unsere ÖPNV-Mittel, rund 30 Millionen DM, die uns pro Jahr zustehen, nicht abgerufen, weil es keine Planung gab. Jetzt gibt es zum Beispiel die B 71, die ist fertig geplant, sogar die Ausschreibung ist gewesen, und jetzt wollen die Grünen das wieder stoppen. Dieses Geld, wenn man das stoppen würde entsprechend ihrem Begehren, würde doch nicht in ein anderes bremisches Projekt fließen, sondern das würde nach Bayern, nach Sachsen oder sonst irgendwo hinfließen. Das müssen wir verhindern, meine Damen und Herren!

(Beifall bei der CDU)

(B) Das Gleiche gilt für den dritten bis fünften Bauabschnitt der A 281, die Sie hier jetzt plötzlich stoppen wollen. Wir wollen jetzt den zweiten Bauabschnitt, erste Stufe, die Finanzierung ist klar. Wir wollen aber auch die weitere Anbindung des GVZ. Deswegen wird das vorrangig weitergeplant, und wir wollen, dass diese Planungen fortgesetzt werden. Wir wollen nicht das, was Sie hier vorschlagen, dass diese Planungen beendet werden. Das ist eine falsche Politik. Wir wollen, dass hier weiter gearbeitet wird.

Wenn ich Ihre Ausführungen zum Transrapid hier nehme, meine Damen und Herren, die Grünen haben irgendwie ein Problem mit neuen Technologien.

(Widerspruch beim Bündnis 90/Die Grünen)

Wenn man damals, als man die Eisenbahn — —. Ich habe neulich einmal einen Vergleich gehört, den fand ich auch sehr schön und schlüssig: Wenn man damals, als es darum ging, die Eisenbahn zu planen zwischen Nürnberg und Fürth,

(Abg. D r . G ü l d n e r [Bündnis 90/Die Grünen]: Da gab es die Grünen noch nicht!)

die ganzen Kriterien angewendet hätte, die jetzt verlangt werden bei dem Bau des Transrapid, dann wäre diese Strecke nie gebaut worden.

(Abg. B e c k m e y e r [SPD]: Weil es keinen Heizer gibt!)

(C) Ich finde, wenn man neue Technologien einführt, und dazu gehört auch der Transrapid, und insbesondere wenn man diesen Transrapid auch exportieren will nach China oder sonstwohin, dann muss man hier auch ein Stück weit ein Risiko eingehen, denn es ist eine vernünftige neue Technologie.

(Beifall bei der CDU)

Insofern erkläre ich, wir halten diesen Antrag für kontraproduktiv, für Bremen schädlich und auch sachlich für falsch. Deswegen lehnen wir ihn ab. — Vielen Dank!

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Dr. Kuhn: Als Nächster hat das Wort der Abgeordnete Dr. Sieling.

Abg. **Dr. Sieling** (SPD): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich möchte erst einmal dem Senat meinen herzlichen Glückwunsch aussprechen und, ich glaube, auch diesem Haus, dass es uns gelungen ist, in den schwierigen Verhandlungen um das Investitionsprogramm entscheidende Maßnahmen als hochprioritär abzusichern und diese für Bremen zu sichern.

(Beifall bei der SPD)

(D) A 281, B 71 und die Verbreiterung und die Lärmschutzmaßnahmen der A 27, das, Kollege Pflugradt, sind doch die wesentlichen Punkte, und wir sollten gemeinsam, gerade als große Koalition, froh und stolz darauf sein, dass wir im Bereich der westlichen Bundesländer erheblich mehr an Geldern bekommen für unsere Straßenverkehrsmaßnahmen als viele andere Bundesländer des Westens. Ich finde, diese positive Seite muss herausgestellt werden.

(Beifall bei der SPD und bei der CDU)

Sie gilt natürlich auch besonders deshalb herausgestellt zu werden, weil wir es damit endlich geschafft haben, aus dem in der Tat breiter gefassten Bundesverkehrswegeplan mit seinen vielseitigen Vorhaben eine Entscheidung zu treffen, was jetzt angefasst werden soll. Vorhin kam es schon im Zwischenruf des Kollegen Beckmeyer. Der frühere Verkehrsminister Wissmann hat zwar diesen Bundesverkehrswegeplan entwickelt, aber er hat eine Unterfinanzierung in Höhe von 80 bis 90 Milliarden DM hinterlassen.

(Beifall bei der SPD)

Das war eine Hinterlassenschaft, die beseitigt werden musste, und sie ist beseitigt worden, und ganz und gar nicht zum Schaden Bremens, sondern, wie

(A) wir hier, glaube ich, gemeinsam sehen, zum Nutzen Bremens, insbesondere eben bei diesem zentralen Projekt A 281, aber auch dem B-71-Vorhaben und den Lärmschutzmaßnahmen. Das ist doch erst einmal der Rahmen, in dem wir uns bewegen.

Jetzt darf ich ganz kurz zu einem immer wieder diskutierten Punkt hier im Antrag etwas sagen, das Thema B 71. Ich kann nicht nachvollziehen, wieso Sie jetzt hier vorschlagen, und darum werden wir diesen Antrag unter anderem gemeinsam ablehnen, dass wir das Plangenehmigungsverfahren in Bremerhaven neu aufrollen sollen. Sie wissen doch selbst, Kollege Mützelburg, dass es in Bremerhaven Gespräche gibt und dass in der Tat darüber verhandelt wird und man frohen Mutes ist, dass es zu einem Vergleich zwischen Umweltschutzinteressen und Straßenbau kommt. Die Ausschreibungen laufen, und der Bauantrag wird dann vorangetrieben und vollzogen werden, wenn es zu diesem Vergleich kommt.

Es gibt keinen sachlichen Grund, dies jetzt neu aufzurollen oder abzubrechen, sondern es ist fortzuführen. Lassen Sie uns warten, bis die Gespräche abgeschlossen sind! Machen wollen wir das doch mit der B 71, da beißt die Maus keinen Faden ab.

(B) Schlimmer ist natürlich noch der Punkt mit dem dritten bis fünften Bauabschnitt der A 281. Natürlich sind diese Maßnahmen jetzt noch nicht im Programm, aber wir können hier keinen Abschied davon nehmen, wir haben dies im Koalitionsvertrag, und ich kann auch sagen, wir als Sozialdemokraten hatten und haben dies in unserem Wahlprogramm. Wir wollen den Autobahnring um Bremen schließen, und dafür brauchen wir den dritten bis fünften Bauabschnitt.

Jetzt zur Frage der B 74! Dieser ständige Versuch, vor allem angesichts des großen Erfolgs, darauf darf ich noch einmal verweisen, hier nun herbeizureden, es sei doch alles ein Misserfolg und jetzt würde die B 74 begraben werden, ist doch in jeder Hinsicht unsinnig. Meine Damen und Herren, ich muss da meinen Koalitionspartner ansprechen, weil ich es nicht in Ordnung finde, wie versucht wird, über den Landesvorsitzenden der CDU und auch über Vertreter von Bremen-Nord immer wieder irgendwie zu suggerieren, nun würde die B 74 nicht zu Ende gebracht. Die Wirklichkeit ist doch, und in der Bau-deputation ist es uns ja auch schon präsentiert worden, dass das Planfeststellungsverfahren läuft, es wird fortgesetzt und wird so abgeschlossen, dass es möglich werden muss, 2001 einen Baubeginn zu realisieren.

(Beifall bei der SPD — Abg. P f l u g - r a d t [CDU]: Und woher kommt das Geld?)

Wir werden uns in der Tat Gedanken darüber machen, wie wir das finanziell absichern. Aber es

ist in Aussicht gestellt, und in die Richtung hat das in diesem Zusammenhang federführende Bauressort in Berlin verhandelt, dass wir im Fall eines Falles, wenn es bei anderen Maßnahmen Veränderungen gibt, im Investitionsprogramm des Bundes einen Tausch vornehmen können. Das hat Bremen ausgehandelt. Auch hier, glaube ich, ist das ein großer Erfolg, so dass die B 74 in der Tat angefasst werden kann, die Planfeststellung zum Ende gebracht werden kann. Das sollte man an der Stelle einmal sagen, statt immer zu versuchen, diese Themen kaputt-zureden.

(Beifall bei der SPD)

Ich möchte damit zum Schluss kommen. Ich glaube, das Thema ist auch von meinen Vorrednern schon verschiedentlich an den zentralen Punkten berührt worden. Wir lehnen diesen Antrag ab, weil er leider in all seinen drei Punkten auch durch eine intelligente Neufassung nicht zu einem ordentlichen Entwurf zu machen wäre.

Ich möchte aber an dieser Stelle noch einmal einen anderen Punkt ansprechen, der mir am Herzen liegt. Mich freut es, dass wir hier die Debatte von der parlamentarischen Seite mit den Baupolitikern führen, mein Kollege Pflugradt, der Kollege Mützelburg, und für meine Fraktion spreche ich hier. Für den Senat, ich schätze Herrn Staatsrat Färber sehr, wird hier das Wirtschafts- und Häfenressort dies vertreten. Ich denke, dass die Geschäftsverteilung des Senats an der Stelle der Verkehrspolitik noch nicht optimal ist. Ich fände es richtig, die Verkehrspolitik, auch der überregionalen Verkehre, im Bau- und Verkehrsressort zu bündeln. Wie gesagt, dass hier aus allen Fraktionen die Baupolitiker sprechen, zeigt vielleicht, dass der Weg richtig ist und wir dies in der Tat machen sollten. — Herzlichen Dank, meine Damen und Herren!

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Dr. Kuhn: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Die Beratung ist geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung.

Wer dem Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen mit der Drucksachen-Nummer 15/103 seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

(Dafür Bündnis 90/Die Grünen)

Ich bitte um die Gegenprobe!

(Dagegen SPD, CDU und Abg. T i t t - m a n n [DVU])

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag ab.

(C)

(D)

(A) Investition zur Stärkung des Kreuzfahrtstandorts Bremerhaven

Antrag der Fraktionen der SPD und der CDU
vom 12. November 1999
(Drucksache 15/108)

Dazu als Vertreter des Senats Senator Hattig, ihm beigeordnet Frau Staatsrätin Winther.

Die Beratung ist eröffnet.

Das Wort hat der Abgeordnete Töpfer.

Abg. **Töpfer** (SPD): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich möchte zu diesem Thema mit einem Zitat anfangen aus einem großen Artikel von Herrn Holtgreffe, einem Bremer Journalisten, im „Weser-Kurier“ vom 29. April dieses Jahres. Er schreibt: „Es kann einen schon die Reiselust packen, wenn das Traumschiff einmal wieder auf dem Fernsehschirm durch die Weltmeere pflügt, die Passagiere ganz entspannt kühle Drinks in tropischer Nacht auf dem Achterdeck trinken. Doch viel aufregender als die Welt der Illusionen im Fernsehen ist die Realität. Jede Menge Kreuzfahrtschiffe live und in Farbe gibt es auch in dieser Saison wieder in Bremerhaven. Rund 60 Musikdampfer machen dort an der Columbuskaje fest, Grund genug für den einen oder anderen Ausflug in die Seestadt. Wer selbst eine maritime Ader hat oder seinen Besuch aus dem Binnenland einmal ein Traumschiff in echt zeigen will, der hat dazu von Mai bis September reichlich Gelegenheit.“ Soweit das Zitat von Herrn Holtgreffe!

(B)

Ich möchte hinzufügen, auch der eine oder andere sollte eine Kreuzfahrt buchen, damit das, was wir mit unserem Dringlichkeitsantrag zum Ausdruck gebracht haben, noch stärker umgesetzt werden kann.

(Beifall bei der SPD)

Warum dieser Dringlichkeitsantrag? Der Senat hat am 9. November beschlossen, den Kreuzfahrtterminal in Bremerhaven mit 41,7 Millionen DM zu sanieren. Er hat dazu ein Stufenprogramm entwickelt, so dass die ersten Maßnahmen schon im Frühjahr nächsten Jahres begonnen werden können und im Jahr 2003 abgeschlossen werden. Wir als SPD-Bürgerschaftsfraktion begrüßen diese Senatsentscheidung sehr und unterstützen sie ganz eindeutig, weil diese Maßnahme eine Stärkung des Standorts Bremerhaven sowohl im Tourismusbereich als auch im Häfenbereich bedeutet.

Schon in der letzten Legislaturperiode sind unter Senator Uwe Beckmeyer, ich sage das auch immer gern, wesentliche Vorarbeiten eingeleitet worden. Auch mein früherer Kollege Heinz Wenke aus der SPD-Fraktion hatte sich dieses Themas angenommen und sich sehr intensiv darum bemüht, den Kreuzfahrtterminal endlich zu sanieren. Ich hoffe, dass er zuhört und sich über diese Einlassung von

mir freut. Ich finde, dahin gehören die Federn, sie gehören nicht unbedingt an meine Brust geheftet. Heinz Wenke hat da sehr viel getan.

(C)

Die SPD-Bürgerschaftsfraktion hat 1998 ein Hearing durchgeführt.

(Zuruf der Abg. Frau Hammerström
[SPD])

Ja, in Bremerhaven tut sich etwas, Frau Kollegin Hammerström!

Wir haben im Juni letzten Jahres eine Anhörung im Columbusbahnhof durchgeführt, haben uns Fakten von Fachleuten geben lassen. Die Sachverständigen haben zum Ausdruck gebracht, wenn wir mit diesem Terminal noch eine Zukunft haben wollen, dann müssen wir etwas Entscheidendes tun. So hat unsere Fraktion am 1. November dieses Jahres auch auf einer Tagung im Columbusbahnhof die Grundlagen für den heutigen Antrag beschlossen. Wir werden weiter auf das Kreuzfahrtgeschäft setzen. Wir wollen nicht darauf verzichten, um das ganz eindeutig zu sagen. Wir müssen aber etwas tun, wenn man sich ansieht, was die Konkurrenzhäfen machen.

Amsterdam investiert allein 70 Millionen DM in einen neuen Kreuzfahrtterminal. In Hamburg wird über den Bau eines neuen Terminals in der neuen Hafencity gesprochen. In Kiel sind fast 90 Millionen DM eingesetzt worden, um den Kreuzfahrtterminal mit einem Fährterminal auf den neuesten Stand zu bringen. Rostock-Warnemünde holt gewaltig auf, hat mittlerweile den zweiten Platz in Deutschland erreicht. Wir sind aber noch immer Kreuzfahrthafen Nummer eins, und das soll auch so bleiben, meine Damen und Herren!

(D)

(Beifall bei der SPD)

Mit unserem Antrag soll sichergestellt werden, dass die Reeder und die Reiseveranstalter Klarheit bekommen, dass es in Bremerhaven weitergeht. Ich habe mir Carlo Schreiber zum Vorbild genommen. Er hat auch immer Bilder hochgehalten. Es wäre schön, wenn der Kreuzfahrtterminal ständig von zwei bis drei Schiffen belegt werden könnte wie auf diesem Foto. Ich denke, dass dieser Antrag hier auf breite Zustimmung stößt. Die Chancen sind gut. Der BAW hat es begutachtet, und es sind auch eine Reihe von neuen Arbeitsplätzen damit verbunden.

Mit unserem Antrag sprechen wir aber auch Bremerhavens Chancen als Fährhafen an. Es gibt sehr, sehr intensive Verhandlungen mit Reedereien und mit einem norwegischen Hafen, um auch die Columbuskaje wieder für den Fährdienst zu gewinnen. Wir hatten dort zuletzt vor 30 Jahren eine Englandfähre, die dann nach Hamburg abgezogen worden ist. Es gibt eine ganze Reihe von Vorteilen. Darum hat unsere Fraktion am 1. November auch dazu schon be-

(A) schlossen, dass wir die Chancen für einen neuen Fährterminal, für eine Verbindung mit Norwegen ergreifen wollen.

Es gibt eine Reihe von sehr, sehr positiven Argumenten dafür. Ein großer Vorteil für Bremerhaven ist zum Beispiel, dass die Fahrzeit mit Schnellfähren von Arendal nach Bremerhaven allein vier Stunden kürzer ist als die normale Fährverbindung von Oslo nach Kiel. Das bedeutet schon einen Informationsvorsprung auf der Straße. Das bedeutet auch, dass man die Staus am Elbtunnel vermeidet. Das ist ein wichtiger Standortvorteil für die Stadt Bremerhaven.

Der andere große Vorteil für die Seestadt insgesamt ist, dass fast 70 Prozent der Touristen und Ladungsströme, die mit Norwegen entstehen, aus Südwestdeutschland und den westlichen Bereichen Deutschlands und Europas kommen. Auch der Export in Richtung Norwegen kommt fast aus diesen Destinationen, so dass sich eine solche Fährverbindung aus unserer Sicht rechnen lässt. Sie muss für eine tägliche Verbindung zwischen den beiden Nationen attraktiv sein. Wir wissen, dass Spediteure, Importeure und auch Exporteure, aber auch Reiseveranstalter sowie Touristikunternehmen darauf warten und ein hohes Interesse haben. Dies wollen wir mit unserem Antrag aufgreifen und die Sache forcieren.

(B) Der Senat hat sich auch mit der Frage beschäftigt, ob am Columbusbahnhof eine Hotelkapazität geschaffen werden kann verbunden mit einem Veranstaltungszentrum. Wir finden den Beschluss des Senats richtig, Frau Staatsrätin Winther, diese Frage mit dem Magistrat ausgiebig zu prüfen, weil auch bei der Stadthalle Bremerhaven Absichten bestehen, den Veranstaltungsbereich auszudehnen, auch eventuell mit einem Hotelneubau. Ich finde, da muss eine vernünftige Abstimmung gemacht werden, damit man nicht nachher Doppelkapazitäten schafft.

Zum Schluss sagen wir vonseiten der SPD: Leinen los! Packen wir das Problem an! Wir wollen im Frühjahr nächsten Jahres mit dem Terminalausbau beginnen. — Vielen Dank, meine Damen und Herren!

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Dr. Kuhn: Das Wort hat der Abgeordnete Kastendiek.

Abg. **Kastendiek** (CDU): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Das ist ja bei positiven Nachrichten, und über eine solche unterhalten wir uns hier heute ja, meistens der Wettstreit, auf wessen Mist, will ich einmal sagen, oder welcher Grundlage nun der Erfolg zustande gekommen ist. Ich will in diesen Wettstreit nicht eintreten, weil ich zutiefst davon überzeugt bin, dass die Koalitionsvereinbarung die Grundlage dafür geschaffen

hat, nämlich die Planung von sehr visionären Eigenschaften auf das Realistische herunterzufahren und dann auch eine seriöse Finanzierung für diese Baumaßnahme hinzubekommen. Ich glaube, dass in diesem Sinne hier eine vernünftige und richtige Entscheidung für den Standort Bremerhaven getroffen worden ist und dass auch eine zukunftsweisende Entscheidung getroffen ist.

Jeder, der den Kreuzfahrterminal kennt, weiß, der Zahn der Zeit ist auch an diesem Gebäude nicht spurlos vorbeigegangen. Passagiere, die sehr, sehr viel Geld zahlen für eine Passage, werden teilweise durch Räumlichkeiten und von Umständen begleitet, die nicht adäquat zu nennen sind.

Wenn man sich ansieht, in welchem Gebäude die Flugpassagiere abgefertigt werden, was dort in der Vergangenheit für Investitionen vorgenommen worden sind, und wenn man sich einmal ansieht, was im Kreuzfahrtgeschäft bisher in Bremerhaven so los war, dann, muss ich sagen, steht das in einem krassen Missverhältnis. So ist es folgerichtig, wie Kollege Töpfer ja auch gesagt hat, dass die Entscheidung des Senats mehr oder weniger zwangsläufig war, wenn man das Kreuzfahrtgeschäft am Standort Bremerhaven erhalten will und wenn man die starke Position Bremerhavens an dieser Stelle auch weiter stärken möchte. Auch das ist gesagt worden, die Konkurrenz schläft nicht, Hamburg, Rostock, aber auch andere Standorte sind nicht weniger attraktiv als Bremerhaven. Da spielen natürlich die Rahmenbedingungen, die Infrastruktur, eine wesentliche Rolle.

Wir begrüßen daher als CDU ausdrücklich die Entscheidung des Senats, in einem Zeit- und Maßnahmenkatalog die Umbaumaßnahmen voranzubringen. Es ist nicht nur so, dass das Gebäude in einen Zustand versetzt wird, der den Anforderungen von Kreuzfahrtveranstaltern, von Reedereien und Passagieren entspricht, sondern es werden, wie auch gerade eben schon gesagt worden ist, neue Arbeitsplätze geschaffen. Das ist ein ganz wichtiger Punkt, auch in Bremerhaven hier die Beschäftigung zu sichern. Die Zielsetzung, die sich ja auch in dem zweiten Punkt unseres Beschlussvorschlags wieder findet, nämlich eine ganzjährige Auslastung und ganzjährige Beschäftigung an dieser Stelle durch eventuelle Fährverbindungen nach Norwegen zu schaffen, findet unsere volle Unterstützung.

Ich möchte an dieser Stelle auch noch einmal deutlich zum Ausdruck bringen, weil man das eigentlich gar nicht oft genug sagen kann, wenn man in der veröffentlichten Meinung Bremerhavens so manchmal den Eindruck durch die eine oder andere PresSENSOTIZ bekommt, dass die „Pfeffersäcke“ in Bremen von Bremerhaven nichts halten, dass diese Entscheidung letztendlich zeigt, dass sich Bremen, der Senat seiner Verantwortung Bremerhavens gegenüber bekennt. Daher hoffe ich auf breite Zustimmung und würde mich freuen, ebenso wie Kollege Töpfer schon

(C)

(D)

- (A) angekündigt hat, dass wir dann vielleicht ja auch einmal wieder als Landeshafenausschuss in umgebauten Räumlichkeiten im Columbusbahnhof tagen können. — Vielen Dank!

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Dr. Kuhn: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Tittmann.

Abg. **Tittmann** (DVU): Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren! Nachdem die etablierten Politiker aller so genannten demokratischen Parteien durch Klüngeln und Parteienfilz die wichtigen Wirtschaftsfaktoren der schönen Seestadt Bremerhaven, den Werftenstandort Bremerhaven sowie die Hochseefischerei und damit auch die Zulieferfirmen, völlig ruiniert haben, ist es nun dringend erforderlich, durch Investitionen wenigstens den Kreuzfahrtstandort Bremerhaven zu stärken und zu erhalten.

- (B) Meine Damen und Herren, der Kreuzfahrtbereich ist ein bedeutendes Element für die touristische Attraktivität Bremerhavens. Der Kreuzfahrtterminal in Bremerhaven ist mit einem Anteil am Passagieraufkommen von zirka 40 Prozent aller deutschen Häfen und 70 Prozent der deutschen Nordseehäfen einer der wichtigsten Häfen Deutschlands. Ohne eine sofortige dringende Modernisierung wäre das für Bremerhaven überlebenswichtige Kreuzfahrtgeschäft nicht mehr aufrechtzuerhalten. Deshalb hat die Modernisierung des Terminals höchste Priorität. Auch die durch die Modernisierung zu erwartende Steigerung von Arbeitsplätzen von derzeit 50 terminalabhängig beschäftigten Arbeitsplätzen auf zirka 200 Arbeitsplätze ist für die Stadt Bremerhaven, wo wir dank der verfehlten Politik und ohne verfälschte Zahlen und getürkte Zahlen weit über 20 Prozent Arbeitslosigkeit haben, lebensnotwendig.

Meine Damen und Herren, wir können und wir dürfen nicht auf dem Rücken der vielen Arbeitslosen in Bremerhaven diese notwendige Modernisierung länger blockieren und hier sinnlos debattieren. Wir müssen endlich handeln und anfangen, und das sofort! Darum wird die Deutsche Volksunion dem Dringlichkeitsantrag von SPD und CDU mit der Drucksachen-Nummer 15/108 uneingeschränkt zustimmen,

(Zurufe)

in der Hoffnung, dass hier endlich einmal auch zum Wohle des Volkes verantwortungsbewusst gehandelt wird.

Ebenso unterstütze ich die Forderung, dass der Senat Gespräche über die Einrichtung einer Fährverbindung zwischen Bremerhaven und Norwegen führen soll, uneingeschränkt. Demzufolge, meine Damen und Herren, ist es dringend erforderlich, dass

- (C) der Senat private Investoren für den Bau eines Hotels im Columbusbahnhof findet, damit die Attraktivität des Columbusbahnhofs gesteigert wird, damit uns Hamburg, das sich ja massiv um Akquisition von Kreuzfahrern bemüht, das Geschäft nicht noch vor der Nase wegschnappt.

Meine Damen und Herren, ein politischer Skandal und eine Schande ist es, dass der Columbusbahnhof seit über 40 Jahren kaum modernisiert oder aufgepeppt worden ist. Das ist Ihre verfehlte Politik, meine Damen und Herren! Hier haben Sie allesamt geschlafen, zu lange geschlafen, aber das ist eben Ihre verfehlte Politik des Nichthandelns. Hier bin ich der Meinung, wenn Sie den Columbusbahnhof früher abschnittsweise effektiver und zweckmäßiger renoviert hätten, dann hätten wir heute keine so hohe Renovierungssumme von zirka 42 Millionen DM. Aber nun gut, trotz allem sichern wir uns mit dieser Investition die Zukunft des wichtigsten deutschen Kreuzfahrthafens Bremerhaven. Deshalb, wie schon erwähnt, stimmt die Deutsche Volksunion uneingeschränkt diesem Antrag zu.

Lieber Herr Kollege Röwekamp — —.

(Zurufe von der CDU — Abg. R ö w e - k a m p [CDU]: Würden Sie bitte diese Formalbeleidigung zurücknehmen?)

- (D) Wenn Sie sich alle etwas beruhigt haben, dann darf ich vielleicht fortfahren! Lieber Herr Kollege Röwekamp, ich weiß nicht, woher Sie als Mitglied der CDU die Arroganz nehmen, als Mitglied einer Partei, wo der Verbleib von 500 000 DM Fraktionsmitteln gegenüber dem Rechnungshof wohl immer noch nicht nachgewiesen worden ist, und mit solchen Parteifreunden wie mit Herrn Leisler Kiep würde ich an Ihrer Stelle mit Vorwürfen gegen die Deutsche Volksunion ganz

(Glocke)

vorsichtig sein und ganz still auf Ihrem hinteren Platz sitzen bleiben!

Vizepräsident Dr. Kuhn: Herr Tittmann, darf ich Sie darauf aufmerksam machen, dass Sie nicht zum Thema reden, und bitten — —.

Abg. **Tittmann** (DVU): Herr Präsident!

Vizepräsident Dr. Kuhn: Sie widersprechen mir nicht, Herr Abgeordneter! Ich weise Sie darauf hin, dass Sie nicht zum Thema reden,

(Beifall)

und ich bitte Sie, zum Thema zu sprechen!

Abg. **Tittmann** (DVU): Schönen Dank, Herr Präsident, ich bin ohnehin fertig. — Danke!

(A) **Vizepräsident Dr. Kuhn:** Das Wort hat der Abgeordnete Schramm.

Abg. **Schramm** (Bündnis 90/Die Grünen *): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Zurück zum Kreuzfahrtterminal!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)

Vielleicht ganz zurück in die siebziger Jahre, da war nämlich jede Abfahrt am Kreuzfahrtterminal noch ein richtiges Event,

(Abg. **T ö p f e r** [SPD]: Und als Elvis kam, was war da los!)

was man von der Rede jetzt nicht behaupten kann, mit Blasmusik und Verabschiedungen mit allem Drum und Dran, und das hat natürlich zur Folge gehabt, dass für die Stadt dabei ein sehr hoher Imagewert herausgekommen ist.

Leider, und das ist gesagt worden, ist es versäumt worden, 40 Jahre lang dieses Image zu halten. Das HBA und die BLG haben dieses Gebäude und dieses Geschäft sehr stark vernachlässigt, bis letztendlich dann nur noch Verluste erwirtschaftet worden sind. Es hat sich herausgestellt, dass rechteckige Blumenkästen, die man aufstellt, eben nicht zur Attraktivitätssteigerung eines solchen Terminals beitragen, meine Damen und Herren.

(B)

Kurz gesagt, wir haben es in der Tat verschlafen, andere waren wesentlich weiter. Das ist gesagt worden, wir sind reduziert von 70 000 Fahrgästen, die es schon einmal gegeben hat, auf 40 000 Fahrgäste am tiefsten Punkt. Dies gibt zu denken. Obwohl der Markt des Kreuzfahrtgeschäftes sehr stark weltweit boomt, auch in Deutschland, koppelt sich Bremerhaven im Moment immer mehr von diesem Geschäft ab. Es ist an uns, diese Tendenz endlich zu beenden!

Es ist aber auch richtig, dass bei der regionalen Wertschöpfung, die sehr wichtig ist, wenn man wirtschaftsstrukturpolitisch für diese Stadt und für diese Region argumentiert, im Moment noch sehr wenig dabei herausgekommen ist: 0,5 Millionen DM pro Jahr. Das ist eine sehr geringe Wertschöpfung, die direkt aus diesem Terminal für die Stadt Bremerhaven erwirtschaftet worden ist, mit Geschäften, die nicht direkt mit der Fahrt zu tun haben, sondern die man aus den Geschäften im Vor- und Ablauf akquiriert, damit sich die Passagiere wohl fühlen, dort übernachten oder sonst irgendwie ihr Geld in der Stadt lassen. Das ist ein wesentlicher Punkt, wenn man die Wirtschaftlichkeit dieses Terminals analysiert. Dies muss dringend verbessert werden, meine Damen und Herren.

*) Vom Redner nicht überprüft.

Fazit: Ohne Modernisierung wird es einen Marktverlust für die Zukunft geben. Ohne Modernisierung wird es zu weniger laufenden Einnahmen kommen, als es bisher der Fall war. Ohne Modernisierung wird es auch nicht dazu führen, dass es zusätzliche Arbeitsplätze geben wird oder dass die 50 Arbeitsplätze, die im Moment damit zusammenhängen, gesichert werden können. Da muss also dringend etwas passieren, meine Damen und Herren.

(C)

Im Wahlkampf war es auch schon einmal ein Thema, das ist angesprochen worden. Herr Senator Beckmeyer hat damals ein Modell vorgelegt, darin war noch von Investitionssummen von 70 bis 100 Millionen DM die Rede, aber jeder, der sich ernsthaft damit beschäftigt, wusste von vornherein, dass ein so hohes Investment nicht zu finanzieren sein würde. Wir reden jetzt von einer Investition — —.

(Zuruf des Abg. **B e c k m e y e r** [SPD])

Ja, Sie hätten es gleich realistischer anpacken sollen, dann wären wir vielleicht heute schon etwas weiter gewesen!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Wir brauchen, um die regionale Wertschöpfung zu erhöhen, auch ganz dringend eine Attraktivitätssteigerung des Umfeldes des Kreuzfahrtterminals. Diese Öltanks müssen dringend verschwinden! Das Kompetenzzentrum und ein maritimes Kongresszentrum mit einem Hotel müssen dazu dringend gebaut werden, meine Damen und Herren,

(D)

(Abg. **T ö p f e r** [SPD]: Die waren bei den 100 Millionen DM enthalten!)

wenn es nämlich, und das ist Bedingung für die ganze Beschlusslage der Finanzierung des Terminals, die erfüllt sein muss, ein Stop-over-Geschäft geben wird, das im Moment in Bremerhaven völlig fehlt. Das heißt, Passagiere sollen nicht nur ein- und aussteigen und dann nach Hause fahren, sondern sie sollen sich an dem Ort, in dem Umfeld wohl fühlen. Sie sollen mindestens 150 DM pro Tag zusätzlich ausgeben. Das brauchen wir dringend.

(Heiterkeit und Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)

Soweit die Planung!

Wir als Opposition müssen etwas genauer hinschauen, als das in den Jubelmeldungen und in den Jubelreden hier noch einmal eben vorgetragen worden ist. Wir müssen genauer hinsehen, wenn es um die Finanzierung geht, weil wir nämlich wollen, dass der Kreuzfahrtterminal wirklich realisiert wird. Wenn man sich die Finanzierung ansieht, jedenfalls die Fakten, die im Moment einsehbar sind, scheint es

(A) mir doch relativ dubios zu sein, jedenfalls für uns Oppositionelle reichlich intransparent.

Der Senat hat beschlossen, 41,7 Millionen DM zu investieren. Wir haben das im Landeshafenausschuss besprochen. Dort hat uns der zuständige Staatsrat klargemacht, dass eine Finanzierung in dieser Höhe in den Eckwerten des ordentlichen Haushaltes wahrscheinlich nicht in Frage kommen wird. Das ist natürlich eine schwierige Situation. Die Finanzierung der öffentlichen Investition ist völlig offen, vor allem auch vor dem Hintergrund, dass eine 50-zu-50-Finanzierung beschlossen worden ist, 50 Prozent aus dem Eckwert des Wirtschaftsressorts, 50 Prozent aus dem Eckwert des Hafenhaushaltes, wenn wir wissen, dass bereits jetzt im Hafenhaushalt 17,8 Millionen DM an Minderausgaben nicht aufgelöst werden können.

(Zuruf)

Dann gibt es noch andere öffentliche Investitionen, die dringend mit der Umfeldverbesserung verbunden sind, unter anderem die bessere Busverbindung über die Kaiserschleuse. Das heißt, eine neue Klappbrücke muss dringend gebaut werden. Die kostet fünf Millionen DM. Dann soll es eine neue Ro-Ro-Anlage geben, damit auch wirklich zusätzliche Verkehre auf den Kreuzfahrterminal gezogen werden können. Das kostet ebenfalls zehn Millionen DM. Dann soll das Hotel gebaut werden. Das kostet mindestens 16 Millionen DM. Das sind also schon Summen, die man sich vor Augen führen muss. Man muss zumindest darlegen, wie man das realistisch finanzieren soll.

(B) In dem Antrag der großen Koalition, der uns jetzt vorliegt, wird hier auf den Senatsbeschluss hingewiesen. Dieser Senatsbeschluss liegt uns nicht vor. Wir können natürlich schlecht über etwas beschließen, was wir nicht kennen. Dies ist unser Problem. Ich habe gehört, dass die Finanzierungsstränge im Senatsbeschluss jetzt wieder ganz andere sind. Das gibt uns noch einmal den Hinweis darauf, die Frage zu stellen, inwieweit das real finanziert wird. Es soll angeblich aus Mitteln des Ziel-zwei-Programms finanziert werden. Die Zusagen für diese Mittel sind aber völlig offen. Die werden spätestens im Jahre 2002 zu erwarten sein. Man will also bis zu diesem Zeitpunkt 2002 diese Summe privat über die neu gegründete Gesellschaft vorfinanzieren und diese Summe dann auf einen Schlag durch den Haushalt abfinanzieren, zumindest 20 Millionen DM Komplementärmittel der EU-Gelder und die entsprechenden zwei Millionen DM, die an Zinsen anfallen werden. Das Problem, das wir jetzt haben, ist, dass dieses Geld aus den wirtschaftsstrukturpolitischen Geldern für die Stadt Bremerhaven finanziert werden soll.

Das ist natürlich ein Problem, das wir im Moment noch nicht beurteilen können, inwieweit das jetzt

wiederum die Gestaltungsspielräume für die Änderung der Wirtschaftsstruktur Bremerhavens beeinträchtigt, wenn man bedenkt, dass natürlich die 40 Millionen DM an Wettbewerbshilfen, die wir auch gut finden, ebenfalls aus diesem Programm finanziert werden.

(Abg. Frau H a m m e r s t r ö m [SPD]:
Sag doch einfach, du findest die Maßnahme gut, und dann setz dich!)

Das sind im Jahre 2002 dann mindestens 60 Millionen DM, die aus dem Investitionsprogramm für Bremerhaven fehlen werden. Das muss ich auch als Bremerhavener einmal sagen!

Ich kann diese Folgen jetzt hier von diesem Pult aus nicht beurteilen. Ich kann von daher auch nicht beurteilen, welche Folgen für die Stadt Bremerhaven daraus resultieren.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Natürlich stimmt es, und von daher können wir hier auch nicht sagen, wir stimmen diesem Antrag vorbehaltlos zu, obwohl wir der Sache nach dieser Modernisierung voll zustimmen, meine Damen und Herren, um das noch einmal ganz deutlich zu machen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen —
Abg. Frau H a m m e r s t r ö m [SPD]:
Das hättest du auch kürzer machen können!)

Wir schlagen Ihnen vor, diese Entscheidung noch einmal in den Ausschuss zu verlagern, wo sie hingehört, und uns dann darzulegen, wie Sie sich die Finanzierung vorstellen, damit wir mit voller Kenntnis der Finanzlage seriös darüber entscheiden können, meine Damen und Herren.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Falls Sie diesem berechtigten Antrag nicht stattgegeben werden, was wir befürchten, müssen wir uns leider bei diesem Antrag enthalten, obwohl wir in der Sache voll zustimmen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen —
Abg. Frau H ö v e l m a n n [SPD]: Früher nannte man das Fingerlüge!)

Vizepräsident Dr. Kuhn: Das Wort erhält Frau Staatsrätin Winther.

Staatsrätin Winther: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Für den Senat begrüße ich ausdrücklich, dass die Koalitionsfraktionen die Modernisierungsmaßnahmen des Columbusbahnhofs in Bremerhaven unterstützen. Es gibt, und darin sind wir

(C)

(D)

- (A) uns sicher einig, auch in Zeiten knappen Geldes, Herr Schramm, keine Alternative zur zügigen Sanierung des Kreuzfahrtterminals.

(Beifall bei der SPD und bei der CDU)

Zur Finanzierung werde ich gleich noch einmal zurückkommen und versuchen, Ihnen das zu verdeutlichen.

Wir sichern mit dieser Investition die Zukunft des wichtigsten deutschen Kreuzfahrthafens, Sie beide haben es bereits gesagt, und wir verbessern damit die Chancen Bremerhavens als Drehscheibe im norddeutschen Seetourismus und natürlich auch im Tourismus insgesamt. Diesen Tourismusbereich werden wir auch mit einigen anderen Projekten stärken, abrunden, und von daher denke ich, dass wir auch aus dem Stop-over-Geschäft weiter touristischen Nutzen ziehen können.

- (B) Herr Kastendiek, Herr Töpfer, Sie sagten es bereits, wir stellen uns mit dieser Investition dem Wettbewerb. Wir stellen uns den Maßnahmen in Hamburg, in Kiel und auch an anderen Orten. Wir investieren 40 Millionen DM, um den hohen Anforderungen zu genügen, die heute Reeder, Touristen, Reiseveranstalter an einen modernen Terminal, an eine funktionstüchtige und zweckmäßige Abfertigung in einem Kreuzfahrtbahnhof stellen. Wir reagieren, weil wir reagieren müssen, denn wenn wir nicht unverzüglich etwas für den Columbusbahnhof tun, dann würden wir Abfahrten verlieren, wir würden Arbeitsplätze verlieren, und wir würden den Umsatz rund um das Kreuzfahrtgeschäft fahrlässig aufs Spiel setzen.

Schon jetzt lässt sich sagen, dass die Entscheidung des Senats in der Fachwelt äußerst positiv aufgenommen worden ist. Wir haben bereits für das nächste Jahr wieder 60 Abfahrten in Bremerhaven.

(Beifall bei der SPD und bei der CDU)

Wir sind hier auf einem positiven Weg und hoffen, dass es mehr werden.

Mittelfristig, da bin ich mir sicher, wird die Modernisierung der Anlage natürlich mehr Schiffe und Passagiere bringen, aber es werden auch mehr kreuzfahrtabhängige Arbeitsplätze und Umsatz geschaffen werden, und das Umsatzvolumen wird sich erhöhen. Der BAW hält es für plausibel, dass sowohl Arbeitsplätze als auch Umsatzvolumen rund um das Kreuzfahrtgeschäft um das Zweieinhalbfache gesteigert werden können.

Ein kurzes Wort noch zum Hotel! Die Umbaumaßnahmen sehen so aus, dass für den Fall, dass wir einen Betreiber für ein Hotel finden, keine weiteren Maßnahmen und neue Aufreiß- und Umbaumaßnahmen stattfinden müssen, sondern die zweite Etage kann dann für ein solches oder ein anderes Projekt genutzt werden.

Zur Finanzierung! Die Finanzierung soll, natürlich vorbehaltlich der Zustimmung der EU-Kommission, aus dem Ziel-zwei-Programm 2000 bis 2006 finanziert werden. Wir erwarten die Zustimmung der EU zu dem grundsätzlichen Ziel-zwei-Programm Anfang des kommenden Jahres. Es wird eine EU-Finanzierung stattfinden, und wir werden bis zum Jahre 2002 eine Zwischenfinanzierung vornehmen. Diese Zwischenfinanzierung ist in einem Vorschaltgesetz vom Senat beschlossen worden.

Ich möchte aber noch eines sagen: Unsere Investition an der Columbuskaje ist auch gerade ein deutliches Signal an Bremerhaven. Der Senat bemüht sich auch mit dieser Maßnahme, den Interessen der Seestadt gerecht zu werden. Die große Koalition hält sich an das, was sie der Seestadt versprochen hat, nämlich dass die Anliegen der Bremerhavener im Mittelpunkt der Sanierungsbemühungen stehen und auch weiter stehen werden.

Meine Damen und Herren, zum zweiten Teil des Antrages, der auf die geplante Fährverbindung zwischen Bremerhaven und einem norwegischen Hafen eingeht! Ich kann bestätigen, dass die Mitarbeiter der Hafenverwaltung und der bremischen Hafenvertretung seit längerem intensive Gespräche mit Reedern und Spediteuren aus dem In- und Ausland führen. Diese Gespräche haben leider bisher noch nicht zu dem gewünschten Erfolg geführt, was im Übrigen nicht gegen die Logik spricht, Bremerhaven auf dem direkten Wege mit Südnorwegen zu verbinden. Es macht vielmehr deutlich, dass die Newcomer es sehr schwer haben, sich im Wettbewerb zu den etablierten Ostseefähren zu platzieren, und diese wiederum kein Interesse daran haben, eine Alternative über die Nordsee aufzubauen.

(Abg. S c h r a m m [Bündnis 90/Die Grünen]: Kommt die Verbindung, oder kommt sie nicht?)

Wissenschaftliche Untersuchungen, die von der bremischen Hafenverwaltung und auch von den norwegischen Partnern in Arendal in Auftrag gegeben wurden, sprechen eindeutig für eine ökonomische Tragfähigkeit eines solchen Projektes. Die Linie Arendal-Bremerhaven könnte die Nummer eins in Europa werden, und zwar für Fracht sowie für Passagiere. Von den norwegischen Tagesgästen würden wir natürlich auch in Bremerhaven profitieren, und es würden sich regionalwirtschaftliche Effekte ergeben. Deswegen setzen wir die Bemühungen um einen entsprechenden Linienverkehr für Fracht wie für Passagiere fort.

(Beifall bei der SPD und bei der CDU)

Für die Abfertigung einer möglichst täglich verkehrenden Norwegenfähre kommt nach meiner Überzeugung nur die Anlage an der Columbuskaje

(C)

(D)

(A) in Frage. Selbstverständlich sind wir auch da vorbereitet. Die Umbauplanungen berücksichtigen auch ein zukünftiges Fährprojekt. Da wir uns zum gegenwärtigen Zeitpunkt noch nicht festlegen können, wann konkret dieser Fährdienst aufgenommen werden kann und welche Anforderungen an die Anlagen in Bremerhaven gestellt werden, sind Investitionen für den Fährverkehr in dem vom Senat beschlossenen Konzept noch nicht enthalten.

(Glocke)

Wir sind jedoch vorbereitet, dort einen Fährverkehr aufzubauen, der den Bedingungen, die dann auf uns zukommen werden, angemessen ist. — Vielen Dank!

Vizepräsident Dr. Kuhn: Gestatten Sie eine Zwischenfrage, Frau Staatsrätin? Es ist immer besser, gleich aufzuhören zu reden und zu fragen, was der Präsident will.

(Abg. F o c k e [CDU]: Immer schön artig sein!)

Gestatten Sie eine Zwischenfrage?

Staatsrätin Winther: Ja, gern!

(B) **Vizepräsident Dr. Kuhn:** Bitte, Herr Zachau!

Abg. **Zachau** (Bündnis 90/Die Grünen): Frau Staatsrätin, ich habe doch einmal eine Nachfrage, weil Sie sagten, Sie haben schon in dem Gesetzentwurf im Senat beschlossen, wie die Finanzierung geplant ist! Es ist doch richtig, dass diese Einrichtung in den stadtbremischen Häfen in Bremerhaven liegt, oder sehe ich das falsch?

Staatsrätin Winther: Nein! Die stadtbremischen Häfen sind aber im Bereich des Ziel-zwei-Programms enthalten, insofern ist diese Finanzierung über das Ziel-zwei-Programm die einzige Möglichkeit, mit der wir ein solches Projekt auf den Weg bringen können, und es ist auch ein typisches Projekt für einen solchen Rahmen.

Vizepräsident Dr. Kuhn: Gestatten Sie eine weitere Zwischenfrage?

Staatsrätin Winther: Ja!

Vizepräsident Dr. Kuhn: Bitte, Herr Zachau!

Abg. **Zachau** (Bündnis 90/Die Grünen): Ist die Komplementärfinanzierung eine Landesfinanzierung, oder ist das eine kommunale Finanzierung?

Staatsrätin Winther: Ich werde das gern noch weiter prüfen. Wir haben ja zunächst einmal eine Vorfinanzierung, und den Rest werde ich Ihnen gern an anderer Stelle erklären, wie wir das weiter finanzieren.

Vizepräsident Dr. Kuhn: Gestatten Sie eine weitere Zwischenfrage?

Staatsrätin Winther: Ja!

Vizepräsident Dr. Kuhn: Bitte, Herr Zachau!

Abg. **Zachau** (Bündnis 90/Die Grünen): Für den Fall, dass es sich um eine kommunale handelt, haben wir sicherlich dann noch Gelegenheit, das in der Stadtbürgerschaft Bremen zu diskutieren, oder?

Staatsrätin Winther: Wir werden Ihnen das erst einmal erklären.

(Abg. Frau L i n n e r t [Bündnis 90/Die Grünen]: Wir wollen jetzt wissen, wie das finanziert wird!)

Vizepräsident Dr. Kuhn: Als Nächster hat das Wort der Abgeordnete Kastendiek.

Abg. **Kastendiek** (CDU): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich wollte eigentlich die Nachhilfestunde für Herrn Zachau jetzt nicht unterbrechen,

(Abg. Frau L i n n e r t [Bündnis 90/Die Grünen]: Jetzt werden wieder Zensuren verteilt!)

weil Komplementärfinanzmittel Komplementärmittel sind, aber das ist ja der haushaltspolitische Sprecher der Grünen, habe ich mir sagen lassen.

Herr Schramm, Sie können wohl offensichtlich nicht aus Ihrer Haut heraus. Zustimmung? Gott, das kann nicht angehen, das darf nicht sein! Irgendwo stellt sich dann einmal die Frage der Glaubwürdigkeit! Sie konstruieren hier einen Zusammenhang, werfen Investitionen von Summen mit in diesen Raum, die nirgendwo stehen, weder in einer Senatsvorlage noch in diesem Antrag, noch in den Haushaltsentwürfen, und sagen, deswegen können wir das nicht mitmachen.

(Abg. Frau L i n n e r t [Bündnis 90/Die Grünen]: Wovon wollen Sie das bezahlen?)

(C)

(D)

(A) Ich wäre Ihnen dankbar, wenn Sie von den Grünen hier einmal ganz deutlich sagen würden, was Sie wollen und was Sie nicht wollen! Wenn Sie gesagt haben, was Sie wollen und was Sie nicht wollen, dann können Sie ja in den Haushaltsberatungen auch dementsprechende Alternativvorschläge machen, wenn Sie der Meinung sind, dass der eine oder andere Finanzierungsvorschlag unseriös ist.

(Glocke)

Vizepräsident Dr. Kuhn: Gestatten Sie eine Zwischenfrage des Abgeordneten Zachau?

Abg. **Kastendiek** (CDU): Aber gern!

Vizepräsident Dr. Kuhn: Bitte, Herr Zachau!

Abg. **Zachau** (Bündnis 90/Die Grünen): Lieber Kollege, sehe ich das richtig, dass die Mittel begrenzt sind und dass wir eigentlich so eine Art Budgetierung auch im Haushaltsrecht vereinbart haben, die davon ausgeht, dass innerhalb von Budgets Prioritäten gesetzt werden, und dass es völlig unüblich ist, dass einzelne Projekte, unbeschadet der anderen möglichen Alternativen, hier einzeln im Parlament abgestimmt werden?

(B)

Abg. **Kastendiek** (CDU): Es ist das Wesen eines Budgets, dass es begrenzt ist. Von daher kann ich Ihnen erst einmal Recht geben, Herr Zachau!

(Abg. **Z a c h a u** [Bündnis 90/Die Grünen]: Das ist ja schon einmal etwas!)

Wir beschließen hier nicht, wir begrüßen alles andere. Sie sollten den Antrag auch richtig durchlesen! Daraus machen wir auch keinen Hehl. Deswegen verstehe ich nicht, warum Sie hier solch einen Zauber von der ganzen Geschichte machen. Es geht hier um einen Grundsatz, wie der Landtag sich zu diesem Projekt verhält. Das ist eine grundsätzliche Zustimmung. Wir haben die Haushaltsberatung, das ist ein ganz normales Verfahren, dort werden wir dann im Einzelnen über die Finanzierung sprechen. Wie gesagt, wenn Sie die Finanzierung dieses Projekts für nicht seriös erachten, sind wir gespannt auf Ihre Alternativvorschläge, oder, das ist dann natürlich die andere Möglichkeit, dann sollten Sie hier Ross und Reiter nennen, Sie sind gegen dieses Projekt, dann, finde ich aber, ist es auch in Ordnung, wenn Sie sagen, nein, das wollen wir nicht.

(Beifall bei der CDU und bei der SPD —
Glocke)

Vizepräsident Dr. Kuhn: Gestatten Sie eine weitere Zwischenfrage? (C)

Abg. **Kastendiek** (CDU): Ja!

Vizepräsident Dr. Kuhn: Bitte schön, Frau Kollegin!

Abg. Frau **Dr. Mathes** (Bündnis 90/Die Grünen): Ich bin zwar keine Haushaltspolitikerin, aber es ist doch richtig, dass es sich hier um Strukturfondsgelder handelt, und gehe ich richtig in der Annahme, dass Sie gestern mit Ihren Beschlüssen hinsichtlich der FFH-Richtlinien genau diese Gelder aufs Spiel setzten und jetzt argumentieren, dass Sie das schnell durchziehen wollen? Ich finde, das ist widersprüchlich, oder liege ich da völlig falsch?

Abg. **Kastendiek** (CDU): Sie scheinen die FFH-Gebiete auch, das hat man in der Diskussion von gestern erlebt, sehr beschäftigt zu haben, aber ich verstehe den Zusammenhang an der Stelle nicht, weil ich glaube, dass sich hier dieses Thema auch nicht eignet, um sich für Ihre anderen politischen Positionen, die Sie zu FFH haben, die ja leider auch in der einen oder anderen Stelle völlig substanzlos sind, jetzt eine andere Substanz zu verschaffen. Ich glaube deshalb, dass wir uns hier über dieses Thema unterhalten sollten. (D)

Wir haben hier einen ganz klaren Antrag gestellt mit einem klaren Beschlussvorschlag. Wie gesagt, meine Bitte ist nur von unserer Fraktion aus: Äußern Sie sich klar, ja oder nein, aber nicht vielleicht! Ein bisschen schwanger gibt es ja auch nicht. — Vielen Dank!

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Dr. Kuhn: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Schramm.

Abg. **Schramm** (Bündnis 90/Die Grünen *): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Sehr geehrter Herr Kastendiek, Sie müssen schon etwas ernsthafter mit diesem Parlament umgehen. Wir sind hier keine Begrüßungsbude!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Wenn wir etwas begrüßen, dann wollen wir es auch beschließen. Ich denke, da spreche ich doch auch in Ihrem Sinne.

*) Vom Redner nicht überprüft.

(A) Wenn wir etwas beschließen wollen, dann müssen wir wissen, was wir beschließen. Wenn wir wissen, was wir beschließen wollen, dann müssen wir beschließen, wie wir das finanzieren. An dieser Frage haken wir ein bisschen ein, weil wir Sie mit Ihren Begrüßungen ernst nehmen, weil wir sagen, wenn Sie es begrüßen, müssen Sie es auch beschließen, und dann müssen Sie es auch finanzieren.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Wir wollen dieses Projekt, weil wir meinen, dass es eine sehr wichtige Geschichte für Bremerhaven ist, und wir wollen es auch finanzieren. Jetzt fragen wir Sie, Sie haben den Antrag vorgelegt: Wie kann man es finanzieren? Diese Frage haben Sie bisher noch nicht beantwortet.

(Abg. R ö w e k a m p [CDU]: Nein, aber die Staatsrätin!)

Wir können sie nicht beantworten, weil uns die Daten und Fakten nicht vorliegen. Auch die zuständige Staatsrätin konnte uns weder die Daten und Fakten nennen noch unsere Fragen beantworten. Was bleibt uns anderes übrig, als zu sagen, sehr geehrte Damen und Herren, liebe Staatsrätin, lieber Senator, überweisen Sie diesen Antrag bitte noch einmal in die Ausschüsse! Dorthin gehört er, dort kann er seriös entschieden werden, wenn die Finanzierungsstränge vorliegen. Das ist unser Antrag. Sie können also wohl die Sache begrüßen, aber entscheiden können Sie nicht. Von daher sagen wir, wir entscheiden seriös über dieses Projekt im Ausschuss. Dahin gehört es, da müssen die Daten und Fakten auf den Tisch und die Finanzierung!

(B)

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Wenn wir schon einmal bei der Lehrstunde sind, lassen Sie mich auch noch eines hinzufügen, was mit der FFH-Richtlinie zu tun hat! Wir reden jetzt hier ja nicht über Naturschutz, sondern über Finanzierungen. Da kann man auch sehen, dass Naturschutz etwas mit Finanzen zu tun hat. Die Finanzierung des Kreuzfahrtterminals wollen Sie zur Hälfte aus EU-Mitteln bestreiten. Die zweite Hälfte müssen Sie aus dem Haushalt oder sonst irgendwoher nehmen. Das ist auch Fakt. Das ist unsere Position, weil es dann sicher finanziert wird. Die EU-Finanzierung ist offen, offen deshalb, weil Sie nämlich bestimmte Gebiete, die eigentlich angemeldet werden müssen, nicht anmelden wollen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Gebiete, die angemeldet werden müssen, aber nicht angemeldet werden, führen dazu, dass die Finanzquellen der Europäischen Union versiegen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

So einfach ist das! Dann müssen Sie nämlich die 50 Prozent, die Ihnen fehlen, zusätzlich finanzieren. Dann sind Sie da, wo Sie immer sind, nämlich am Ende.

(C)

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Vizepräsident Dr. Kuhn: Herr Abgeordneter Schramm, habe ich Sie richtig verstanden, dass eine Überweisung an den Landeshafenausschuss beantragt worden ist?

(Abg. S c h r a m m [Bündnis 90/Die Grünen]: Deputation für Wirtschaft und Häfen und Landeshafenausschuss!)

An die Deputation für Wirtschaft und Häfen und an den Landeshafenausschuss oder nur an die Deputation? Beides!

Dann hat das Wort der Abgeordnete Töpfer.

Abg. **Töpfer** (SPD): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Es ist doch schon ein merkwürdiges Verhalten, was hier bei den Grünen festzustellen ist, vor allen Dingen auch bei dem Kollegen Schramm.

(Beifall bei der SPD und bei der CDU)

Als wir hier die Debatte über die Regierungserklärung im Parlament gehabt haben, waren Sie es gerade, der gesagt hat, es wird viel zu wenig für Bremerhaven getan. Jetzt wird etwas für Bremerhaven getan, wie es in der Koalitionsvereinbarung sowohl unter dem Abschnitt „Häfen“, als auch im Abschnitt „Schwerpunktprogramm Bremerhaven“ von der großen Koalition festgelegt worden ist, und nun reden Sie wieder dagegen. Sagen Sie doch einmal, was Sie wollen! Wollen Sie den Terminal, oder wollen Sie ihn nicht?

(D)

(Abg. Z a c h a u [Bündnis 90/Die Grünen]: Wir wollen ihn bezahlen können!)

Halten Sie sich da einmal heraus, Herr Kollege Zachau, Sie haben von der Frage doch keine Ahnung!

(Heiterkeit bei der SPD)

Ich will Ihnen einmal das widersprüchliche Verhalten Ihres Kollegen Schramm darlegen. Wir hatten die letzte Debatte über das Thema im Landeshafenausschuss am 29. September. Da hatte der Kollege Pfahl von der CDU-Fraktion nach einem Sachstandsbericht gefragt. Dazu führte der Kollege Schramm aus: „Abgeordneter Schramm ist der Meinung, eine Attraktivitätssteigerung des Terminals sei

(A) sowohl für die touristische Entwicklung als auch für das Kreuzfahrtgeschäft unbedingt erforderlich.“

(Abg. R ö w e k a m p [CDU]: Hat er gesagt, wie er das finanzieren will?)

Darauf komme ich gleich! Ich zitiere Kollege Schramm weiter: „Im Gegensatz zur ursprünglichen Konzeption sei jetzt eine abgespeckte Sanierungslösung für 41,7 Millionen DM geplant. Ihm stelle sich die Frage, ob dies nicht der Attraktivität des Gesamtkonzepts schade.“ Wenn ich das im Umkehrschluss betrachte, Herr Kollege Schramm, wollten Sie noch eine höhere Investition, und jetzt beklagen Sie sich heute, dass die Investition nur 41,7 Millionen DM beträgt. Das ist ein ganz eindeutiger Widerspruch!

(Abg. Z a c h a u [Bündnis 90/Die Grünen]: Das hat keiner gesagt!)

Sie sind auch manchmal nicht zu verstehen, das gebe ich ohne weiteres zu!

Jetzt zur Finanzierung! Es ist doch üblich, dass in Bremen, ganz egal, ob es Projekte aus EU-Programmen sind, die in der Stadtgemeinde Bremen oder in Bremerhaven verwirklicht werden, zu den EU-Mitteln Komplementärmittel hinzugezogen werden.

(Abg. Frau L i n n e r t [Bündnis 90/Die Grünen]: Wo stehen sie?)

(B)

Das ist nichts Neues. Frau Staatsrätin Winther hat doch vorhin angekündigt,

(Widerspruch beim Bündnis 90/Die Grünen — Abg. Frau L i n n e r t [Bündnis 90/Die Grünen]: Wo ist das Geld? — Abg. M ü t z e l b u r g [Bündnis 90/Die Grünen]: Das konnte sie nicht beantworten!)

dass der Senat mittlerweile ein Gesetz beschlossen hat, das uns im Dezember vorgelegt wird, und im Rahmen dieser Vorlage des Senats ist die Finanzierung der 41,7 Millionen DM mit aufgenommen. So habe ich sie verstanden. Ich sehe, dass beide Staatsräte aus dem Ressort nicken. Also wird es in den Haushaltsplanberatungen hier qua Gesetz mit abgedeckt. Das ist doch eine klare Antwort. Das macht deutlich, dass der Senat einen Finanzierungsweg gefunden hat, der komplementär dann auch noch aus den entsprechenden Landesmitteln zu ergänzen ist.

Meine Damen und Herren, daran ist nichts Ungewöhnliches. Es ist auch nichts Ungewöhnliches daran, dass wir Ihnen einen solchen Antrag vorlegen. Das sind nun einmal die parlamentarischen Schritte. Der Senat hat die erste Entscheidung getroffen. Wir wollen jetzt vonseiten des Parlaments mit SPD und CDU signalisieren, wir stehen dahinter, wir wol-

len das Projekt, und wir finden dann auch die Finanzierung.

(C)

(Beifall bei der SPD und bei der CDU)

Vizepräsident Dr. Kuhn: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Die Beratung ist geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung.

Es ist beantragt worden, den Antrag der Fraktionen der SPD und der CDU mit der Drucksachen-Nummer 15/108 zu überweisen an die Deputation für Wirtschaft und Häfen und an den Landeshafenausschuss, wobei die Deputation für Wirtschaft und Häfen federführend sein soll.

Wer einer solchen Überweisung des Antrags der Fraktionen der SPD und der CDU, Drucksache 15/108, seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

(Dafür Bündnis 90/Die Grünen)

Ich bitte um die Gegenprobe!

(Dagegen SPD, CDU und Abg. T i t t m a n n [DVU])

Stimmenthaltungen?

(D)

Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) lehnt eine Überweisung ab.

Ich lasse dann in der Sache über den Antrag entscheiden.

Wer dem Antrag der Fraktionen der SPD und der CDU mit der Drucksachen-Nummer 15/108 seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

(Dafür SPD, CDU und Abg. T i t t m a n n [DVU])

Ich bitte um die Gegenprobe!

Stimmenthaltungen?

(Bündnis 90/Die Grünen)

Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) stimmt dem Antrag zu.

Wahl eines Mitglieds der staatlichen Deputation für Bau

Der Wahlvorschlag liegt Ihnen schriftlich vor.

Die Beratung ist eröffnet. — Wortmeldungen liegen nicht vor. — Die Beratung ist geschlossen.

- (A) Wir kommen zur Wahl.
Wer entsprechend dem Wahlvorschlag wählen möchte, den bitte ich um das Handzeichen!
(Dafür SPD, CDU und Bündnis 90/Die Grünen)
Ich bitte um die Gegenprobe!
Stimmenthaltungen?
(Abg. T i t t m a n n [DVU])
- Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) wählt entsprechend.
Sehr verehrte Kolleginnen und Kollegen, damit sind wir am Ende der Tagesordnung angelangt.
Ich schließe die Sitzung der Bürgerschaft (Landtag). Machen Sie noch etwas aus dem Rest des Tages!
(Schluss der Sitzung 15.45 Uhr)
- (C)

- (B)
- (D)